

Mißfeldt, Susanne

Armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen

Koblenz 2019, 123 S. - (Koblenz, Hochschule, Masterarbeit, 2019)



Quellenangabe/ Reference:

Mißfeldt, Susanne: Armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen. Koblenz 2019, 123 S. - (Koblenz, Hochschule, Masterarbeit, 2019) - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-178350 - DOI: 10.25656/01:17835

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-178350>

<https://doi.org/10.25656/01:17835>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

University of Applied Sciences Koblenz

RheinMoselCampus Koblenz

Fachbereich: Sozialwissenschaften

Studiengang: Kindheits- und Sozialwissenschaften M.A.

Master-Thesis

Zur Erlangung des akademischen Grades Master of Arts
„Kindheits- und Sozialwissenschaften“

Susanne Mißfeldt

Armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen

Vorgelegt von:

Susanne Mißfeldt
susanne.missfeldt@web.de
Quarnbek, 19.08.2019

Gutachterin (1. Korrektur): Prof. Dr. Sylvia Kägi
Gutachterin (2. Korrektur): Prof. Dr. Raingard Knauer

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zielsetzung	1
I. THEORETISCHE GRUNDLAGEN UND STAND DER FORSCHUNG	
2. Dimensionen von Armut- eine Begriffsbestimmung	4
2.1 Konzepte zur Bestimmung von Armut.....	5
2.2 Ansätze in der Armutsforschung.....	9
3. Armut als Lebenslage von Familien	11
3.1 Umfang der Armutsbetroffenheit.....	12
3.2 Ursachen prekärer Lebenslagen.....	16
3.3 Risikofaktoren für familiäre Armut.....	17
3.4 Einkommensarmut als Lebenslage.....	19
3.4.1 Herausforderungen für Eltern in ökonomischen Risikolagen.....	21
3.4.2 Bewältigungsstrategien von Eltern und Kindern.....	23
3.5 Kinderarmut als Folge von elterlicher Einkommensarmut.....	26
4. Kindertageseinrichtungen als Unterstützungssystem für Familien in Armutslagen	35
4.1 Die Bedeutung der Kindertageseinrichtungen für armutsbetroffene Familien.....	37
4.2 Strukturelle Rahmenbedingungen von Kindertageseinrichtungen.....	39
5. Armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen	44
5.1 Anforderungen an pädagogische Fachkräfte.....	45
5.2 Anforderungen an ein armutssensibles Konzept.....	47
5.3 Berücksichtigung der materiellen Lebenslagen von Familien.....	49

II. ARMUTSSENSIBLES HANDELN-

UNTERSUCHUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN EVANGELISCHER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

6. Konzeptionelle Überlegungen und methodisches Vorgehen.....	53
6.1 Forschungsinteresse.....	55
6.2 Fragestellung und Operationalisierung.....	56
6.3 Untersuchungsdesign und Stichprobenwahl.....	68
6.4 Methode der Datenerhebung.....	70
6.5 Datenauswertung.....	72
 7. Zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien in Armutslagen - Darstellung und Interpretation der Ergebnisse.....	 73
7.1 Rahmenbedingungen im Aufnahmeverfahren.....	80
7.2 Zum Umgang mit Zusatzkosten.....	90
7.3 Maßnahmen zur Berücksichtigung der materiellen Lebenslagen von Familien.....	99
7.4 Grundsätze zu armutssensiblen Handeln in der Konzeption.....	107
 8. Zusammenfassung und Empfehlungen für die Praxis.....	 111
 Literaturverzeichnis.....	 118
Abbildungsverzeichnis.....	122
Tabellenverzeichnis.....	123
Abkürzungsverzeichnis.....	123

Abstract

Die Lagen von Menschen in „Armut“ sind zu einem zentralen gesellschaftlichen Thema geworden. Institutionen wie Kindertageseinrichtungen sind herausgefordert, Bildungsbenachteiligungen, die durch Armutslagen entstehen können, entgegenzuwirken. In dieser Arbeit werden die Rahmenbedingungen, mit denen armutsbetroffene Familien in Kindertageseinrichtungen konfrontiert werden, erhoben.

Die Arbeit stellt zunächst Konzepte zur Bestimmung von Armut vor, gibt einen Überblick über Ursachen, Risikofaktoren und Folgen von familiärer Armut und beleuchtet im Kontext die Bedeutung der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung. Ausgehend von theoretischen Ansätzen zu armutssensiblen Handeln untersucht die These anschließend, inwieweit Kindertageseinrichtungen die materiellen Mangellagen von Familien im Zugang und in der Angebotsgestaltung berücksichtigen und ob armutssensible Maßnahmen in der Praxis umgesetzt werden.

Die Erhebung fand im Rahmen einer explorativen Untersuchung mit 114 Leitungen evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein statt. Die Antworten wurden schriftlich online erhoben und deskriptiv statistisch ausgewertet.

Durch diese Erhebung kann zum Beispiel aufgezeigt werden, dass Kindertageseinrichtungen unterschiedliche monatliche Zusatzkosten von Eltern erheben und materielle Unterstützungsangebote für armutsbetroffene Familien nicht der Regelfall sind, Fachkräfte jedoch bemüht sind, bei Bedarf individuelle Problemlösungen zu finden und allen Kindern die Teilhabe an pädagogischen Angeboten ermöglichen. Aufgezeigt wird zudem, dass eine ausreichende Wissensbasis zur Einschätzung der Bedarfe der Familien nicht vorhanden und armutssensibles Handeln in den Konzeptionen nicht verankert ist. Empfohlen wird Leitungen und pädagogischen Fachkräften daher, sich in Fortbildungen Grundlagenwissen zu Ursachen und Folgen von Armut anzueignen und im Team ein gemeinsames Verständnis von Armut und armutssensiblen Handeln zu entwickeln, dass sich in den Konzeptionen und im pädagogischen Handeln abbildet.

Armut, Kindertageseinrichtungen, armutssensibles Handeln, Zugang, Zusatzkosten, materielle Mangellagen

Abstract

The situation of people in poverty has become a major issue in society. Institutions such as child-care facilities are challenged by counteracting poverty-induced disadvantages in the attainment of education. This thesis collects the determining factors that poverty-affected families in child-care centres have to face.

The thesis first presents concepts for the definition of poverty, a summary of causes, risk factors and consequences of poverty in families and discusses the importance of the care and education of young children within this context. Based on theoretical approaches to poverty-sensitive conduct, the thesis will furthermore examine to which extent child-care centres take the material deficiencies of families into consideration when designing their access to and choice of services, and whether poverty-sensitive measures have been implemented.

The data for this thesis was collected within explorative investigations with 114 supervisors of child-care centres run by the Protestant Church in Schleswig-Holstein. Answers were collected online and in written form and were evaluated in descriptive statistics.

The collected data shows for instance, that child-care centres charge parents different additional fees per month, while offers for material support for poverty-stricken families are not the norm. Yet, trained employees make an effort to find individual solutions to enable all children to take part in educational services. It also shows that there is no adequate knowledge base to evaluate the needs of families, and conceptions do not incorporate strategies for poverty-sensitive action. Supervisors and pedagogic staff are therefore advised to use advanced training to acquire a solid base of information about causes and consequences of poverty and to develop a common understanding of poverty and poverty-sensitive acting in their teams represented in the conception and the pedagogic implementation in their centres.

poverty, child-care facilities, poverty-sensitive conduct, access, additional fees, material deficiencies

1. Einleitung und Zielsetzung

Seit einigen Jahren steht Kinderarmut als gesellschaftliches Phänomen im Fokus der Bildungs- und Sozialpolitik in Deutschland und wird auch öffentlich breit diskutiert.

In der Wissenschaft beschäftigt sich vor allem das Forschungsfeld der Soziologie mit der Definition von Armut, mit den Folgen kindlicher Armut und, im Kontext sozialer Ungleichheit, mit den Möglichkeiten der Teilhabe von Kindern an den gesellschaftlichen Ressourcen. (vgl. Holz/ Laubstein 2015, S.24) Inzwischen liegt umfangreiches Wissen zum Thema Armut vor, und mehrere Studien (z.B. die AWO-ISS-Studie seit 1999, die Bertelsmann-Studie „Armutsmuster in Kindheit und Jugend“ 2017 und die Studie „Kinder. Armut. Familie“ von Andresen/ Galic 2015) haben in den letzten Jahren die Ursachen und Folgen von Armut und ihre Auswirkungen auf die Lebenslagen von Kindern und Familien untersucht. Die Autor*innen formulieren anhand ihrer Ergebnisse Empfehlungen für präventive Ansätze. Sie schreiben dabei der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in Deutschland in der Prävention von Armut eine wesentliche Rolle zu und benennen sie als Schlüsselfaktor zur Ermöglichung gleicher Bildungschancen und Teilhabe für alle Kinder.

Die Expertise „Kinder in Armutslagen“ der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogischer Fachkräfte leitet aus Hintergrundwissen zu Kinderarmut in Deutschland Implikationen für die frühpädagogische Praxis ab und gibt Empfehlungen, wie armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen institutionalisiert werden kann. (vgl. Hock/ Holz/ Kopplow 2014) Offen ist jedoch, inwieweit diese Empfehlungen bereits in die Praxis implementiert sind und ob pädagogische Fachkräfte sich konzeptionell, auch in Kitas außerhalb der sozialen Brennpunkte, mit der Thematik auseinandersetzen und den Umgang mit Familien in Armutslagen bewusst gestalten. Die meisten Bildungspläne der Länder für die Kindertagesbetreuung geben für den Umgang mit Armut bisher nur wenige oder keine Handlungsanregungen. (vgl. Böhme 2018, S.32)

Hinzu kommt, dass in Forschungen zur Untersuchung familiärer Armut (s.o.) und den abgeleiteten Handlungsempfehlungen die materiellen Ressourcen von Familien, also ihr Einkommen, finanzielle Mittel und vorhandene Güter, zwar stets als Ausgangslage betrachtet werden, diese aber für die Praxis in der Arbeit mit Kindern und Familien in Armutslagen kaum als handlungsrelevant beschrieben sind.

Ausgehend von einer Armutsdefinition aus ressourcenorientierter Perspektive liegt daher das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit darin festzustellen, inwieweit Kindertageseinrichtungen in ihrer Zugänglichkeit und ihrer Angebotsgestaltung die materiellen Ressourcen von Familien berücksichtigen und ob die Gestaltung der Rahmenbedingungen darauf ausgerichtet und konzeptionell verankert ist.

Zur Annäherung an das komplexe Phänomen Armut werden im ersten Teil der Arbeit unterschiedliche Definitionen und Konzepte zur Bestimmung von Armut vorgestellt, zudem geht sie auf den Umfang der Armutsbetroffenheit in Deutschland, auf Ursachen und Risikofaktoren (auch in Zusammenhang mit Familienmodellen) und im Speziellen auf Einkommensarmut von Familien als Lebenslage und Ursache für Kinderarmut ein. In der Folge werden entlang aktueller Untersuchungen und Expertisen (vgl. u.a. Hock/ Holz/ Kopplow 2014 und Erhard/ Scholz/ Harring 2018) sowohl die Bedeutung der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung als auch die Rahmenbedingungen der Kindertageseinrichtungen im Kontext familiärer Armut thematisiert. Im Anschluss legt die Arbeit theoretische Ansätze und Empfehlungen zu armutssensiblen Handeln in Kindertageseinrichtungen dar.

Der zweite Teil der Thesis beschreibt anhand einer empirischen Untersuchung die institutionellen Rahmenbedingungen evangelischer Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein im Kontext familiärer Armut. Dazu wurden über einen explorativen quantitativen Forschungszugang (vgl. Döring/ Bortz 2016, S.149) Angaben von 114 Leitungen evangelischer Kindertageseinrichtungen im Rahmen einer Onlinebefragung erhoben und ausgewertet. Untersucht wird, ob armutssensibles Handeln bereits konzeptionell verankert ist, ob wissenschaftliche Handlungsempfehlungen bereits in der Praxis umgesetzt werden und inwieweit die Einrichtungen im pädagogischen Handeln die materiellen Ressourcen von Familien in Armutslagen berücksichtigen.

Zunächst werden konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung, das explorative Forschungsdesign sowie das methodische Vorgehen zur Operationalisierung, Datenerhebung und Datenauswertung ausführlich dargelegt.

Im Anschluss werden die Ergebnisse der Untersuchung im Rahmen einer quantitativen Datenanalyse ausgewertet und mit Bezug auf die theoretischen Ausführungen im ersten Teil beschrieben und interpretiert.

Anspruch der vorliegenden Arbeit ist es, anhand verschiedener Aspekte (siehe Kapitel 7) grundlegende Erkenntnisse dazu aufzuzeigen, inwieweit die Rahmenbedingungen evangelischer Kindertageseinrichtungen die materiellen Ressourcen von armutsbetroffenen Familien im Zugang und in der Angebotsgestaltung berücksichtigen, und daraus Schlussfolgerungen für die Praxis abzuleiten. Zum Ende führt die Thesis theoretische Ansätze zu armutssensiblen Handeln und die vorliegenden Untersuchungserkenntnisse zusammen und zeigt auf, welche Maßnahmen in den Kindertageseinrichtungen entwickelt werden müssen, um den Herausforderungen, die materielle Mangeln von armutsbetroffenen Familien im Betreuungskontext mit sich bringen, bedarfsgerecht zu begegnen.

I. THEORETISCHE GRUNDLAGEN UND STAND DER FORSCHUNG

2. Dimensionen von Armut- eine Begriffsbestimmung

Der Begriff Armut wird in öffentlichen wie auch in fachlichen Diskursen sehr unterschiedlich definiert, abhängig vom gesellschaftlichen Kontext, den sozioökonomischen Rahmenbedingungen und von den Wertvorstellungen, den Erfahrungen, den politischen und den weltanschaulichen Standpunkten des jeweiligen Betrachters.

Dabei ist Armut ein relationaler Begriff. Er kennzeichnet zunächst einmal eine besonders prekäre Lebenslage, die sich darstellt als Form sozialer Ungleichheit und Mangel an Teilhabemöglichkeiten. Armut wird somit öffentlich normativ und in Bezug zu geltenden Standards der Gesellschaft betrachtet. (vgl. Butterwegge 2019, S.8f.)

Auch in der Wissenschaft und Fachliteratur liegen zum Teil sehr unterschiedliche Definitionen von Armut und Armutsrisiko vor, die deutlich von den normativen öffentlichen Sichtweisen abweichen und in der Öffentlichkeit wenig bekannt sind. (vgl. Hock et.al. 2014, S.12)

Dabei gibt es jedoch auch hier keine absolute, allgemeingültige und verbindliche Regelung oder Definition dazu, wer in einer Gesellschaft als arm gilt. In den meisten wissenschaftlichen Werken und Studien der Armutsforschung findet eine eigene Auseinandersetzung mit dem dort jeweils verwendeten Begriff der Armut statt. (vgl. Häußermann 2014, S.24)

Mit Blick auf die unterschiedlichen Begriffsdefinitionen in Studien wie z.B. der AWO-ISS-Studie des Instituts für Sozialarbeit und Sozialwirtschaft oder den bundesweiten Armuts- und Reichtumsberichten des Bundesministeriums in Deutschland lassen sich derzeit einige Armutskonzepte und Armutsdefinitionen unterscheiden. Aufbauend auf der Abgrenzung von absoluter und relativer Armut werden im Folgenden zunächst gängige Konzepte zur Definition und Messung von relativer Armut vorgestellt. Weiterführend werden als Ansätze der Armutsforschung der Ressourcenansatz und der Lebenslagenansatz vorgestellt, welche sich in ihren ein- oder mehrdimensionalen Sichtweisen auf Armut voneinander unterscheiden bzw. erweitern.

2.1 Konzepte zur Bestimmung von Armut

Der Begriff „absolute Armut“ bezeichnet eine Lage, in der Grundbedürfnisse, die zum physischen Überleben notwendig sind, nicht mehr befriedigt werden können. Absolute Armut zeichnet sich demnach aus durch einen lebensbedrohenden Mangel an notwendigen Nahrungsmitteln, Trinkwasser, angemessener Kleidung und Wohnung und medizinischer Versorgung. (vgl. Butterwegge 2019, S.9)

In Deutschland ist durch das bestehende System der sozialen Sicherung Armut jedoch grundsätzlich keine Frage des physischen Überlebens, sondern wird in Relation zum gesellschaftlichen Standard gesehen und definiert über ein würdiges Leben als Teil der Gesellschaft. Sie wird in Deutschland also nicht über den Begriff der absoluten Armut bestimmt, sondern relativ gemessen am gesellschaftlichen Wohlstand. (vgl. ebd., S.9)

„Von relativer Armut ist betroffen, wer seine Grundbedürfnisse vielleicht ausnahmslos befriedigen kann, sich aber mangels finanzieller Mittel nicht oder nicht in ausreichendem Maße am gesellschaftlichen Leben beteiligen kann, sondern den allgemein üblichen Lebensstandard in seinem Land über einen längeren Zeitraum hinweg deutlich unterschreitet.“ (vgl. ebd., S.12)

Relative Armut wird in der Forschung und Fachliteratur unterschiedlich definiert und messbar gemacht. Je nach Konzept werden dafür das Einkommen, der Bezug von Sozialleistungen, das Vorhandensein materieller Güter oder auch die möglichen Teilhabechancen als Faktoren zur Bestimmung von Armut zugrunde gelegt. Als gängige Konzepte in der Armutsmessung und -darstellung werden hier im Folgenden das Konzept der relativen Einkommensarmut, der politisch normative Armutsbegriff, das Konzept der materiellen Deprivation sowie die Sichtweise auf Armut als Mangel an Verwirklichungschancen näher erläutert.

Konzept der relativen Einkommensarmut

Das Konzept der relativen Einkommensarmut betrachtet die Höhe des Einkommens, über die ein Individuum oder ein Haushalt verfügt, als Indikator für eine Armutsgefährdung. Armut wird dabei in Relation zum mittleren Haushaltseinkommen des Landes bzw. der Region definiert. „Dabei wird davon ausgegangen, dass beim Unterschreiten eines bestimmten Prozentsatzes des mittleren Einkommens die finanziellen Mittel so

gering sind, dass der Lebensstandard und die Teilhabemöglichkeiten der betroffenen Personen mit hoher Wahrscheinlichkeit das gesellschaftlich akzeptable Minimum unterschreiten“. (MAIS NRW 2012, S.71)

Das Nettoäquivalenzeinkommen errechnet sich nach einer von der OECD entwickelten Skala, die unterschiedliche Bedarfe von Kindern und Erwachsenen in gemeinsamen Haushalten voraussetzt und das Einkommen im Haushalt bedarfsgerecht gewichtet (in der Annahme, dass Mehrpersonenhaushalte günstiger haushalten können als Einpersonenhaushalte). (vgl. Butterwegge 2019, S. 14f) Dabei wird das Einkommen des Hauptbeziehers mit dem Wert 1 berechnet, während weitere Haushaltsmitglieder älter als 14 Jahre mit dem Wert 0,5 und alle Kinder, die 14 Jahre und jünger sind, mit dem Wert 0,3 berücksichtigt werden. Das mittlere Haushaltseinkommen errechnet sich, indem die Summe des Nettoeinkommens durch die Summe der Personenwerte geteilt wird. (vgl. Häußermann 2014, S.25)

Zur Berechnung der Armutsgrenze wird in der EU die Grenze von 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens der gesamten Bevölkerung herangezogen. In Deutschland gilt demnach als einkommensarm, wer weniger als 60% des mittleren Haushaltseinkommens zur Verfügung hat. Laut dem Armutsbericht des Paritätischen traf dies 2018 auf 16,8 Prozent der Bevölkerung in Deutschland zu. (vgl. Paritätischer Gesamtverband 2018, S.14f)

Butterwegge kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Definition der Armutsgrenze abhängig ist von der Statistik, anhand derer sie betrachtet wird. Je nachdem, ob als Grundlage zur Berechnung des durchschnittlichen Bevölkerungseinkommens z.B. der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes oder das Sozio-ökonomische Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung herangezogen werden, fallen die Armutsgrenzen und Armutsquoten in reellen Zahlen in Deutschland sehr unterschiedlich aus. (vgl. Butterwegge 2019, S.14ff.)

Als Anmerkung: die Bestimmung der Armutsgrenze bei 60% des bedarfsgewichteten Medianeinkommens löst erst seit einigen Jahren die vorherige Grenze der OECD-Skala ab, die bei 50% des arithmetischen Mittels aller Einkommen lag. Einige Studien, u.a. die AWO-ISS-Studie, legen ihren Definitionen daher noch 50% des mittleren Einkommens als Armutsgrenze zugrunde.

Der politisch-normative Armutsbegriff

Auch der Bezug von Mindestsicherungsleistungen des Staates wird als Definition für Armut in Deutschland betrachtet. Zu diesen Leistungen gehören das Arbeitslosengeld/ Sozialgeld nach SGB II, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und die Regelleistungen nach dem Asylbewerbergesetz. Sozialstaatliche Sicherungsleistungen werden gezahlt, „wenn das soziokulturelle Existenzminimum eines Menschen nicht gewährleistet ist. Die staatliche Mindestsicherung umfasst genau das soziokulturelle Existenzminimum.“ (Häußermann 2014, S.26)

Bei der Prüfung der Anspruchsberechtigung wird neben dem regelmäßigen Haushaltseinkommen auch das Vermögen berücksichtigt. Wer Mindestsicherungsleistungen bezieht, verfügt demnach über keine zusätzlichen wirtschaftlichen Reserven.

Nach dieser Definition gelten also diejenigen Menschen in Deutschland als arm, die sozialstaatliche Mindestleistungen beziehen, da sie ihren Lebensunterhalt nicht selbstständig aufbringen können und keine finanziellen Rücklagen besitzen. (vgl. Hock et.al. 2014, S.13) Dazu gehören auch die Menschen, die zur Existenzsicherung Leistungen des SGB II ergänzend zum Erwerbseinkommen in Anspruch nehmen. Zwischen 2013 und 2015 lag der Anteil der Bevölkerung, der sozialstaatliche Mindestleistungen bezog, zwischen 9% und 10%, darunter über 2 Mio. Kinder unter 18 Jahren. (vgl. BMAS 2017, S.11)

Wer in Deutschland Sozialhilfe bezieht, liegt unter der mittleren Einkommensgrenze von 60% und kann daher gleichzeitig als arm im Sinne relativer Einkommensarmut gelten.

Armut als materielle Deprivation

Das Konzept der materiellen Deprivation betrachtet das Phänomen Armut aus einem anderen Blickwinkel: als relevanter Indikator wird der allgemeine Lebensstandard herangezogen, über den Personen in einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt verfügen. Definiert wird dieser über eine Liste von neun Gütern und Aktivitäten, die gemäß einem allgemein akzeptierten Lebensstandard in der EU bei Bedarf zur Verfügung stehen sollten. Diese neun Ressourcen umfassen u.a. Miete, Wasser, Strom und Heizung, die Möglichkeit, unerwartete Ausgaben zu tätigen, Möglichkeiten zu Urlaub an einem anderen Ort sowie den Besitz von Konsumgütern (Auto, Waschmaschine,

Fernseher, Telefon), soweit die betroffenen Personen diese brauchen bzw. gern hätten. (vgl. BMAS 2017, S.12)

Nach dieser (auf das EU-Konzept der materiellen Deprivation gestützten) Definition ist arm, wer Entbehrungen in mindestens vier von den neun Bereichen aufweist und somit nicht über einen „allgemein akzeptierten Lebensstandard“ verfügt. (vgl. Hock et.al. 2014, S.13) Armutsbetroffene in diesem Sinne müssen überdurchschnittlich oft aus finanziellen Gründen auf die kategorisierten Güter und Aktivitäten verzichten. Laut dem fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung waren 2015 etwa 4,4 Prozent der deutschen Bevölkerung von erheblicher materieller Deprivation betroffen. (vgl. BMAS 2017, S.12)

Butterwegge kritisiert, dass entsprechend dieser Armutsdefinition nur wenige Kinder in Deutschland unter erheblichen materiellen Entbehrungen leiden und bezeichnet dies als Verharmlosung der Finanznot vieler Familien in Deutschland. (vgl. Butterwegge 2019, S.61)

Armut als Mangel an Verwirklichungschancen

Eine Armutsdefinition aus einem anderen Blickwinkel hat der indische Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen formuliert: er hat zur Begriffsbestimmung von Armut den Befähigungsansatz (Capability-Ansatz) entwickelt, welcher Armut als soziale Ausgrenzung und nicht gewährleistete gleichberechtigte Teilhabechancen innerhalb der Gesellschaft definiert. In seinem Ansatz bezieht sich Sen weniger auf die Verfügbarkeit von Ressourcen, sondern auf die Möglichkeiten, die sich eine Person trotz ungleicher Ressourcen eröffnen kann, um ein gutes Leben zu führen. Die individuellen Eigenschaften eines Menschen und seine Befähigung erhalten somit eine wichtige Bedeutung. Die Erkenntnis, welche institutionellen und materiellen Voraussetzungen Menschen befähigen, sich zu verwirklichen und ein Leben nach ihren Vorstellungen zu führen, ist im Befähigungsansatz von besonderem Interesse. (vgl. Holz/ Laubstein 2015, S. 24)

Sens mehrdimensionales Verständnis von Armut ist jedoch noch schwer konkretisierbar und findet in der Armutsberichterstattung in Deutschland keinen zahlenmäßigen Ausdruck. Diskutiert wird dieser Ansatz dennoch sehr aktuell, unter anderem in Bezug auf die Resilienzforschung bei Kindern. (vgl. Gutwald 2015, S.129f.)

2.2 Ansätze in der Armutsforschung

Innerhalb der unterschiedlichen vorgestellten Begriffe und Definitionen relativer Armut kann sich in der Armutsforschung die Sichtweise auf Armut auch in den Dimensionen unterscheiden. Im Folgenden werden der Ressourcenansatz, der den Fokus zur Armutsbestimmung auf das Einkommen von Personen legt, und der mehrdimensionale Lebenslagenansatz, der die Bestimmung von Armut auf soziale, kulturelle und gesundheitliche Lebensbereiche von Personen erweitert, vorgestellt. Die Unterscheidung der Ansätze ist ausschlaggebend für die jeweilige Forschungsperspektive und die Sichtweise auf Armut, ihre Auswirkungen für Betroffene und auf Handlungsansätze.

Der Ressourcenansatz

Der Ressourcenansatz wird einkommensbezogen verstanden und einem monokausalen Armutsbegriff zugeordnet, er versteht lediglich fehlende materielle Ressourcen als Ursache für Armut. (vgl. Engels 2008, S.645) Zur Definition werden die Ressourcen ermittelt, über die eine Person oder ein Haushalt verfügt und diese werden dann, orientiert an anderen Gesellschaftsmitgliedern, in Bezug zu festgelegten gesellschaftlichen Standards gesetzt. Armut wird also im Ressourcenansatz als Unterversorgung mit ökonomischen Mitteln verstanden und daher auch als ökonomische Risikolage definiert. (vgl. Häußermann 2014, S. 25)

Dem Ressourcenansatz sind sowohl das Konzept der relativen Einkommensarmut als auch der politisch-normative Armutsbegriff zuzuordnen. Sozialberichterstattungen wie der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2017) oder der Armutsbericht des Paritätischen (2018) definieren innerhalb der statistischen Berechnungen Armut als Ursache mangelnder finanzieller Ressourcen im Sinne des Ressourcenansatzes (verglichen mit den gesellschaftlichen Standards in Deutschland).

Kritisch betrachtet Joos (2000), dass die Messung von Armut im Sinne des Ressourcenansatzes die tatsächliche Verteilung der ökonomischen Ressourcen in einer Familie nicht abbildet und dadurch in der Armutsforschung unklar ist, welchen Anteil z.B. Kinder innerhalb einer Familie erhalten. (vgl. Joos 2000, S.106f.) Dieser Aspekt ist vor allem für die Ermittlung der Armutsquoten von Kindern in Deutschland von besonderer Bedeutung.

Der Lebenslagenansatz

Vor allem mit Blick auf die Armut von Kindern, die selbst kein Einkommen haben und die das Einkommen der erwerbstätigen Erwachsenen nicht unbedingt anteilmäßig erreicht, macht eine erweiterte Armutsmessung Sinn, die auch die individuelle Lebenssituation und die Lebenslage von Personen berücksichtigt und erfasst. „Das Lebenslagenkonzept [...] zielt darauf ab, dass nicht nur eine Dimension von Lebensqualität bzw. prekärer Lebenslage isoliert betrachtet, sondern die Mehrdimensionalität unterschiedlicher Lebensbereiche in ihrer Wechselwirkung analysiert werden soll. Benachteiligung und Einschränkungen der Lebensqualität sollen nicht nur bezogen auf finanzielle Ressourcen bzw. materiellen Lebensstandard identifiziert werden, sondern auch immaterielle Ressourcen wie Bildung, Gesundheit und soziale Netzwerke sollen berücksichtigt werden.“ (Engels 2008, S.644)

Der Lebenslagenansatz bezieht also in die Armutsdefinition die individuelle Versorgungslage von Menschen in zentralen Lebensbereichen mehrdimensional mit ein und berücksichtigt ihre Versorgung in monetären, materiellen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Bereichen. (vgl. Butterwegge 2019, S.18) Damit grenzt sich der Lebenslagenansatz vom Armutsbegriff der materiellen Deprivation ab, indem er diesen bedeutsam erweitert.

Der Lebenslagenansatz gewinnt in der Armutsforschung zunehmend an Bedeutung: So versucht der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht (5. ARB) der Bundesregierung auch über die volkswirtschaftlichen Daten zu Einkommen und Erwerbstätigkeit hinaus die differenzierte Lebenswirklichkeit und konkreten Lebenslagen verschiedener sozialer Gruppen in den Blick zu nehmen. In der Berichterstattung werden u.a. Aspekte der sozialräumlichen Bedingungen und der sozialen Mobilität berücksichtigt. (vgl. BMAS 2017, S.6f.)

Als weiteres Beispiel für eine an den Lebenslagen orientierte Forschung kann die AWO-ISS-Studie genannt werden, die als Langzeitstudie über mehrere Jahre kindbezogene Armutsfolgen untersucht. Sie hat mit dem Anspruch, einen kindgerechten Armutsbegriff zu entwickeln, hauptsächlich den Lebenslagenansatz als Ausgangspunkt gewählt. Die Situationen von Kindern und Jugendlichen werden anhand ihrer Lebenslagen in verschiedenen Dimensionen erfasst, um Aussagen machen zu können über

ihre Teilhabechancen und Entwicklung im Kontext ihrer Lebenswelt. (vgl. Hock et.al. 2014, S.5)

Um Armutsbetroffenheit und Armutsrisikoquoten in Deutschland in der Armutsberichterstattung zahlenmäßig abzubilden, wird im Allgemeinen zunächst der Ressourcenansatz als Perspektive zugrunde gelegt. Das Einkommen von Personen und Haushalten, gemessen am Nettoäquivalenzeinkommen in Deutschland, ist demnach am ehesten geeignet, um Armut und ihre Entwicklung in verschiedenen Bereichen anhand von vergleichbaren Daten abzubilden. So können aktuelle Armutsschwellen, Armutsrisiken und der Umfang der Armutsbetroffenheit, unterschieden nach Personengruppen, Haushalten oder sozialen Faktoren, differenziert dargestellt und im Verlauf verglichen werden. Beispiele dafür werden im nächsten Kapitel ausführlich dargestellt.

3. Armut als Lebenslage von Familien

Wer sind die „Armen“? Wie viele Menschen sind betroffen? Welche Ursachen hat (familiäre) Armut und wer ist besonders risikogefährdet? Was bedeutet Einkommensarmut für betroffene Familien und welche Auswirkungen hat sie auf Kinder?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden Ergebnisse quantitativer und qualitativer Studien wie der AWO-Iss-Studie (2012), der Armutsstudie von Andresen und Galic (2015) und neuerer Sozialberichte wie dem Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes (2018) herangezogen. Sie machen die Aktualität des Armutsproblems in der deutschen Bevölkerung anhand von Zahlen deutlich und geben einen Einblick, welche Auswirkungen Armut auf den Alltag der Betroffenen hat. Mit besonderem Blick auf Familien mit Kindern als betroffene Gruppe wird das Problem Armut aus verschiedenen Perspektiven betrachtet, dabei liegt der Fokus auf den mangelnden ökonomischen Ressourcen als Ursache für deren prekäre Lebenslage.

Im Anschluss an die Darstellung der konkreten Datenlage in Deutschland befasst sich das dritte Kapitel mit den Ursachen und Risikofaktoren familiärer Armut, beschreibt ausführlich, welche Auswirkungen Armut auf die konkrete Lebensgestaltung von Eltern und insbesondere auch auf die Lebenslagen von Kindern hat und nimmt auch Handlungsansätze zur kindbezogenen Armutsprävention in den Blick.

3.1 Umfang der Armutsbetroffenheit

Für die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Armut soll zunächst die Frage beleuchtet werden, in welchem Ausmaß welche Personengruppen und Haushalte in Deutschland von Armut gefährdet bzw. betroffen sind.

Als Grundlage zur prozentualen Angabe der aktuellen Armutsbetroffenheit bzw. Armutsquote in Deutschland dienen unterschiedliche Statistiken. Je nachdem, welche Statistik zugrunde gelegt wird, fallen die Ergebnisse unterschiedlich aus. Neben dem Mikrozensus, der umfassendsten Haushaltsbefragung in Deutschland, bildet z.B. das Sozio-ökonomische Panel des DIW, eine jährliche repräsentative Wiederholungsbefragung privater deutscher Haushalte, eine Datengrundlage für die Bestimmung des Äquivalenzeinkommens in Deutschland. Die unterschiedlichen Berechnungsvarianten ergeben allein für diese beiden Datengrundlagen differierende Armutsschwellen in Deutschland. (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2018, S. 10ff.)

Prozentuale Angaben der Armutsbetroffenheit müssen daher immer auf der Grundlage der statistischen Datenquelle betrachtet werden. So betrug die Armutsquote 2017 nach dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes in Deutschland 15,8%, nach Berechnungen auf Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sogar 16,8%. (vgl. ebd., S. 3)

Als aktuelle Zahlengrundlage für die vorliegende Arbeit soll hier neben dem 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vor allem der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes aus 2018 herangezogen werden. Er stellt, ausgehend vom Konzept der relativen Einkommensarmut, die Armutsquoten einzelner Bevölkerungsgruppen dar und gibt somit ein differenziertes Bild zur Armutsbetroffenheit von Familien in verschiedenen Konstellationen. Die Schwellenangaben und die prozentualen Berechnungen werden in diesem Bericht auf der Grundlage des Sozioökonomischen Panels des DIW dargestellt. (vgl. ebd., S.10)

Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der 2017 veröffentlicht wurde, beruft sich auf unterschiedliche statistische Datenquellen (unter anderem auf den Mikrozensus und das Sozio-ökonomische Panel) und stellt auf deren Grundlage auch aktuelle Zahlen zur Armutsgefährdung und zur Einkommensverteilung in Deutschland vor.

Im Folgenden werden auf der Grundlage beider (Armuts-)Berichte die wichtigsten Zahlen zur aktuellen Armutsbetroffenheit in Deutschland benannt:

- In Deutschland sind rund 13,7 Millionen Menschen von Armut betroffen, das ist durchschnittlich jede 6. Person. Die Armutsquote liegt mit 16,8% auf einem Rekordhoch. (vgl. Der Paritätische 2018, S.14)
- Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellt bei der Zusammenschau aller Datenquellen eine seit 2005 etwa gleichbleibende Armutsrisikoquote dar, die aktuell eher einen leichten Anstieg zeigt. (vgl. BMAS 2017, S.10)
- Zwischen 9 und 10 Prozent der Menschen in Deutschland beziehen Leistungen aus den Mindestsicherungssystemen. Knapp 6 Millionen von Ihnen sind Bezieher*innen von Leistungen aus dem SGB II, darunter auch diejenigen, die ergänzend zu Ihrem Einkommen Leistungen in Anspruch nehmen müssen. (vgl. ebd., S.11)
- Gesamtheit der Armen:
Von der Gesamtheit der (einkommens-)armen Erwachsenen in Deutschland sind 21% arbeitslos. 33,2% von ihnen gehen einer Erwerbstätigkeit nach, weitere Einkommensgruppen sind z.B. Rentner und Auszubildende. Die Armen in Deutschland sind ganz überwiegend Menschen ohne Migrationshintergrund und Personen mit zumeist mittlerem oder höherem Qualifikationsniveau. (vgl. Der Paritätische 2018, S. 14)
- Kinderarmut:
Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut. Und: jeder fünfte arme Mensch in Deutschland ist ein Kind. Rund 2,1 Millionen Kinder in Deutschland sind von Armut betroffen. Je jünger die Kinder, desto höher das Armutsrisiko. (vgl. ebd.) Bei Kindern, deren Eltern beide nicht erwerbstätig sind, liegt die Armutsrisikoquote in Deutschland bei 64 %. Ist ein Elternteil in Vollzeit berufstätig, liegt die Armutsrisikoquote bei etwa 15 Prozent. (vgl. BMAS 2017, S.25)
- Personengruppen:
62,9% aller Arbeitslosen in Deutschland sind von Armut betroffen, sie sind die am häufigsten betroffene Personengruppe. Von den Alleinerziehenden sind 40,2 % einkommensarm, bei der Gruppe der in Deutschland lebenden Migrant*innen sind es etwa ein Viertel (27,5%). Zudem sind fast ausschließlich Mieter von der Armutsproblematik betroffen; nur vier von 100 Eigenheimbesitzern

sind arm, bei den Mietern sind es fast 30%. (vgl. Der Paritätische 2018, S.15)
 Die Personengruppe der über 65-Jährigen ist laut Armutsbericht der Bundesregierung durchschnittlich etwas seltener von Armut bedroht als die Gesamtbevölkerung in Deutschland. (vgl. BMAS 2017, S.33)

- Haushalte:

Die Alleinerziehenden-Haushalte in Deutschland haben im Vergleich zu anderen Haushaltstypen die höchste Armutsquote. Mit 30% sind auch kinderreiche Paar-Haushalte überdurchschnittlich von Armut betroffen.

Von allen armen Haushalten gesamt sind Paare mit Kindern mit 30,9% die zweitgrößte Gruppe nach den Alleinlebenden. (vgl. Der Paritätische 2018, S.14)

Armutsschwellen nach Haushaltstypen mit Kindern

Als Anhaltspunkt für Armutsschwellen in Deutschland gibt der Armutsbericht des Paritätischen für Familien Beträge in Euro an. Es handelt sich bei den Schwellenbeträgen um das gesamte Nettoeinkommen des Haushaltes, eingerechnet werden auch Leistungen wie das Wohngeld, Kindergeld, der Kinderzuschlag und andere Transferleistungen. (vgl. ebd., S.7)

Für Familien mit Kindern unter 14 Jahren in gemeinsamen Haushalten werden auf Grundlage des SOEP folgende Armutsschwellen angegeben (Tab.1):

Tabelle 1: Armutsschwellen für Familien mit Kindern unter 14 Jahren

Alleinerziehend mit einem Kind unter 14 Jahren	1412,00€
Alleinerziehend mit zwei Kindern unter 14 Jahren	1738,00€
Paar mit einem Kind unter 14 Jahren	1955,00€
Paar mit zwei Kindern unter 14 Jahren	2.281,00€

Quelle: Der Paritätische 2018, S. 11

Liegt das Nettoeinkommen des Haushalts unter diesen Beträgen, gilt die Familie als arm.

Zusammengefasst zeigen die oben genannten Fakten, wie komplex das Problem Armut in Deutschland ist. Noch umfassender wird dies, wenn man zusätzlich die ungleiche Verteilung von Armut innerhalb der Bundesländer, zwischen Städten und Kreisen und auch innerhalb der Kommunen betrachtet. Nicht alles gilt überall, die Quoten variieren abhängig von der Region. Als Beispiel sollen hier die regionalen Kinderarmutsquoten in Schleswig-Holstein kurz beleuchtet werden.

Kinderarmut in Schleswig-Holstein

Die Bertelsmann-Stiftung hat 2015 auf der Grundlage der Statistik der Bundesagentur für Arbeit die Verteilung von Kinderarmut in Schleswig-Holstein untersucht und dargestellt. Da Armut von Kindern nicht über deren Einkommen definiert werden kann, gilt als Indikator für Kinderarmut, dass ein Kind in einer Bedarfsgemeinschaft lebt, also in einer Familie im SGB-II-Bezug im selben Haushalt. (vgl. Funcke et.al., 2016, S. 1) Auch dazu einige Fakten:

- In Schleswig-Holstein lebten 2015 18,2% der Kinder unter 3 Jahren in Familien, die Leistungen nach dem SGB-II beziehen, bei den Kindern zwischen 3 und 6 Jahren sind 18,8% betroffen. (vgl. ebd. S.3)
- Insgesamt lebten 2015 in Schleswig-Holstein zum Erhebungszeitpunkt 70.913 Kinder unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften. Das entspricht auf dieser Datengrundlage einer Kinderarmutsquote von 15,3%. (vgl. ebd.)
- Kinderarmut ist in den Regionen Schleswig-Holsteins sehr unterschiedlich verteilt. Während in Kiel 30,3% und in Lübeck und Neumünster jeweils fast 27% der Kinder unter 18 Jahren in Familien im SGB-II-Bezug leben, sind es in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Plön und Nordfriesland jeweils um die 11% der Kinder, auf die dies zutrifft. Der Kreis Stormarn hat mit 8,4% die geringste Kinderarmutsquote in Schleswig-Holstein. (vgl. ebd.)

In Schleswig-Holstein unterscheidet sich der Anteil armutsbetroffener Kinder in kreisfreien Städten und Kreisen also zum Teil erheblich und liegt insgesamt leicht höher als der Bundesdurchschnitt (14,7% auf Datengrundlage der Statistik der Bundesagentur). Anteilsmäßig besonders betroffen ist die Gruppe der Kinder unter 6 Jahren. (vgl. ebd.)

Die insgesamt aufgezeigten Daten sagen es deutlich: Armut ist in der deutschen Bevölkerung bzw. in Schleswig-Holstein kein Randphänomen, sondern ein

gesamtgesellschaftliches Problem, welches sich in allen Personen- und Altersgruppen wiederfindet. Zu den besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen gehören Familien und ihre Kinder. Wo die Ursachen für die Armutslagen liegen und welche Menschen besonders gefährdet sind, versuchen die folgenden Ausführungen darzustellen.

3.2 Ursachen prekärer Lebenslagen

Sowohl Erwerbsprobleme als auch (multiple) soziale Probleme sind zwei grundlegende Problemlagen, die als Ursache von Armut und prekären Lebenslagen betrachtet werden müssen.

Im Bereich der Erwerbsprobleme sind zum einen Langzeitarbeitslosigkeit von Personen als Ursache zu benennen. Diese gilt als schwerwiegendstes Armutsrisiko und geht meist mit einer Verfestigung von Armut einher. (vgl. BMAS 2017, S.23) Zum anderen stellt jedoch auch Erwerbstätigkeit mit Niedrigeinkommen vermehrt eine Ursache für Armut dar. Dies betrifft vor allem in Teilzeit tätige Menschen und solche, deren Einkommen trotz Erwerbstätigkeit aufgrund von niedrigen Löhnen unter der Armutschwelle liegt („working poor“). Bedeutend ist diese Unterscheidung für die Ansätze zur Armutsprävention in Deutschland: während für die eine Gruppe die Integration in den Arbeitsmarkt eine sinnvolle Präventionsmaßnahme gegen Armut darstellt, greifen für die Gruppe der Erwerbstätigen mit Niedrigeinkommen präventiv Maßnahmen zum Mindestlohn oder zur Grundsicherung. Im Verhältnis sind beide Gruppen, Langzeitarbeitslose und Erwerbstätige mit Niedrigeinkommen, annähernd gleich groß. (vgl. Holz/Laubstein 2015, S.26)

Auch soziale Probleme sind häufig Ursache für Armut und langen Verbleib in der Armutsproblematik. Dazu zählen z.B. Überschuldung, Trennung und Scheidung. Das Risiko, von Armut betroffen zu sein, verdreifacht sich laut Armutsbericht des Paritätischen (2018) um das Dreifache im Falle einer Scheidung oder Aufhebung einer Lebensgemeinschaft. (vgl. Der Paritätische 2018, S. 19)

Als weitere soziale Probleme, die Armut verursachen, können z.B. Behinderung, Krankheit und auch Multiproblemlagen genannt werden. Holz/ Laubstein (2015) kritisieren in diesem Zusammenhang, dass Familien in Multiproblemlagen, obwohl sie die kleinste Ursachengruppe darstellen, in der Öffentlichkeit als „Prototyp von Armut“ im Sinne selbstverschuldeter Lebenslagen durch individuelles Fehlverhalten dargestellt

werden. Diese gesellschaftlich verbreiteten Bilder sind eine ideale Grundlage für Vorurteile und soziale Ausgrenzung, wenn sie auf alle Ursachengruppen übertragen werden. (vgl. Holz/ Laubstein 2015, S.26)

Die ursächlichen Probleme beziehen sich in der Betrachtung auf die arme erwachsene Bevölkerung. Als ursächliche Ausgangslage für Kinderarmut muss immer die Problemlage der Eltern berücksichtigt werden, zentraler Faktor ist dabei die materielle Mangel-
lage der Familie. (vgl. Holz et.al. 2012, S.6)

3.3 Risikofaktoren für familiäre Armut

„Nicht alle Familien sind gleichermaßen armutsgefährdet. Entscheidend sind in diesem Zusammenhang vielmehr die Familienform sowie die Erwerbsbeteiligung der Eltern.“ (Hock et.al. 2015, S.17) Quantitative Studien wie der Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes (2018) zeigen auf, dass bestimmte Personengruppen und Haushaltstypen häufiger und in größerem Ausmaß von Armut betroffen sind und formulieren daraus ein Armutsrisiko für Menschen abhängig von ihren Lebenszusammenhängen.

Armutsrisiko abhängig von der Familienform

In Deutschland sind Alleinerziehende, Großfamilien mit drei oder mehr Kindern und zugewanderte Familien überdurchschnittlich von Armut betroffen. (vgl. Stork 2018. S. 88). Bei der Betrachtung der Alleinerziehenden-Haushalte nach Anzahl und Alter der Kinder ergeben sich bei der Armutsquote zudem erhebliche Unterschiede. Von den Alleinerziehenden mit einem Kind unter 15 Jahren sind über 41% Prozent von Armut betroffen, bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern steigt die Armutsquote sogar auf über 56%. Auch kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern haben mit einer Quote von 30% ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko, während Paare mit einem oder zwei Kindern im Gegensatz dazu unterdurchschnittlich armutsgefährdet sind. (vgl. Der Paritätische 2018, S.19)

Auch der Familienstand scheint ein Risikofaktor für Armutsgefährdung zu sein: Während nur rund jeder zehnte Erwachsene, der in einer Ehe oder Lebenspartnerschaft lebt, armutsgefährdet ist, sind es bei getrenntlebenden Partnern dreimal so viele; Frauen sind häufiger betroffen als Männer. (vgl. ebd.)

Poppe (2019) sieht zudem zwischen Armutsrisiko und Migrationshintergrund einen klaren Zusammenhang und zeigt auf, dass Menschen mit Migrationshintergrund doppelt so häufig von Armut betroffen sind wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Besonders hoch ist dabei der Anteil zugewanderten Menschen an den Armen gesamt. (vgl. Poppe 2019, S. 6). Hock et.al. sehen Migrationshintergrund als Risikofaktor für Armut nur als sekundären Faktor und gehen davon aus, dass die Quote u.a. zurückzuführen ist auf qualifikations- und sprachbedingtes niedrigeres Einkommen dieser Personen-Gruppe. (vgl. Hock et.al. 2014, S.18)

Rolle der Erwerbsbeteiligung von Eltern

Noch stärker als von der Familienform hängt das Armutsrisiko jedoch ab von der Integration der erwachsenen Familienmitglieder in den Arbeitsmarkt. Das Armutsrisiko ist bereits dann leicht unterdurchschnittlich, wenn ein Elternteil einer Familie in Vollzeit tätig ist oder wenn beide zusammen Vollzeit arbeiten. (vgl. Hock et.al., S.18) Wenn beide Eltern berufstätig sind, ist das Armutsrisiko besonders gering, bei doppelter Erwerbstätigkeit beträgt die Armutsquote lediglich 3%. (vgl. Der Paritätische 2018, S. 18)

Aber: Jede zehnte erwerbstätige Person in Deutschland ist arm und zählt zur sogenannten Gruppe der „working poor“. Trotz Erwerbstätigkeit kommen diese Menschen mit ihrem Einkommen nicht über die Armutsgrenze hinaus und müssen oftmals zusätzlich zum Erwerbseinkommen SGB-II-Leistungen in Anspruch nehmen (vgl. BMAS 2017, S.11). Ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko ist anzunehmen, wenn Erwerbstätige unterhalb der Vollzeitbeschäftigung tätig sind. Betroffen sind insbesondere Alleinerziehende, die keiner Vollzeitbeschäftigung nachgehen können. Poppe (2019) zeigt zudem einen Zusammenhang zwischen Armutsbetroffenheit und befristeter Beschäftigung bzw. Zeit- oder Leiharbeit auf. (vgl. Poppe 2019, S. 6). „Im Falle von Niedriglöhnen bzw. bei geringer Qualifikation reicht in vielen Fällen aber eine Vollzeitbeschäftigung nicht aus. Hier ist es meist notwendig, dass eineinhalb Vollzeiteinkommen erzielt werden, um „die Armutszone“ zu verlassen.“ (Hock et.al. 2014, S.18)

Mit Blick auf die Kinder bedeutet dies: das Risiko der Armutsgefährdung steigt für sie mit der eingeschränkten Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit der Eltern um ein Vielfaches. Ist ein Elternteil voll erwerbstätig, ist das Risiko der Kinder für Armutsgefährdung vergleichsweise gering und sinkt noch, wenn beide Eltern erwerbstätig sind und einer davon Vollzeit arbeitet.

Das Armutsrisiko ist also in differenzierter Weise abhängig von Familienform und Erwerbstätigkeit. Die Analyse der beschriebenen Armutsrisiken „suggeriert, dass Kinder in Armutslagen in erster Linie aus Ein-Eltern-Familien und Erwerbslosen-Familien stammen. Dies ist aber gerade nicht der Fall. Betrachtet man die Gesamtheit aller armutsbetroffener Kinder, wird ersichtlich, dass sehr viele in Familien mit zwei Elternteilen leben und viele mit Eltern, die nicht erwerbslos sind.“ (Hock et.al. 2014, S.19)

Unabhängig von Familienform und Erwerbsbeteiligung betrifft familiäre Armut aber oft auf multiple Weise die materiellen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Dimensionen der Lebenslagen von Menschen und hat Einschränkungen und Verlust sozialer Teilhabe in allen Bereichen zur Folge. (vgl. Hock et.al. 2014, S. 6) Dem Thema der vorliegenden Forschungsarbeit folgend soll im folgenden Abschnitt die Dimension der materiellen bzw. ökonomischen Risikolage besonders in den Blick genommen werden.

3.4 Einkommensarmut als Lebenslage

„In der bundesrepublikanischen Gesellschaft [...] treten „sichtbare“ und „weniger sichtbare“ Formen von Armut auf. Die Armutsforschung unterscheidet in diesem Zusammenhang häufig zwischen „alter“ und „neuer“ Armut.“ (Zander 2006, S. 17)

Familien, die aufgrund multipler Probleme (Dauererwerbslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse, niedriger Bildungsstand, chronische Krankheit, Überschuldung oder soziale Isolation) in Langzeitarmut leben und verbleiben, vererben die Armutslage häufig von einer Generation zur nächsten. Die Armut in der Familie umfasst mehrere Generationen, denen der Ausstieg aus der prekären Lebenslage nicht gelingt. In diesem Zusammenhang spricht Zander von „alter Armut“ und benennt als Merkmale dieser die Langzeitarmut und geringe Aufstiegsperspektiven. Meist leben Familien in „alter Armut“ in sozialen Brennpunkten und Zander schreibt ihnen sogar zu, dass sie häufig an äußeren Erscheinungsmerkmalen wie nicht zweckgemäßer Kleidung oder auffälligen Umgangsformen erkennbar seien. (vgl. ebd. S.18)

Im Gegensatz dazu kann die „neue Armut“ durch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, wie z.B. Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen oder die Zunahme von Trennungen und Scheidungen, im Grunde alle Familien betreffen. Auch besondere

eintretende Lebenssituationen wie Berufsunfähigkeit durch Unfall oder betriebsbedingte Kündigung können allmählich oder auch kurzfristig aufgrund finanzieller Einbußen zu Verarmungsprozessen führen. Die Ursache sieht Zander u.a. „im Zusammenspiel von Arbeitsmarktrisiken und unzureichenden sozialpolitischen Absicherungen von sozialen Risiken einerseits mit einem nicht zielgerichtet an Armutsvermeidung orientiertem Familienleistungssystem [...] andererseits“. (Zander 2006, S.19)

Der Unterschied zur „alten Armut“ liegt in der zeitlichen Begrenzung der Armutsphasen und einer vorhandenen Ausstiegsperspektive. In diesen armutsbelasteten Familien, nahezu alle Bildungsgrade und Berufsgruppen können betroffen sein, sind meist aussichtsreiche Ressourcen wie soziale Netzwerke, ein höheres Bildungsniveau und ein nötiges Maß an Eigenaktivität vorhanden, die Möglichkeiten bieten, sich aus der prekären Lebenslage heraus zu entwickeln.

Diesen Familien sieht man ihre finanzielle Mangellage nicht an. Es kommt häufig zu eher verdeckten und unsichtbaren Formen von Armut, denn das Abrutschen in prekäre Lebenslagen ist für Menschen, die zuvor einen mittleren finanziellen Status hatten, oft von Scham und Unsicherheit begleitet. (vgl. ebd.)

Zur Identifizierung armutsbetroffener Familien reicht es also nicht, auf bestimmte offensichtliche Kriterien zu achten (die noch dazu vorurteilsbehaftet sein können), sondern die Lebenslage jeder Familie kann kurz- oder langfristig durch den Verlust finanzieller Ressourcen von Armut betroffen sein und dies ist nicht immer von außen sichtbar.

Im Landesarmutsbericht Schleswig-Holstein 1999 werden im Zusammenhang mit der Dauer von Armutslagen von Familien mit Hinblick auf die Verschiedenartigkeit des Hilfebedarfs noch weitere Kategorien unterschieden: Armut als dauerhafte Lebenslage, Armut als wiederkehrende Erfahrung und Armut als einmaliges Ereignis. (vgl. Kett-schau 2005, S. 245ff)

Betroffene von „Armut als dauerhafte Lebenslage“ befinden sich über Generationen hinweg in der prekären Lebenslage, ihre Lebenssituation ist gekennzeichnet ist von einer Häufung kritischer Lebensereignisse und wiederkehrenden Problembewältigungsanforderungen (vergleichbar mit der Kategorie „alte Armut“).

„Armut als wiederkehrende soziale Erfahrung“ betrifft vor allem Gruppen, bei denen sich Phasen des Leistungsbezugs abwechseln mit Phasen, in denen das Einkommen

aus eigener Kraft gesichert werden kann. Verschuldung, Verlust des Arbeitsplatzes oder auch familiäre Brüche sind meist Teil dieses dynamischen Verlaufs von Armutsproblematiken. Der Lebensstandard schwankt oft um die Armutsschwelle bzw. Grenze zum Niedrigeinkommen herum.

„Armut als einmaliges Ereignis“ tritt oftmals in Überbrückungszeiten in wechselnden Lebensphasen bis zum Einsetzen regelmäßiger Transfers auf. Das kann der Übergang zur Rente oder in die Berufsausbildung sein, aber auch verzögerte Unterhaltszahlungen oder Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit sind ursächlich. Betroffen sind Familien aus unterschiedlichen Lebenszusammenhängen, deren Armut dann einmalig bleibt, wenn sie über nicht-finanzielle Ressourcen verfügen, die sie zur Bewältigung der Lebenslage nutzen können. (vgl. ebd., S.247)

Die nachfolgenden Ausführungen beschreiben, welche Anforderungen Einkommensarmut an betroffene Familien stellt und welche Bewältigungsstrategien Eltern und Kinder dafür entwickeln.

3.4.1 Herausforderungen für Eltern in ökonomischen Risikolagen

Das dauerhafte Leben in von Armut geprägten Lebenslagen stellt besonders Eltern minderjähriger Kinder vor hohe Herausforderungen. Probleme und Konflikte, verursacht durch beengtes Wohnen, schlechtes Wohnumfeld, gesundheitliche Belastungen und fehlende Netzwerke erschweren Eltern ein sorgloses Leben und ihre Bemühungen um die Förderung ihrer Kinder. (vgl. Stork 2018, S. 89) Zurückzuführen sind die Mangellagen im Grunde immer auf die Einkommensarmut und damit verbundene ökonomische Risikolage der Familie.

„Ein Leben in Armut erfordert eine überdurchschnittliche Kraftanstrengung von den Familien.“ (Funcke/Stierle 2015, S. 38) Der Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes zeigt auf, welche Entbehrungen Familien in Armutslagen erleben: die meisten Haushalte, in denen Armutsbetroffene leben, haben keine Möglichkeiten, finanzielle Rücklagen für Notfälle zu bilden und können weder zur Vorsorge noch zur Vermögensbildung Sparbeträge aufbringen. (vgl. Der Paritätische 2018, S.15)

Für Familien bedeutet dies vor allem Zukunftsängste und die wiederkehrende Problembewältigung bei spontan anstehenden Zahlungen. Ihr Einkommen erlaubt es oft nicht, unerwartete Ausgaben wie den Ersatz von Haushaltsgeräten zu bezahlen oder

abgenutzte Möbel durch neue zu ersetzen. Knapp ein Drittel der Familien in Sozialgeld-Bezug sind nicht in der Lage, sich neue Kleidung zu kaufen und jedes zehnte Kind aus diesen Familien besitzt keine ausreichende Winterkleidung. (vgl. Funcke/Stierle 2015, S.38)

Der Bedarf passender Kleidung für Heranwachsende und insbesondere auch die Anforderungen von Kindertageseinrichtungen oder Schulen in Bezug auf zusätzliche angemessene Regen- oder Sportkleidung für Aktivitäten stellt die Eltern somit vor besondere Probleme, bei denen sie auf Alternativen oder zusätzliche Hilfen angewiesen sind.

Einwöchige Urlaubsreisen an einen anderen Ort, Kinobesuche oder die Teilnahme an Sportveranstaltungen oder Konzerten können sich armutsbetroffene Familien in der Regel nicht leisten. Schon Wege zu Institutionen wie Kita oder Schule stellen Familien vor logistische Herausforderungen, da sie häufig kein Familienauto besitzen und die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel nur schwer aufbringen können. Ihr Alltag unterscheidet sich entsprechend deutlich von dem der Familien in gesicherten Einkommensverhältnissen. (vgl. ebd.) Fast paradox erscheint dabei die Hürde, dass betroffene Eltern sehr viel häufiger entfernte Institutionen wie Beratungsstellen oder Ämter aufsuchen müssen, um notwendige Unterstützungsleistungen zum Leben zu erhalten.

Vor besonderen Herausforderungen stehen Eltern in Armutslagen, die ein Arbeitsverhältnis anstreben, welches sie unabhängig macht von externer Unterstützung. Ohne Auto sind Anfahrtswege zu Arbeitsstätten nur schwer zu bewältigen, und insbesondere bei Alleinerziehenden passen die Betreuungszeiten für Kinder in Tageseinrichtungen oder Schule oft nicht zu den geforderten Arbeitszeiten. Dennoch unternehmen betroffene Eltern viel, um sich aus der prekären Lebenslage zu befreien und wollen ihren Kindern gute Vorbilder sein. (vgl. ebd., S.39)

Herausforderungen in der Erziehung der Kinder

Andresen und Galic haben 2015 anhand einer qualitativen Studie untersucht, vor welchen Herausforderungen Eltern in Armutslagen im Alltag stehen und wie sie diese bewältigen. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Sorge um die Kinder im Mittelpunkt der Handlungen von Eltern steht und sie auf die Realisierung persönlicher Interessen zugunsten der Förderung ihrer Kinder verzichten. (vgl. Andresen/Galic 2015b,

S. 14). Das widerlegt das öffentliche Vorurteil, Eltern würden Einkommen aus staatlichen Sozialleistungen nicht im Sinne ihrer Kinder verwenden. (vgl. Poppe 2019, S.13)

Trotzdem unterliegen die Entscheidungen und die Auswahl von Aktivitäten und Bildungsangeboten für ihre Kinder nicht wie in anderen (besser situierten) Familien einem erzieherischen Aushandlungsprozess, sondern sind in allererster Linie eine Frage der finanziellen Ressourcen der Familie. „Bei der Erziehung legen Eltern großen Wert darauf, ihren Kindern die Konsequenzen der knappen Ressourcen zu erklären. Sie beschreiben aber auch, wie schwierig es für sie angesichts knapper Ressourcen ist, den Kindern gerecht zu werden. Dabei enttäuschen sie die Kinder zuweilen, vermitteln ihnen aber auch, dies als Teil ihrer (momentanen) Lebenssituation anzunehmen.“ (Andresen/ Galic 2015b, S.14)

Nicht zuletzt sind Eltern in ökonomischen Risikolagen häufiger von Sorgen und Stress belastet, stark angespannt und insgesamt unglücklicher als Nicht-Arme. (vgl. Der Paritätische 2018, S.15) Wirtschaftliche Not, Überschuldung, soziale Ausgrenzung und beengte Wohnverhältnisse beeinträchtigen das Wohlbefinden von Eltern, erschweren den Umgang mit dem Kind und wirken sich negativ auf die Erziehungsqualität aus. (vgl. Weigelt 2011, S.3)

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, entwickeln Eltern und auch Kinder bestimmte Handlungsstrategien im Alltag.

3.4.2 Bewältigungsstrategien von Eltern und Kindern

Ausgehend von einer Definition von Bewältigung als „Herstellung von Handlungsfähigkeit in kritischen Lebenssituationen“ (Zander 2005, S.131) beschreibt Zander (in Anlehnung an eine Studie des Autorenteams Chasse`/ Zander/ Rasch zu Armut von Kindern im Grundschulalter 2005) unterschiedliche Formen von elterlichen Alltagsstrategien. Sie beziehen sich insbesondere auf den Umgang mit materiellen und monetären Ressourcen. Handlungsansätze armutsbetroffener Eltern lassen sich demnach in vier Kategorien unterscheiden:

- **Reduktive Bewältigungsstrategien**

Eltern in ökonomischen Risikolagen sparen, verzichten und schränken sich finanziell ein, und zwar zuerst bei Ausgaben, die sie selbst betreffen und erst nachrangig bei Ausgaben für ihre Kinder. Zander verweist aber auch auf das Vorhandensein anderer

Beispiele, bei denen Eltern auf das Notwendigste verzichten, um sich Konsumgüter anzuschaffen, die Ansehen und Geltung versprechen. (vgl. Zander 2006, S. 32)

- **Situativer Konsum**

Eltern geben ohne weitere Planung dann Geld aus, wenn es vorhanden ist, da es ohnehin kaum Einteilungsspielräume gibt. „Diese häufig diskutierte Form des Umgangs mit Geld in Armutslagen wird als Problem dahingehend diskutiert, dass betroffene Familien mit Geld [...] nicht (richtig) umgehen können.“ (Zander 2006, S.33).

- **Adaptive Bewältigungsstrategien**

Eltern suchen nach Kompensationsmöglichkeiten und Alternativen und greifen, z.B. durch Kauf auf Flohmärkten oder auf Tauschbörsen, auf günstigere Angebote oder wenn möglich auf kostenlosen Ersatz zurück.

- **Konstruktive Bewältigungsstrategien**

Eltern erschließen sich durch kleine Nebenjobs oder Mitwirkung in Selbsthilfeinitiativen zusätzliche materielle Ressourcen, nutzen vorhandene soziale Netzwerke und externe Unterstützungsangebote von Institutionen vor Ort und setzen zudem klare Prioritäten im Umgang mit vorhandenen Ressourcen. (vgl. Zander 2005, S.132)

Zander zeigt zwar auf, dass die benannten Bewältigungsstrategien in Familien sich nicht eindeutig trennen lassen und auch in Mischformen auftreten, geht aber davon aus, dass sich Familien in der Form ihres Umgangs mit den finanziellen Belastungen eher dem einen oder anderen Typus zuordnen lassen.

Bewältigungsstrategien von Kindern

Kinder erleben die Benachteiligung durch fehlende materielle und monetäre Ressourcen in der Familie in den verschiedenen Dimensionen ihrer Lebenslage. Ihre Bewältigungsstrategien sind deshalb im individuellen Kontext zu betrachten und müssen in Bezug gesetzt werden zu den jeweiligen Entwicklungsaufgaben der Altersgruppe. (vgl. Zander 2005, S.133) An dieser Stelle soll, der Logik der Arbeit folgend, insbesondere betrachtet werden, wie Kinder mangelnden ökonomischen Ressourcen in der Familie begegnen. Antworten darauf gibt u.a. eine Befragung von Kindern, die Andresen und Galic (2015) im Rahmen ihrer qualitativen Studie durchgeführt haben:

Die Studie zeigt auf, dass die befragten Kinder sensibel und empathisch auf die Belastungssituationen der Eltern reagieren und nach eigenen Handlungsmöglichkeiten suchen, um ihre Eltern zu unterstützen. Sie haben den Wunsch, ihren Eltern eine Freude zu machen und übernehmen sogar Verantwortung für ihre Eltern im Sinne fürsorglicher Haltung. Dabei unterdrücken sie eigene Bedürfnisse, wenn sie wissen, dass die finanziellen Mittel in der Familie z.B. für Freizeit- oder Sportangebote nicht genügend Spielraum bieten. Zum Teil verschweigen sie ihre eigenen Wünsche oder kostenpflichtige Anforderungen aus der Schule, um ihre Eltern nicht zusätzlich zu belasten und in Rechtfertigungssituationen zu bringen. (vgl. Andresen/ Galic 2015a, S. 60ff.)

Ständig mit Konsumreizen konfrontiert lernen die Kinder durch wiederkehrende Beschränkungen und das Zurückweisen ihrer Wünsche, ihre Bedürfnisbefriedigung aufzuschieben und überlegen sich genau, welche Konsumwünsche sie artikulieren und welche nicht. Einbezogen in die elterlichen Sorgen und Nachdenkprozesse entwickeln Kinder ein hohes Verständnis für die soziale Lage der Familie, welches jedoch begleitet ist von sehr ambivalenten Sichtweisen auf die Ressourcen der Familie, wenn sich kindliche Bedürfnisse und eingeschränkter finanzieller Spielraum der Eltern gegenüberstehen. (vgl. ebd.)

Zugleich begegnen Kinder der materiellen Mangellage in der Familie auch aktiv. Sie schaffen sich Netzwerke und finden in Bezug auf Kleidung, Nahrung oder Förderung Unterstützung und Hilfe in ihrem sozialen Handlungsraum. Freundschaften und Kontakte zu Personen und Institutionen außerhalb des Familienkreises helfen ihnen, Armut aktiv zu bewältigen. So gelingt es ihnen, die eigene Autonomie zu erhalten und die finanzielle Mangellage der Familie zum Teil zu kompensieren. (vgl. ebd.)

Auch wenn die vorliegende Arbeit den Fokus auf die ökonomische Risikolage von Eltern und Familien richtet, sollen im nächsten Kapitel Kinderarmut und ihre Folgen in Abhängigkeit von elterlicher Armut thematisiert werden. Dabei wird als direkter Zusammenhang angenommen, dass, je besser sich die Einkommenslage von Eltern entwickelt, sich auch die Lebensbedingungen und -chancen von Kindern positiv entwickeln.

3.5 Kinderarmut als Folge von elterlicher Einkommensarmut

Kinderarmut als gesellschaftliches Phänomen wird in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit und in der Fachwelt ausgiebig diskutiert und in verschiedenen Zusammenhängen mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten wie Bildungsarmut, emotionale Armut oder Gesundheitsarmut belegt. Damit werden abkürzend die Folgen kindlicher Armut bezeichnet. (vgl. Holz/ Laubstein 2015, S.29)

Zunächst einmal gründet Kinderarmut in der relativen Einkommensarmut der Familie bzw. des Haushaltes, in dem sie leben, da die Lebensbedingungen von Kindern stark abhängig sind von der Lebenslage der Eltern. Armut von Kindern auf die Einkommensarmut ihrer Eltern zu reduzieren, geht jedoch an deren Lebenssituationen vorbei. So zeigen z.B. die Ergebnisse der Langzeitstudie im Auftrag der AWO (AWO-ISS-Studie), dass Kinder trotz familiärer Armut ohne Beeinträchtigungen und im Wohlergehen aufwachsen können. (vgl. Holz et.al. 2012, S.6)

Um Kinderarmut zu definieren, müssen also zusätzlich Dimensionen der Entwicklung und Teilhabe der Lebenslagen von Kindern einbezogen werden. Die Lebenslagen von Kindern sind dabei anhand von Kriterien durchaus empirisch erfassbar, wie die AWO-ISS-Studie zeigt.

Die Autorinnen der Studie sprechen demnach von kindlicher Armut, wenn

- das Kind in einer einkommensarmen Familie lebt.
- kindspezifische Formen materieller, kultureller, gesundheitlicher und sozialer Unterversorgung erkennbar sind.
- die Entwicklungsbedingungen des Kindes beeinträchtigt und die Zukunftsperspektiven eingeschränkt sind. (vgl. Holz/ Laubstein 2015, S.27)

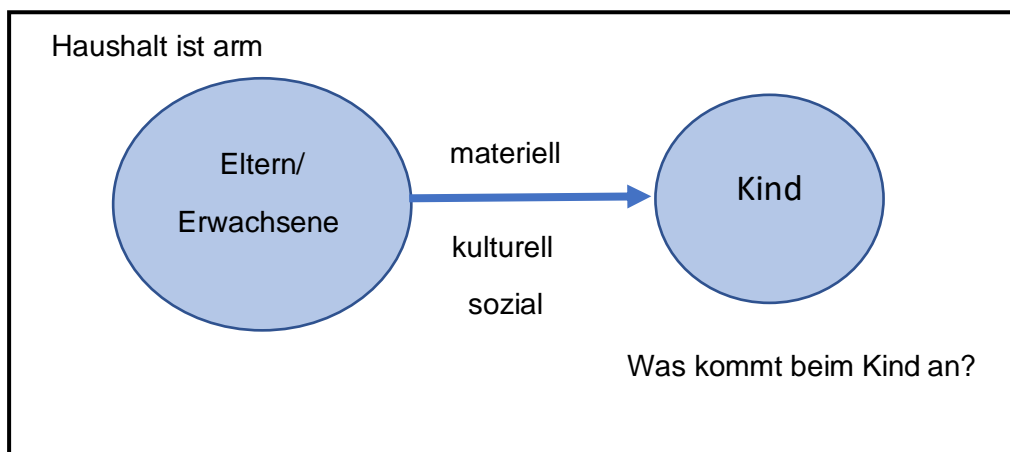
Die Lebenslagen von Kindern werden also von unterschiedlichen Faktoren begünstigt oder beeinträchtigt, die Einfluss darauf haben, ob Kinder einkommensarmer Eltern im Wohlergehen oder (stark) beeinträchtigt aufwachsen. Im Folgenden werden diese Einflussfaktoren näher beleuchtet.

Einflussfaktoren auf die Lebenslagen armer Kinder

„Die materielle Mangellage der Familie, nach definierten Armutsgrenzen, bildet den Ausgangspunkt, um von Armut [von Kindern und Jugendlichen] zu sprechen“. (Holz et.al. 2012, S.6)

Ein im Rahmen der AWO-ISS-Studie formuliertes kindbezogenes Armutskonzept, welches dem Lebenslagenansatz folgt, stellt anschaulich dar, dass aber nicht nur die materielle, sondern auch die kulturelle und soziale Lebenslage der Eltern bedeutenden Einfluss hat auf die Lebenssituation und Entwicklungschancen ihrer Kinder. Der Blick muss auf die sozioökonomischen Bedingungen bzw. Benachteiligungen in der Familie ausgeweitet werden, damit sind u.a. finanzielle Ressourcen, die berufliche Position, der Bildungsstand und/ oder persönliche Ressourcen (z.B. Alleinerziehende) gemeint. (vgl. Erhard et.al. 2018, S.12)

Abb. 1: Einfluss elterlicher Lebenslagen auf das Kind



Quelle: vgl. Holz et.al. 2012, S.7 (Ausschnitt des kindbezogenen Armutskonzepts)

Holz (2005) zeigt auf der Ebene der Familiensituation und auf drei weiteren Ebenen Einflussfaktoren auf, von denen die konkreten Lebenslagen und die zukünftigen Lebenschancen armer Kinder abhängig sind:

„Lebenssituation der Familie“:

Neben den materiellen Ressourcen und den Familienkonstellationen (Kinderzahl, Familientypus) als Risikofaktoren sind als familiäre Faktoren sowohl das Wohnumfeld und die Wohnsituation, als auch die kulturellen und sozialen Kompetenzen der Eltern, vor allem im Erziehungs- und Interaktionsverhalten zum Kind, von Bedeutung. Die gemeinsame Gestaltung des Alltags, der Erziehungsstil, die emotionale Zuwendung zum Kind und das Familienklima insgesamt beeinflussen maßgeblich die Lebenslage des Kindes.

„Privates Umfeld/ Netzwerk“:

Wenn Eltern und/oder Kinder über private soziale Netzwerke verfügen, etwa in der Nachbarschaft, im Freundeskreis oder in der Verwandtschaft, und dort Hilfestellungen erfahren, stärkt dies ihre Möglichkeiten zur Selbsthilfe und mildert im besten Fall die Armutsfolgen. Andererseits kann das Umfeld die Situation der Familie und der Kinder aber auch negativ beeinflussen, wenn soziale Vergleiche Frust und Druck erzeugen.

„Professionelle Unterstützung“:

Auch die Angebote an sozialen Hilfen und professionellen Unterstützungsangeboten für Familien vor Ort und ihre Zugangsmöglichkeiten beeinflussen die Lebenslage armer Kinder in bedeutendem Maße. Holz lenkt in diesem Kontext den Blick besonders auf Kindertageseinrichtungen und Schulen: „Es kommt sehr darauf an, wie solche Institutionen mit der Armutsproblematik umgehen- das kann die Folgewirkungen von Armut bei Kindern wesentlich beeinflussen.“ (Holz 2005, S.95.)

„Gesellschaftliche Rahmenbedingungen“:

Die Arbeitsmarktlage, der Abbau von Arbeitsplätzen und daraus resultierende strukturelle Arbeitslosigkeit sind (Risiko-) Faktoren im gesellschaftlichen und politischen Kontext, die die Lebenssituationen von Kindern massiv beeinflussen. Mit den Folgeproblemen von (Langzeit-) Arbeitslosigkeit der Eltern sind Kinder nicht nur auf finanzieller, sondern auf verschiedenen Ebenen direkt und indirekt konfrontiert. (vgl. Holz 2005, S.95)

Stork (2018) benennt, unabhängig von familiären Einflüssen, auch politische Faktoren als ausschlaggebend für die Lebenslage armer Kinder in Deutschland: „Armut von Kindern ist bedingt durch die Einkommensarmut ihrer Eltern, Familien benachteiligende Beiträge in die Sozialversicherungen, zu geringes Kindergeld, und nicht ausreichende Sozialleistungen für Familien. Das spezielle Bedarfe von Kindern und Jugendlichen- gerade auch kulturelle Bedarfe sowie Bildungs- und Teilhabebedarfe- bei der Berechnung des Existenzminimums kaum zu Tragen kommen, ist ein Skandal angesichts der Tatsache, dass Prävention und Bildungsgerechtigkeit seit Jahren weit oben auf der öffentlichen Agenda stehen.“ (Stork 2018, S.95) Aus dieser Perspektive beeinflussen auch die Berechnungsgrundlage, die Höhe und die Antragsverfahren der staatlichen Leistungen, die armutsbetroffene Kinder erhalten, ihre Lebenslage.

Zur Erfassung der Lebenssituation und Entwicklungschancen von armen Kindern müssen also alle benannten Einflussfaktoren mehrdimensional berücksichtigt werden. Die finanzielle Mangellage einer Familie ist dabei zwar immer ursächlich, aber in der Wirkung nicht allein ausschlaggebend in Bezug auf die Folgen. Im Weiteren wird beleuchtet, welche sichtbaren Folgen die Armut der Familie für die Lebenslagen des Kindes haben kann.

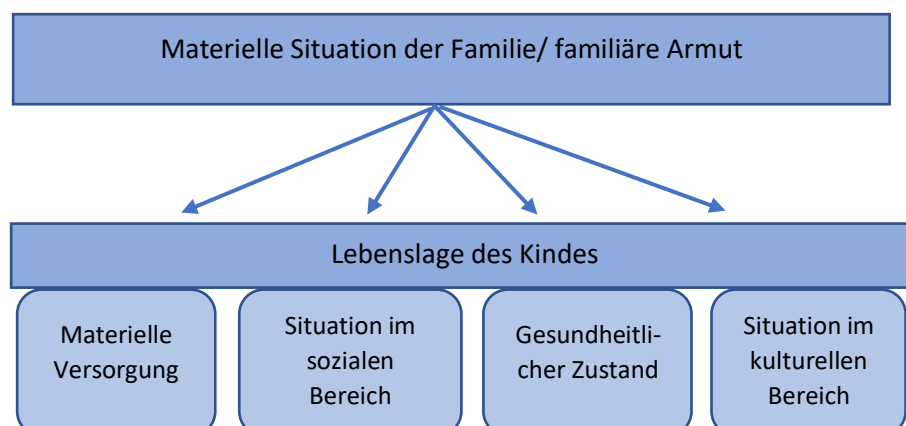
Folgen frühkindlicher Armut

„Kinderarmut [...] zeigt sich in Auffälligkeiten bzw. Beschränkungen in den Lebenslagedimensionen [...] und führt zu Entwicklungs- und Versorgungsdefiziten sowie zu sozialer Ausgrenzung. Sie beschränkt massiv ein Aufwachsen im Wohlergehen und ermöglicht den Kindern nicht, ihre Potenziale und Ressourcen optimal zu entwickeln.“ (Holz 2005, S.97)

Die Einkommensarmut der Eltern hat demnach für die kindliche Lebenssituation Folgen auf verschiedenen Lebenslage-Ebenen (Abb.2). Sie beeinflusst

- die materielle Versorgung des Kindes (Kleidung, Nahrung, Wohnraum, Bildungsmaterial, materielle Partizipation).
- die Situation im sozialen Bereich (soziale Kontakte, soziale Kompetenzen, Konfliktfähigkeit).
- den gesundheitlichen Zustand des Kindes (körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden).
- die Situation im kulturellen Bereich (sprachliche Kompetenzen, Spielverhalten, kognitive Entwicklung, Bildung). (vgl. Holz 2005, S.97f.)

Abb. 2: Von familiärer Armut betroffene kindliche Lebenslagebereiche



Quelle: vgl. Holz 2005, S. 97, vgl. Holz et.al. 2012, S.7

1999 hat das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) im Auftrag der AWO in einer dreijährigen Untersuchung die Folgen kindlicher Armut in den verschiedenen Lebensbereichen untersucht und analysiert, welche Unterschiede zwischen armen und nicht-armen Kindern im Vorschulalter darstellbar sind. Die Ergebnisse, dargestellt in der AWO-ISS-Studie, zeigen die (möglichen) Folgen kindlicher Armutslagen auf.

Demnach äußert sich Armut im materiellen Bereich u.a. durch unzureichende Nahrungsangebote, ein ungepflegtes Äußeres, eingeschränkten Wohnraum und seltener auch durch fehlende oder unangemessene Kleidung. In Kita oder Schule fallen arme Kinder zudem häufiger durch die Nicht-Zahlung anfallender Kosten durch die Eltern auf. (vgl. Hock et.al. 2001, S.28ff.)

Im kulturellen Bereich weisen arme Kinder doppelt so häufig wie nicht-arme Kinder Defizite im Spielverhalten, im Sprachverhalten, in der geistigen Entwicklung und in ihren kulturellen Kompetenzen auf. Die Folge dieser Entwicklungsverzögerungen ist, dass die Wahrscheinlichkeit eines Regelschulbesuchs geringer ist als bei nicht-armen Kindern. (vgl. ebd.)

Auch im sozialen Bereich zeigen arme Kinder deutlich häufiger Auffälligkeiten. Sie sind weniger kontaktfreudig in der eigenen Altersgruppe, bringen sich weniger ins Gruppengeschehen ein, sind weniger wissensdurstig und stellen weniger Fragen als nicht-arme Altersgenossen; zudem werden sie häufiger in Kindergruppen gemieden und ausgegrenzt. (vgl. ebd.)

Schlechte Ernährung, häufigere körperliche und psychische Krankheiten, schlechtere Zahngesundheit und verzögerte Entwicklung gehören zu den Auffälligkeiten im gesundheitlichen Bereich. (vgl. Weigelt 2001, S.4). Die Unterschiede zwischen den armen und nicht-armen Kindern sind auf der gesundheitlichen Ebene jedoch weitaus weniger ausgeprägt als in den anderen Bereichen.

Die o.g. Untersuchung hat zudem gezeigt: je früher und länger ein Kind unter Armutsbedingungen aufwächst, desto negativer wirkt sich Armut auf seine Entwicklung und seine Zukunftschancen aus; die Armutsfolgen sind mit zunehmendem Alter schwerwiegender. (vgl. Holz/ Laubstein 2015, S.29)

Zwischen Armut und kindlicher Entwicklung gibt es dennoch keinen Automatismus: Kinder, die unter Armutsbedingungen aufwachsen, unabhängig vom Ausmaß der Armutsbetroffenheit, leben nicht zwangsläufig mit multiplen Entbehungen, ihre

Entwicklung ist nicht automatisch beeinträchtigt. Ein starker Zusammenhang ist dennoch nachweisbar; die Gruppe der multipel deprivierten Kinder ist unter den armen Kindern insgesamt deutlich größer als die derer, die im Wohlergehen leben. (vgl. Hock et.al. 2014, S.25)

Regelmäßige gemeinsame Aktivitäten in der Familie, ausreichend Wohnraum, Schuldenfreiheit der Eltern sowie Deutschkenntnisse mindestens eines Elternteils (wenn die Eltern nicht deutsch sind) sind Schutzfaktoren, die sich für ein Aufwachsen im Wohlergehen armer Kinder als förderlich erwiesen haben. (vgl. Holz/ Laubstein 2015, S.29)

Im Folgenden führt die Arbeit weiter aus, welche präventiven Ansätze und Maßnahmen konkret auf der gesellschaftlichen, sozialen und politischen Ebene die Lebensbedingungen und Zukunftschancen von Kindern aus armen Familien positiv beeinflussen können und stellt zwei verschiedene Aspekte zur Prävention vor.

Kindbezogene Armutsprävention

Prävention, verstanden als Vermeidung oder Verhinderung schädlicher Ereignisse, kann Armut nicht grundsätzlich abwenden, da diese sich aus dem gesamtgesellschaftlichen Kontext heraus entwickelt. Armutsprävention muss demnach ansetzen bei konkreten Handlungsansätzen und Maßnahmen, die auf positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen von Familien und Kindern abzielen und soziale Ungleichheit vermeiden bzw. dieser entgegenwirken.

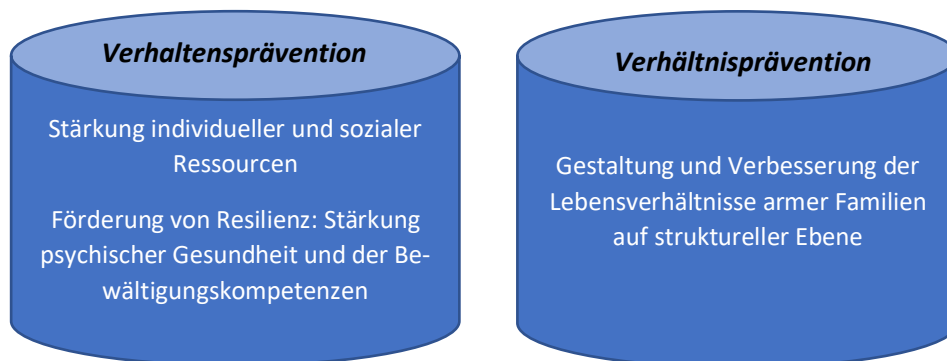
Primäres Ziel ist es dabei, Armut und die dadurch entstehenden Risiken durch den Zugang zu förderlichen Ressourcen wie Einkommen, Bildung und Gesundheit überhaupt zu vermeiden. Sind bereits Armutsrisiken eingetreten, müssen ergänzend zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die geeignet sind, die negativen Folgen von Armut zu vermeiden, so z.B. Beratungsangebote und kostenfreie Bildungsangebote. Zudem sind in einem dritten Schritt Vorkehrungen wichtig die helfen, dass Armut sich nicht verfestigt oder über Generationen vererbt. Dies kann gelingen durch ein entwicklungsförderndes und existenzsicherndes Umfeld und öffentliche Maßnahmen wie Erziehungsangebote und soziale Förderung, die die fehlenden Ressourcen von Personen oder Familien kompensieren. (vgl. Hock et.al. 2014, S. 40f.)

Insbesondere kindbezogene Armutsprävention ist ein öffentlicher Auftrag. Sie ist eine Pflichtaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe und liegt somit in der Verantwortlichkeit öffentlicher Institutionen; Rechtsgrundlage ist dafür der §1 des SGB VIII. Gerade Kindertageseinrichtungen und Schulen als Teil des öffentlichen Systems sind somit gefordert, kindlicher Armut aktiv zu begegnen und präventive Maßnahmen umzusetzen. Holz (2005) benennt als wichtige Elemente kindbezogener Armutsprävention unter anderem, dass

- Maßnahmen zum frühestmöglichen Zeitpunkt ansetzen.
- Eltern und Familien die ersten Adressaten sind.
- mögliche Entwicklungsdefizite bei Kindern bewältigt bzw. von vornherein verhindert werden.
- Kinder gestärkt werden durch das Erlernen von Problemlösestrategien.
- außerfamiliäre Angebote zur Bildung und Erziehung jedem Kind frei zugänglich sind.
- soziale und Bildungsinstitutionen bedarfsgerechte und passgenaue Förderangebote vorhalten und entwickeln. (vgl. Holz 2005, S.107)

Hock et.al. differenzieren dabei genauer in Verhaltens- und Verhältnisprävention: während die Verhaltensprävention den Blick auf das individuelle Verhalten von Menschen richtet und darauf abzielt, „Kinder und Eltern in ihrer Persönlichkeit und ihrem Handeln zu stärken“ (Hock et.al. 2014, S.42), will Verhältnisprävention mit Hilfsangebote und passenden Unterstützungen eine Lebenswelt schaffen, in der Kinder und ihre Familien gesund und frei von belastenden Einflüssen leben können und gesellschaftlich integriert sind (Abb.3).

Abb. 3: Ebenen kindbezogener Armutsprävention



Quelle: eigene Darstellung, vgl. Hock et.al. 2014, S.42

Dass Kinder in Armutslagen trotz erhöhter Entwicklungsrisiken die an sie gestellten Anforderungen in ihrer individuellen Lebenssituation bewältigen und Problemen und Konflikten konstruktiv begegnen können, lässt sich im Sinne der Verhaltensprävention unmittelbar über die Erziehungsqualität fördern. Das Gefühl von Selbstwirksamkeit und Kontrolle über das eigene Handeln, Eigenaktivität und die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen fördert resiliente Verhaltensweisen von Kindern und stärkt ihre psychische Gesundheit. Wichtig dafür ist eine stabile emotionale Beziehung zu Menschen, die feinfühlig auf die Bedürfnisse von Kindern eingehen, ihre Signale achten und Bindung ermöglichen.

Wenn Eltern in sozioökonomischen Risikolagen dies nicht für ihr Kind leisten können, sind Fachkräfte in Institutionen gefragt, Maßnahmen zur Verhaltensprävention aktiv zu gestalten. Dabei hat die Qualität des pädagogischen Handelns in Bildungs- und Sozialeinrichtungen eine grundlegende Bedeutung für die Stärkung des kindlichen Selbsthilfepotenzials. Wenn Fachkräfte im präventiven Sinne Kinder unterstützen, positiv und konstruktiv zu denken, selbstwirksam zu handeln, soziale Beziehungen aufzubauen und eigene Entscheidungen zu treffen und zu vertreten, dann können Kinder in Armutslagen jetzt und im weiteren Leben auf stärkende persönliche und soziale Ressourcen zurückgreifen, die ihnen helfen, belastende Situationen ohne gravierende Folgen zu bewältigen. (vgl. Hock et.al. 2014, S.42)

Maßnahmen zur Verhältnisprävention zielen zusätzlich auf die generelle Verbesserung der Lebenssituationen von Kindern und Familien ab. Zur kindbezogenen Armutsprävention auf struktureller Ebene gehört zum einen, die Erwerbsfähigkeit und Erwerbssicherheit der Eltern herzustellen, zum anderen aber auch, sie mit ausreichenden finanziellen Ressourcen auszustatten, welche Familien und Kindern ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Hier liegt die Aufgabe der Armutsprävention im Bereich der Sozial-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Aktuell wird im Kontext der Armutsbekämpfung in verschiedenen Modellen eine armutsfeste Grundsicherung für Kinder diskutiert, deren Grundprinzip die Zahlung eines einheitlichen Grundbetrags für jedes Kind ist, unabhängig vom Einkommen der Eltern und ohne Antragsverfahren. (vgl. ebd. S.43)

Andresen und Galic (2005b) halten in Bezug auf Verhältnisprävention neben einer Teilhabe gewährleistenden Existenzsicherung für Kinder eine gut strukturierte und

wirksame Unterstützungslandschaft für armutsbetroffene Familien für unerlässlich. Sie formulieren auf Grundlage ihrer qualitativen Forschung zu Familienarmut Handlungsempfehlungen, die geeignet sind, durch Maßnahmen auf struktureller Ebene die Lebensbedingungen von Familien und Kindern zu verbessern und der Verfestigung von Armut vorzubeugen. Dazu gehören u.a.

- eine hürdenfreie Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder;
- die Einbindung von Schulen in die Unterstützung armer Familien und ein stabiles Angebot der Schulsozialarbeit;
- wohnortnahe Teilhabe- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. (vgl. Andresen/ Galic 2015b, S. 32f.)

Den Kommunen und der kommunalen Infrastruktur kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn sie sind der Ort, an dem sich das Leben von Kindern und Familien unmittelbar abspielt. Niedrigschwellige Unterstützungs- und Beratungsangebote für armutsbetroffene Familien und Kindern direkt in der Lebensumgebung sind förderliche Präventionsangebote, die Brücken bauen können durch passgenaue Förder- und Hilfesysteme. Ein Beispiel dafür ist das System der „Frühen Hilfen“ mit speziellen familienbezogenen Hilfen, welches sich als präventive Maßnahme zur Verminderung von Armutsfolgen als wirksam erweist. (vgl. Weiß 2015, S.189)

Insgesamt kann also, neben sozialpolitischen Maßnahmen zur Existenzsicherung von Familien, eine Kombination aus Angeboten zur Stärkung elterlicher Kompetenzen, kompetentem pädagogischem Handeln zur Förderung der Resilienz von Kindern und einer Infrastruktur wohnortnaher niedrigschwelliger Unterstützungssysteme eine besonders wirksame „Mixtur“ zur Vermeidung von Kinderarmut und sein.

Besonderes Potenzial im direkten Handeln liegt vor allem bei Kindertageseinrichtungen im Sozialraum, denn sie erreichen praktisch alle Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren und können im direkten Kontakt armutsbetroffenen Familien niedrigschwellige Angebote machen und Unterstützung anbieten. Als Sozialisationsinstanz und Bildungsort sind KiTas bzw. deren Träger und Fachkräfte aufgefordert, ihre Angebote armutssensibel zu gestalten, Kinder in Armutslagen zu inkludieren und ihnen in verschiedenen Bereichen Kompensationsmöglichkeiten anzubieten. (vgl. Poppe 2019, S.14ff.) Im Weiteren wird daher die Rolle von Kindertageseinrichtungen als Unterstützungssystem für armutsbetroffene Familien ausführlich diskutiert.

4. Kindertageseinrichtungen als Unterstützungssystem für Familien in Armutslagen

Die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in Deutschland spielt in der Prävention von Armut eine wesentliche Rolle, sowohl auf gesamtgesellschaftlicher und politischer Ebene als auch für die Familien und die betroffenen Kinder als Unterstützung in direktem Bezug zu ihrer Lebenswelt. Das folgende Kapitel beschreibt zunächst die sich wandelnde Bedeutung der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung im sozialpolitischen Kontext und geht auf die Chancen ein, die bedarfsgerechte Bildungs- und Förderangebote armutsbetroffenen Kindern eröffnen. Folgend wird aufgezeigt, welchen Beitrag Kindertageseinrichtungen als öffentliche Institutionen zur Armutsprävention leisten können und welche Aufgaben ihnen dabei in der Unterstützung armutsbetroffener Kinder und Eltern zukommen. Sowohl die strukturellen Rahmenbedingungen als auch die konkreten Steuerungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Zugänglichkeit und die Angebotsgestaltung von Kindertageseinrichtungen werden beleuchtet und es wird aufgezeigt, wie diese in Zusammenhang stehen mit den besonderen Bedarfen, die Familien in Armut resultierend aus ihren belasteten Lebenslagen haben.

In den letzten Jahrzehnten hat sich in der westlichen Gesellschaft, so auch in Deutschland, mit Blick auf den frühkindlichen Bereich ein Paradigmenwechsel vollzogen. Die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (kurz: FBBE) hat an Bedeutung zugenommen und wird als politisch und gesellschaftlich relevant angesehen. „Insbesondere durch das Aufkommen des sogenannten Sozialinvestitionsdiskurses wird die frühe Kindheit nicht nur für die kognitive Entwicklung von Kindern als entscheidend angesehen, sondern auch für die Entwicklung des Humankapitalpotenzials der Gesellschaft insgesamt.“ (Erhard et.al. 2018, S.7)

Internationale Forschungsergebnisse zeigen, dass frühkindliche Bildungsangebote die gesamte Entwicklung von Kindern fördern, später zu besseren Schulabschlüssen führen und die Bildungskarriere und Zukunftschancen der Kinder langfristig positiv beeinflussen. Die Schlussfolgerung daraus ist, auch seit Erscheinen der Pisa-Studie 2001, dass die FBBE eine Investition in die Zukunft der gesamten Gesellschaft ist. Nicht nur nebenbei bietet sie durch die Teilhabe der Mütter am Arbeitsmarkt auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen, der den sozialen Wohlstand fördern soll. (vgl. ebd.)

Aber nicht nur die positiven Bildungsaspekte, sondern besonders der Fokus auf die gesellschaftlichen Herausforderungen wie z.B. die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen oder eben die zunehmende Kinderarmut in Deutschland, stellen die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in den Mittelpunkt der politischen Debatten. Davon ausgehend, dass die FBBE der Schlüssel zur Schaffung gleicher Bildungs- und Sozialchancen in der Gesellschaft ist, hat es sich die Bildungs- und Sozialpolitik zum Ziel gemacht, den chancengleichen Zugang zu Bildungsangeboten für alle Kinder zu gewährleisten und ihnen so unabhängig von ihrer Herkunft den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. (vgl. Meyer 2015, S.238)

Aus dem Paradigmenwechsel der letzten Jahre hat sich eine Verschiebung entwickelt hin zu einer Politik mit einem „beispiellosen Interesse an der Bedeutung der frühen Kindheit“ (Erhard et.al.2018, S.7) und in der Folge resultierte die Überprüfung und Weiterentwicklung der Betreuungssysteme in Deutschland. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, der massive Ausbau der Betreuungsplätzen, die Erweiterung des Systems der U3-Betreuung, die Einführung von Bildungsplänen in den Ländern und besonders in der letzten Zeit die Diskussion um beitragsfreie Kitaplätze sind Auswirkungen politischer Bemühungen, Chancengleichheit in der Bildung zu verbessern und die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung universell zu regeln. (vgl. ebd., S.7f.)

Frühkindliche Bildung im Kontext von Armut

„Frühkindliche Bildung gilt als der Schlüssel, um Verwirklichungschancen zu realisieren und die soziale Vererbung von Armut und sozialer Benachteiligung zu durchbrechen.“ (Meyer 2015, S.238)

Die Teilhabe an Bildung und damit die zukünftigen Lebenschancen von Kindern in Deutschland hängen jedoch noch immer maßgeblich von der sozialen Herkunft ab. Die hohe Verfügbarkeit von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangeboten führt nicht automatisch dazu, dass alle Kinder, unabhängig von ihrem sozialen Kontext, daran partizipieren. Statistisch nutzen Kinder aus sozial benachteiligten Familien vergleichsweise später, mit geringerer Wahrscheinlichkeit und in geringerem Umfang die Bildungs- und Betreuungsangebote. Dabei sind sie gerade diejenigen, die in ihrer kognitiven und sozio-emotionalen Entwicklung ganz besonders von frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung profitieren. (vgl. BMFSFJ 2016, S.10)

Der Zwischenbericht der AG „Frühe Bildung“ von Bund und Ländern 2016 zur Qualität der FBBE in Deutschland benennt als Handlungsziele, die im Kontext von Armut und sozialer Benachteiligung förderlich sind:

- niedrigschwellige Zugänge, sozial angepasste Beiträge bzw. Beitragsfreiheit und Unterstützung bei der Beantragung eines Betreuungsplatzes durch das Jugendamt;
- das Vorhalten inklusiver Betreuungsangebote als Regelangebot, um grundsätzlich sicherzustellen, dass alle Kinder aufgenommen werden können;
- das Angebot passgenauer Betreuungsumfänge, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen;
- die Beachtung wohnortnaher Kindertagesbetreuung, um lange/teure Wege für Familien zu vermeiden sowie die Sicherstellung der sozialen Heterogenität in der Bedarfsplanung zur Vermeidung sozialräumlicher Segregation. (vgl. BMFSFJ 2016, S.11ff.)

Die Inklusion armutsbetroffener Kinder ist eine grundlegende Maßnahme zur Vermeidung oder Reduzierung von Armutsfolgen. Durch Bildungs- und Förderangebote, die auf die Auswirkungen ihrer individuellen Lebenslage zugeschnitten sind und ihnen Möglichkeiten wie den Zugang zu Bildungsmaterialien, zu sozialen Kontakten in Gleichaltrigengruppen, zu gesunder Ernährung und zu Bewegungsraum eröffnen, können Benachteiligungen ausgeglichen und gleichwertige Chancen hinsichtlich Berufes, Bildung und Lebenssituation geschaffen werden. Kindertageseinrichtungen sind demnach der ideale Ort, um Eltern und deren Kinder im Vorschulalter nachhaltig zu unterstützen und zu fördern, damit Armut sich nicht verfestigt und sozial vererbt.

Im folgenden Kapitel wird dargestellt, welche Aufgaben Kindertageseinrichtungen in der Armutsprävention zukommen und wie ihre Rahmenbedingungen ausgerichtet sein müssen, um betroffene Familien mit zielgerichteten Angeboten zu erreichen.

4.1 Die Bedeutung der Kindertageseinrichtungen für armutsbetroffene Familien

Zur Bekämpfung von Armut und Armutsprävention leisten Kindertageseinrichtungen als Institutionen einen wichtigen Beitrag, indem sie günstige Bedingungen herstellen, die das Aufwachsen von Kindern positiv beeinflussen. Zudem sind sie durch die

Kompetenz der Fachkräfte und den niedrigschwelligen Zugang in hohem Maße geeignet, benachteiligten Familien Unterstützung anzubieten. (vgl. Meyer 2015, S.240)

„Die Bildungsarbeit in Kitas unterstützt und ergänzt [...] die Bildungsarbeit der Eltern und hat das Potenzial, mangelnde Anregungsqualität in der Familie zu kompensieren.“

(Meyer 2015, S.239)

Oft haben Eltern und Kinder in Armutslagen mit dem Zugang einer Kindertageseinrichtung das erste Mal Kontakt zu einer öffentlichen pädagogischen Institution, welche ihnen gute Voraussetzungen bietet, wohnortnahe Anlaufstelle für ihre Fragen zu sein, Vertrauen aufzubauen und Unterstützung zu erfahren. Auf der anderen Seite bekommen erstmals Fachkräfte einen Einblick in die Familienkulturen und können Problemlagen erkennen und benennen. Hock et.al. (2001) schreiben in diesem Zusammenhang Kitas die Funktion eines „Seismographen“ zu: durch den Kontakt zu den Familien im nun „öffentlichen Raum“ werden Probleme, Überlastungssituationen und Unterstützungsbedarfe sichtbar und die Fachkräfte können frühzeitig passende Kompensations- und Unterstützungsmöglichkeiten initiieren. (vgl. Hock et.al. 2001. S.12)

Kindertageseinrichtungen vor Ort kommt damit die Aufgabe zu

- Kinder in Armutslagen unter Berücksichtigung ihrer Lebenswelten zu unterstützen und zu begleiten sowie Kompensationsmöglichkeiten für fehlende Erfahrungsräume anzubieten;
- Eltern durch die Betreuungsangebote zu entlasten und Berufstätigkeit zur Existenzsicherung zu ermöglichen; (vgl. Hock et.al. 2001, S.13)
- Eltern im Kontext ihrer belastenden Lebenssituationen zu unterstützen und zu beraten;
- als Vermittlungsinstanz zu anderen Hilfsanbietern zu fungieren;
- für die Verbesserung der Lebensbedingungen armer Familien in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen passgenaue Angebote abzustimmen. (vgl. Nolte 2017, S.224)

Für benachteiligte Kinder ist die Kita oftmals die einzige verlässliche Möglichkeit, Kontakte zu Gleichaltrigen herzustellen und zu pflegen. Zugleich eröffnen die Begegnungen mit anderen Kindern und Eltern den armutsbetroffenen Familien Möglichkeiten, primäre Netzwerke aufzubauen, die sie emotional und strukturell unterstützen. Durch

außerfamiliäre soziale Kontakte können so Kinder und Eltern psychische Stärkung erfahren.

Zudem ist es gesetzlicher Auftrag von Kindertagesstätten, Gefahren für das Kindeswohl abzuwenden und Eltern in ihrer Aufgabe zu unterstützen, im Rahmen ihrer Fähigkeiten und finanziellen Mittel die für die Entwicklung ihrer Kinder notwendigen Lebensbedingungen sicherzustellen. Sie sollen daher im Sinne des Kinderschutzes präventiv ausgerichtete Maßnahmen für betroffene Familien umsetzen, um Mangellagen zu kompensieren. Durch gelingende Erziehungs- und Bildungspartnerschaft wachsen zwischen Eltern und Fachkräften Vertrauensverhältnisse, die eine Basis schaffen, um gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu finden und Armutsfolgen zu mildern. (vgl. Wildt/Brosda 2006, S.8f.)

Voraussetzung dafür ist zum einen, dass Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen sich für die Situation der Familien im Sozialraum sowie für die individuellen Lebenslagen der Familien im Betreuungskontext interessieren und anhand vorliegender Aspekte kreative Maßnahmen für den konkreten Umgang mit den Familien entwickeln. (vgl. Poppe 2019, S.14)

Aber vor allem auch auf struktureller Ebene von Kindertageseinrichtungen kann viel getan werden, um Familien in Armutslagen zu unterstützen und der Armut von Kindern präventiv entgegenzuwirken. Im folgenden Abschnitt nimmt die Arbeit daher zunächst Steuerungsmöglichkeiten in der Zugänglichkeit in den Blick und geht anschließend auf die konkreten Bedarfe armutsbetroffener Familien und Kinder ein, die in der Angebotsgestaltung berücksichtigt werden müssen.

4.2 Strukturelle Rahmenbedingungen von Kindertageseinrichtungen

Die möglichst frühe Betreuung von Kindern in prekären Lebenslagen in Kindertageseinrichtungen verbessert deren Bildungschancen nachweisbar. (vgl. Hock et.al. 2014, S.54) Gleichzeitig ist die Betreuung der Kinder auch die Chance, vor allem für besonders von Armut bedrohte Gruppen wie Alleinerziehende, am Arbeitsmarkt teilzuhaben und das Armutsrisiko durch die Verbesserung des Einkommens zu mildern oder abzuwenden.

Die Steuerungsmöglichkeiten für gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten und bedarfsgerechte Angebote für Familien in Armutslagen liegen maßgeblich in der Gestaltung der strukturellen Rahmenbedingungen der Kindertageseinrichtungen vor Ort. Träger und Fachkräfte müssen dies als gesellschaftlichen Auftrag wahrnehmen und annehmen. (vgl. Erhard et.al. 2018, S.30)

Im Folgenden werden die Rahmenbedingungen der Zugänglichkeit und Angebotsgestaltung, auch im Hinblick auf strukturelle Hürden, näher beleuchtet.

Zugänglichkeit der Kindertageseinrichtungen

Erhard et.al. (2018) haben in einer qualitativen Untersuchung im Rahmen der „Equal Access Study“ Ungleichheiten beim Zugang zur Kindertagesbetreuung in Deutschland in den Blick genommen und versucht, bestehende Zugangsbarrieren und besonders davon betroffene Gruppen zu ermitteln.

Ihre Forschungsergebnisse zeigen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen später im Lebensverlauf und mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine Kindertagesstätte besuchen. Vor allem Kinder, deren Eltern über einen niedrigen Bildungsstand verfügen und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind in Kindertageseinrichtungen stark unterrepräsentiert, wie sich aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik 2018 ablesen lässt. Daher lassen sich auf institutioneller Ebene Zugangsungleichheiten und Selektivitätsmuster vermuten (vgl. Erhard et.al. 2018, S.25f.)

Die Studie zeigt zudem, dass vor allem Kinder von Müttern mit hohem Bildungsgrad von der Einführung des Rechtsanspruchs und dem Ausbau der Betreuungsplätze profitieren. Gleichzeitig bedeutet dies, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Mütter mit niedrigerem Qualifikationsniveau die FBBE-Angebote seltener nutzen, hoch ist, vor allem wenn lokal der Bedarf an Betreuungsplätzen nicht gedeckt ist. (vgl. ebd.) Auch Stork (2018) bemängelt, dass „die Hoffnung, dass der Ausbau der entwicklungsfördernden Infrastruktur für Kinder gerade [...] Armutsfamilien zu Gute kommen würde,“ sich nicht erfüllt. (Stork 2015, S.90)

Die tatsächlichen Möglichkeiten für benachteiligte Familien sind abhängig vom Platzangebot der Kita und der Lage bzw. dem Wohnort, aber in besonderem Maße auch von den institutionellen Rahmenbedingungen der Einrichtungen vor Ort. Als mögliche

institutionelle Zugangshürden benennen Erhard et.al. die Prozesse der Platzvergabe, die Auswahlkriterien der Träger und Einrichtungen sowie deren Informationspolitik. Abhängig davon, wie diese Rahmenbedingungen gestaltet sind, können sich Muster von Ungleichheiten ergeben, die Familien in Armutslagen im Zugang benachteiligen oder sogar Armut verursachen, wenn z.B. Alleinerziehenden ohne bedarfsgerechten Kitaplatz der Verlust des Arbeitsplatzes droht. (vgl. Erhard et.al. 2018, S.30)

Wo also liegen die konkreten Steuerungsmöglichkeiten der Träger und Fachkräfte, um Eltern in Armutslagen den Zugang zu erleichtern? Hock et.al. (2014) benennen als Handlungsoptionen

- die Herstellung von Transparenz zu den Zugangskriterien der jeweiligen Kita im Stadtteil sowie zu Möglichkeiten und Antragsverfahren zur Gebührenermäßigung;
- die Berücksichtigung der persönlichen Ressourcen von armutsbetroffenen Familien im Anmeldeverfahren und daran orientierte individuelle Unterstützung;
- die bevorzugte Berücksichtigung von Familien in prekären Lebenslagen bei der Platzvergabe, wenn die Platzanzahl begrenzt ist. (Hock et.al. 2014, S.55)

Voraussetzung dafür ist in jedem Fall, dass die Fachkräfte in den Einrichtungen Wissen haben zur Sozialstruktur im Stadtteil und die Lebenslagen der Familien zum Thema im Anmeldegespräch machen, um den Zugang bedarfsgerecht und barrierefrei zu ermöglichen. (vgl. ebd., S. 62)

Bedarfsgerechte Angebote und Berücksichtigung der Lebenslagen

Die Orientierung an den Lebenslagen der Familien ist u.a. als Handlungsziel in den Bildungsplänen des Landes Schleswig-Holstein festgeschrieben. Zur Umsetzung müssen zu allererst die Rahmenbedingungen der Einrichtungen darauf ausgerichtet sein, „die Teilhabe aller zu sichern, Benachteiligungen zu reduzieren und Entwicklungs- und Lebenschancen zu verbessern.“ (Hock et.al. 2014, S.9) Dabei haben armutsbetroffene Familien und Kinder resultierend aus ihren belasteten Lebenslagen besondere Bedarfe, die hier näher beleuchtet werden sollen.

Platzangebot:

Eltern in Armutslagen und insbesondere die in Kapitel 3.3 benannten Risikogruppen sind besonders auf Öffnungs- und Betreuungszeiten angewiesen, die sich mit ihrer (zukünftigen) Erwerbstätigkeit verbinden lassen, in besonderer Weise betrifft dies die Gruppe der „working poor“. Halbtagsplätze oder Betreuungsangebote ohne Mittagessen sind daher als nicht-förderliche Rahmenbedingungen einzustufen, vor allem dann, wenn es im Umfeld keine Platzalternativen gibt. (vgl. ebd., S.33).

Wohnortnähe:

Eltern in prekären Lebenslagen verfügen zumeist nicht über ein Auto und können sich öffentliche Verkehrsmittel nur schwer leisten. (vgl. Funcke/ Stierle 2015, S.39) Wichtig ist daher, dass Kindertageseinrichtungen bestrebt sind, wohnortnahe Betreuungsmöglichkeiten zu realisieren und schon bei der Aufnahme zu berücksichtigen. Nicht zuletzt fördert dies auch die Nutzung möglicher Netzwerke und Kooperationspartner im Stadtteil bzw. Sozialraum, durch die Eltern und Kinder Teilhabe und Unterstützung erfahren können.

Konzeptionelle Ausrichtung:

Neben den Öffnungszeiten der Einrichtung beeinflusst auch die konzeptionelle Ausrichtung maßgeblich die Heterogenität der Gruppen in Bezug auf soziale Aspekte. Setzt die Kita z.B. auf hohe finanzielle und persönliche Beteiligung der Eltern oder ist sie konzeptionell besonders auf armutsbelastete Familien ausgerichtet? Hock et.al. benennen sowohl die Konstellation „armes Kind fast ohne arme Kinder“ als auch die Zusammensetzung „armes Kind in einer Kita mit fast nur armen Kindern“ als problematisch. Während im ersten Fall die Sensibilität für die prekären Lebenslagen eher gering ist und durch mögliche Ausgrenzung Eltern und Kindern die Bildung förderlicher Netzwerke erschwert wird, wird im zweiten Fall eher eine förderliche Anregung außerhalb der eigenen Problematik fehlen. (vgl. Hock et.al. 2014, S.35f.)

Bildungsangebote:

Die Rahmenbedingungen in Bezug auf die pädagogischen Angebote vor allem im Bereich Bewegung, Sprachförderung und Förderung der sozialen Kompetenzen müssen auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern in Armutslagen ausgerichtet sein. Wenn zudem Partizipation und Inklusion in der pädagogischen Arbeit in der Konzeption

verankert ist und um Alltag umgesetzt wird, fördert dies das Resilienzverhalten betroffener Kinder. (vgl. ebd., S.42) Die gesetzlichen Anforderungen an Kindertageseinrichtungen stellen die Umsetzung für alle Kinder sicher.

Beratung:

Ob Anträge bei Ämtern, die Einhaltung von Fristen oder der Überblick über mögliche familienorientierte Leistungen: Eltern in Armutslagen sind aufgrund ihrer belasteten Situationen oftmals überfordert, Informationen aktiv einzuholen und bürokratische Anforderungen umzusetzen. Kindertageseinrichtungen sind daher aufgefordert, Informationen verständlich aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen, Eltern situationsorientiert zu beraten und Bürokratie, z.B. bei der Abrechnung von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets, zu vermeiden (vgl. Funcke/ Stierle 2015, S.42). Die Rahmenbedingungen dazu müssen so gestaltet sein, dass sie Eltern und Kinder nicht stigmatisieren.

Kosten:

Die Berücksichtigung der monetären Ressourcen von Familien und der Umgang mit Kosten in der Kita kann als einer der entscheidendsten Faktoren in der bedarfsgerechten Gestaltung der Rahmenbedingungen gelten, wenn davon ausgegangen wird, dass Einkommensarmut die Ursache für prekäre Lebenslagen von Familien und von Kinderarmut ist. Durch Zusatzkosten entstehende finanzielle Belastungen von Familien zu vermeiden und gleichzeitig materielle Ressourcen, abgestimmt auf vorhandene Mangellagen, vorzuhalten, schont die monetären Ressourcen von Familien und verhindert, dass sich ihre finanzielle Risikolagen durch die Rahmenbedingungen der Einrichtung noch verschärfen. (vgl. Hock et.al. 2014, S.56f.)

Nicht zuletzt ist eine regelmäßige Bedarfsanalyse und Anpassung der Rahmenbedingungen von Seiten des Trägers und der Einrichtung unter Beteiligung der Eltern unerlässlich, damit sichergestellt ist, dass die Rahmenbedingungen und die Unterstützungsangebote zum Alltag der Familien passen und diese auch erreichen.

Je nachdem, wie hoch der Anteil armutsbetroffener Familien in der Kita ist, werden Fachkräfte im pädagogischen Alltag also vor besondere Herausforderungen gestellt, denen sie adäquat begegnen müssen. Damit dies gelingt, müssen sie auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses von Armut geeignete Handlungsstrategien und Maßnahmen für die Praxis vor Ort entwickeln. In der aktuellen Fachliteratur

umschreibt der Begriff „armutssensibles Handeln“ die besonderen Anforderungen an die pädagogische Arbeit mit armutsbetroffenen Familien. (vgl. Hock et.al. 2014 oder Poppe 2018) Im folgenden Kapitel wird auf konzeptioneller und fachlicher Ebene ebenso wie auf konkreter Handlungsebene in der Praxis ausführlich dargestellt, welche Maßnahmen notwendig und geeignet sind, um den Bedarfen von Familien in Armutslagen gerecht zu werden und Armutsfolgen zu vermindern bzw. präventiv entgegenzuwirken.

5. Armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen

In ihrem täglichen Handlungsfeld sind Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen mehr oder weniger häufig mit sichtbarer und verdeckter Armut von Familien konfrontiert, die sich auf vielfältige Weise- wie in den vorangegangenen Ausführungen beschrieben- zeigen kann. 2018 wurden im Rahmen der DKLK-Studie Kitaleitungen zum Thema „Armut“ befragt. Über die Hälfte der Befragten nehmen eine steigende Anzahl armutsbetroffener Familien in ihrer Kita wahr, gleichzeitig fühlen sich 28% der befragten Kitaleitungen eher schlecht informiert über Hilfsangebote für armutsbetroffene Familien. Knapp die Hälfte der Befragten schätzen die Gestaltung der Zusammenarbeit mit armutsbetroffenen Familien als eher schwierig ein. (vgl. Wolters-Kluwer 2018. S.14f.)

Mit Blick auf diese Ergebnisse stellt sich die Frage, wie Fachkräfte den Herausforderungen, die Armut von Familien mit sich bringt, begegnen und die pädagogische Arbeit so gestalten können, dass sie den besonderen Bedarfen von armutsbetroffenen Kindern Familien adäquat gerecht wird. In der Fachliteratur wie z.B. der WiFF-Expertise „Kinder in Armutslagen“ (2014) wird von Fachkräften „armutssensibles Handeln“ gefordert, um die besonderen Lebenswelten von Familien in Armutslagen zu berücksichtigen und Armutsfolgen zu mildern. Doch was bedeutet dieser (relativ neue) Begriff nun konkret für die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen?

Die folgenden Abschnitte der Arbeit nehmen zunächst in den Blick, welche Kompetenzen pädagogische Fachkräfte für die Arbeit mit armutsbetroffenen Familien benötigen und formulieren Anforderungen an ein armutssensibles Konzept als gemeinsame Handlungsgrundlage. Anschließend soll insbesondere die Berücksichtigung der materiellen Lebenslage von Familien in den Fokus genommen werden. Die beschriebenen

Maßnahmen und Handlungsansätze dienen dabei als Ausgangspunkt für den sich anschließenden zweiten Teil der Arbeit, der die Rahmenbedingungen von Kitas und ihre konkrete Umsetzung vor allem im Hinblick auf die Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von armutsbetroffenen Familien empirisch untersucht.

5.1 Anforderungen an pädagogische Fachkräfte

Die Bedingungen, unter denen Fachkräfte Angebote für Familien gestalten können, sind maßgeblich abhängig vom Anteil der armutsbetroffenen Kinder in der Einrichtung. Je gemischter die soziale Zusammensetzung ist, desto besser wird es gelingen, betroffene Kinder zu inkludieren und sie entsprechend ihrer Bedarfe zu fördern. Wenn armutsbetroffene Familien in Kitas die Ausnahme sind, wird es Fachkräften mit den gegebenen Rahmenbedingungen eher schwerfallen, die mehr oder weniger sichtbaren Erscheinungsformen von Armut zu erkennen und sensibel zu berücksichtigen. (vgl. Hock et.al. 2014, S.35f.)

In Kitas mit hoher Armutsquote dagegen muss der Fokus auf kompensatorischen Angeboten für die Kinder liegen, z.B. im Rahmen gesunder Mahlzeiten oder der Versorgung mit Alltagsgegenständen und kostenlosen Bildungsmaterialien. Die Möglichkeiten für Fachkräfte, besondere pädagogische Angebote wie Ausflüge über Eltern zu finanzieren, sind sehr eingeschränkt und müssen über Spenden oder Fördermittel realisiert werden. Die Fachkräfte haben zudem einen weitaus höheren Aufwand an Gesprächen und Beratung in materiellen Fragen (z.B. Beratung zur Gebührenermäßigung oder zu BuT-Leistungen) und im administrativen Arbeitsfeld (z.B. bei der Abrechnung von Leistungen oder bei Mahnverfahren). (vgl. Poppe 2019, S.17)

Im Team wenden sie außerhalb der direkten pädagogischen Arbeit mehr Zeit auf für Fallbesprechungen zur Thematisierung kindlicher Risikolagen. (vgl. Hock et.al. 2014, S.58)

Um der Schlüsselposition, die Kita im Bereich der Armutsprävention und der Bekämpfung von Armutsfolgen inne hat, gerecht zu werden und den damit verbundenen Herausforderungen qualifiziert begegnen zu können, brauchen Fachkräfte zum Thema Armut Fachwissen und auch spezielle Kompetenzen, vor allem in Einrichtungen mit hoher Armutsquote, aber insbesondere auch dort, wo Armut auf den ersten Blick nicht ersichtlich ist. (vgl. Wolters-Kluwer 2018, S.14)

Grundlage ist zunächst eine offene, wertschätzende, respektvolle und empathische Haltung allen Familien gegenüber und ein Verständnis von sozialer Inklusion. Fachkräfte müssen dazu

- Armut als gesellschaftliches Phänomen einordnen und nicht als individuelles Versagen der Eltern wahrnehmen.
- eigene Erfahrungen und lebensweltbedingte Vorurteile wiederkehrend reflektieren.
- den Umgang mit sozial benachteiligten Menschen problemlösungsorientiert gestalten. (vgl. Hock et.al. 2014, S.64)

Ein von emotionaler Wärme geprägtes Miteinander und vorurteilsbewusste, inklusiv ausgerichtete Pädagogik sind Voraussetzung dafür, Kinder orientiert an ihren Lebenslagen individuell fördern zu können.

Grundlagenwissen zu Ursachen von Armut und ihren Folgen, zur Förderung der Resilienz bei Kindern und Wissen zur Zusammenarbeit mit armutsbetroffenen Familien gehört zu den speziell benötigten Kompetenzen von Fachkräften in Kindertagesstätten. (vgl. ebd., S.43) „Da Armutsthemen in der frühpädagogischen Ausbildung und im Studium bislang marginal bearbeitet werden, sollten frühpädagogische Fachkräfte an Weiterbildungen teilnehmen, die sich mit der Bedarfslage von armutsbetroffenen Familien im Kontext Kita beschäftigen.“ (Meyer 2015, S.240)

Kenntnisse zur Sozialstruktur im Stadtteil bzw. im Sozialraum der Einrichtung, aber auch das konkrete Wissen zu den individuellen Lebenslagen und finanziellen Situationen der Familien sind Voraussetzung dafür, Armut zu erkennen und sensibel darauf zu reagieren. Dafür müssen Fachkräfte das Thema Armut in der Einrichtung enttabuisieren und besprechen- im Team, mit den Eltern und auch mit den Kindern. (vgl. Hock et.al. 2014, S.43)

Zudem benötigen Fachkräfte Wissen zu sozialstaatlichen Leistungen und verschiedenen Leistungstypen, um Eltern zu möglichen finanziellen Unterstützungen beraten zu können oder sie an unterstützende Beratungsstellen zu vermitteln. (vgl. von zur Gathen 2014, S.6)

Nicht zuletzt gehören Methodenkompetenzen wie z.B. sensible Gesprächsführung und auch Sozialkompetenzen (z.B. zur bedarfsorientierten Vernetzung und Einbindung Dritter) zu den Anforderungen, die an Fachkräfte im Kontext der Arbeit mit armutsbetroffenen Familien gestellt werden.

Um inmitten der Vielfalt zusätzlicher Anforderungen dem Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag gerecht werden zu können, benötigen Kindertageseinrichtungen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder dringend zusätzliche monetäre und personelle Ressourcen, u.a. für Qualifizierungsmaßnahmen und eine Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels. Zudem sind Kitas mit hohem Armutsanteil aufgrund des hohen Beratungs- und Bildungsbedarfs der Eltern und der notwendigen Vernetzung prädestiniert für die Weiterentwicklung zu Familienzentren, die zusätzliche Kapazitäten und Ressourcen zur Unterstützung abgestimmt auf die Problemlagen der Familien bereitstellen. (vgl. Hock et.al. 2014, S.37ff.)

5.2 Anforderungen an ein armutssensibles Konzept

Wichtige inhaltliche Grundsätze sind in der Konzeption einer Kindertageseinrichtung benannt, welche als handlungsleitend für die pädagogische Arbeit gelten. Sie werden entwickelt von den Fachkräften in der gemeinsamen Auseinandersetzung mit Einstellungen und Werten, Erziehungszielen, gesellschaftlichen Entwicklungen und familialen Bedingungen. Die Konzeption stellt für Fachkräfte eine Verbindlichkeit im Handeln her, die zur Realisierung der getroffenen Aussagen verpflichtet und macht die pädagogische Arbeit nach außen transparent. (vgl. Dreyer 2017, S.56)

Für eine gelingende, dem Auftrag der Einrichtung gerecht werdende Zusammenarbeit mit Familien in Armutslagen ist es unerlässlich, dass sich ein Verständnis zu inklusivem und armutssensiblen Handeln in der Konzeption wiederfindet. Dabei geht es nicht um Sonderkonzepte oder -kompetenzen, sondern darum, dass der Ansatz der jeweiligen pädagogischen Arbeit auf das Umfeld und die nutzenden Familien ausgerichtet ist bzw. angepasst wird. (vgl. Hock et.al. 2014, S.62). Mit Blick auf den Umfang der Armutsbetroffenheit in Deutschland und in Schleswig-Holstein (siehe 3.1), die Risikogruppen und die vielfältigen Formen von Armut sollte armutssensibles Handeln kein „Sonderthema“ sein, sondern Teil des Konzepts, welches im Handeln der Fachkräfte sichtbar wird.

„Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass alle pädagogischen Konzepte von Kindertageseinrichtungen geeignet sind, mit Kindern und Eltern in Armutslagen zu arbeiten. Dennoch lohnt es sich, das Konzept noch einmal durch die Augen der Armutssensibilität zu überprüfen.“ (Poppe 2019, S.16)

Wie also können Einrichtungen eine „institutionelle Armutssensibilität“ entwickeln, die sich in der Konzeption niederschlägt? Laut Hock et.al. (2014) äußert sich Armutssensibilität zum Beispiel dadurch,

- dass bei den Fachkräften ein gemeinsames Verständnis von Armut als gesellschaftlichem Phänomen vorhanden ist.
- dass Armut von Familien enttabuisiert und offen thematisiert wird.
- dass die Einrichtung durch soziale Einbindung und inkludierendes Handeln die individuelle Förderung betroffener Kinder sicherstellt.
- dass gezielt Lern- und Erfahrungsangebote für betroffene Kinder initiiert werden.
- dass in der Einrichtung Maßnahmen umgesetzt werden, die gezielt Armutsfolgen vermindern.
- dass Fachkräfte Eltern entlastende und wertschätzende Unterstützung anbieten.
- dass die Einrichtung durch Vernetzung und Kooperationen im Sozialraum Möglichkeiten zur Unterstützung und Beratung ermöglicht. (vgl. Hock et.al. 2014, S.62)

Um armutssensiblen Handeln in der Konzeption zu verankern, braucht es zu eben diesen Aspekten die gemeinsame Auseinandersetzung im Team und die Formulierung entsprechender handlungsleitender Grundsätze, aus denen Zielformulierungen für die konkrete armutssensible pädagogische Arbeit abgeleitet werden.

Ein Beispiel: Wenn die Kindertageseinrichtung in der Konzeption als handlungsleitenden Grundsatz vereinbart, dass sie im Sinne der Berücksichtigung der finanziellen Lage aller Familien Zusatzkosten grundsätzlich vermeidet, wird sich dies konkret auf die Planung pädagogischer Aktivitäten und auf die Vernetzung nach außen (z.B. durch Maßnahmen zum Fundraising und Spendenmarketing) auswirken. (vgl. ebd. S.59f.)

Die Orientierung an den Lebenswelten armer Familien, die Inklusion betroffener Kinder und die Sozialraumorientierung werden so ganz selbstverständlich als Querschnittsdimensionen in den pädagogischen Prozessen berücksichtigt.

Von einem armutssensiblen Konzept profitieren neben den pädagogischen Fachkräften, die darin Orientierung für ihr tägliches Handeln finden, vor allem auch Eltern, für die durch die Konzeption die pädagogischen Grundsätze der Einrichtung transparent werden. (vgl. Dreyer 2017, S.56) Es ist zu vermuten, dass Eltern in Armutslagen sich leichter dafür entscheiden, ihr Kind in einer Kindertageseinrichtung betreuen zu lassen, wenn sie wissen, dass dort ihre speziellen Bedürfnisse und ihre finanzielle Lage

sensibel berücksichtigt werden. Wie diese konkret aussehen können, wird im nächsten Abschnitt beleuchtet.

5.3 Berücksichtigung der materiellen Lebenslagen von Familien

Sind die Grundsätze zu armutssensiblen Handeln in der Konzeption beschrieben, müssen aus ihnen konkrete Umsetzungsmaßnahmen für die Praxis abgeleitet werden. Neben Maßnahmen zur kindbezogenen Armutsprävention durch individuelle Förderung und Unterstützung im Sinne inklusiv ausgerichteter Pädagogik können Kindertageseinrichtungen Familien in Armutslagen vor allem präventiv entlasten, indem sie ihre materiellen Lebenslagen bzw. Mangellagen zuverlässig berücksichtigen.

Gemeint sind damit explizit alle Familien in Kindertageseinrichtungen, nicht nur die, bei denen Armut und ihre Folgen auf den ersten Blick sichtbar sind, sondern vor allem auch die, deren materielle Mangellagen eher verdeckt sind und aufgrund von Berufstätigkeit („working poor“) und Wohlergehen der Kinder von Fachkräften eher nicht sofort erkannt werden. (vgl. Wolters-Kluwer 2018, S.14)

Hock/ Holz/ Kopplow (2014) haben auf der Basis fragebogengestützter Interviews mit pädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen für den Zugang zu Kitas und das Anmeldeverfahren wichtige Ansatzpunkte zu armutspräventivem Handeln entwickelt und empfehlen folgende konkrete Maßnahmen:

Zugang zu Kindertageseinrichtungen

- Kinder von Alleinerziehenden und Berufstätigen in prekären Lebenslagen sollten bei nicht ausreichenden Platzkapazitäten bevorzugt aufgenommen werden, um drohende Armut durch Arbeitsplatzverlust zu vermeiden.
- Benachteiligte Kinder sollten möglichst früh aufgenommen werden. Ganztagsplätze sichern Eltern Möglichkeiten des Zugangs zum Arbeitsmarkt und Kindern eine bedürfnisgerechte Betreuung über den Tag.
- Bei ausreichender Platzkapazität im Stadtteil sollten in Einrichtungen mit sozial gemischter Zusammensetzung Kinder konsequent nach Rangfolge auf der Warteliste aufgenommen werden, um die Mischung zu erhalten. (vgl. Hock et.al. 2014, S.55)

Anmeldung in Kindertageseinrichtungen

- Fachkräfte sollten Eltern im Anmeldeverfahren zu Möglichkeiten der Gebührenbezuschussung und Gebührenübernahme sowie zu staatlichen Unterstützungsleistungen wie dem Bildungs- und Teilhabepaket beraten und sie ggf. bei den Antragsverfahren unterstützen. Fachkräfte müssen daher über ausreichendes Wissen zu möglichen Unterstützungsleistungen verfügen.
- Eltern sollten schon im Anmeldeverfahren alle entsprechenden Formulare erhalten und Fragen dazu stellen können.
- Die finanzielle Lage der Familie sollte als Thema Teil des Aufnahmegesprächs sein, um die Bedarfe der Eltern einzuschätzen und sie bedarfsgerecht beraten zu können. (vgl. ebd., S.55ff.)

Die WiFF-Expertise „Kinder in Armutslagen“ von Hock et.al. (2014) empfiehlt zudem vor allem konkrete Maßnahmen, die die materielle und monetäre Mangellage von Eltern und Kindern sensibel berücksichtigen und geeignet sind, Familien in Armutslagen zu entlasten und zu unterstützen:

- Bei der Planung pädagogischer Vorhaben wird die wirtschaftliche Lage aller Eltern berücksichtigt werden.
- Die Kosten für Angebote in der Kita werden möglichst geringgehalten.
- Die Kita holt keine kostenpflichtigen Angebote Dritter in die Einrichtung (Fotograf, Büchertisch).
- Alle Angebote in der Einrichtung sind prinzipiell für alle Kinder zugänglich, unabhängig davon, ob die Eltern sich ein Angebot leisten können.
- Die Kita stellt kostenlos benötigte Kleidung wie Gummistiefel, Regenkleidung oder Turnkleidung zur Verfügung.
- Die Einrichtung findet Lösungen für Kleidungsprobleme, z.B. durch Einrichtung eines Kleiderfundus oder einer Mitnahmebörse.
- Die Kita wirbt aktiv Spenden ein, um Kosten für Aktivitäten zu senken.
- Bei kostenpflichtigen Angeboten werden für armutsbetroffene Familien individuelle Lösungen gefunden.
- Die Kita bietet nach Möglichkeit ein kostenloses/ gesponsertes Frühstück für alle Kinder an.

(vgl. Hock et.al. 2014, S.56ff.)

Autor*innen weiterer Fachartikel empfehlen zudem folgende Maßnahmen:

- Für Kosten für Ausflüge oder Eintrittsgelder werden Sponsoren gewonnen.
- Es gibt in der Kita Flohmärkte oder Tauschbörsen für alle Familien. (vgl. Urban/ Frohn 2018, S. 30)
- Kinder können Spiele, Bücher oder sonstige Materialien aus der Einrichtung nach Hause ausleihen. (vgl. Böhme 2018, S.33)

Lorenz (2011, S.5) fasst viele der Maßnahmen zu einem pragmatischen Grundsatz zusammen: „Sammeln/ Teilen/ Sparen gehört in der Kita zur Normalität“.

Zusammengefasst bedeutet armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen also grundlegendes pädagogisches Handeln und besondere Herausforderung gleichermaßen: inklusive lebenslagenbezogene Förderung der Kinder, bedarfsorientierte Unterstützung für Eltern, Auseinandersetzung mit konzeptionellen Grundsätzen im Team und die Berücksichtigung der materiellen Lebenslagen in der konkreten Planung und Umsetzung der pädagogischen Arbeit sind Handlungsfelder, die je nach sozialer Zusammensetzung der Kinder in den Einrichtungen immer wieder in den Blick genommen und hinsichtlich ihrer Eignung zur Prävention von Armut überprüft werden müssen.

Bisher sind Familien in Armutslagen, die im Rahmen der Kindertagesbetreuung auf die Berücksichtigung ihrer Risikolagen hoffen, dabei allein auf die hohe Motivation und Reflexionsfähigkeit der Fachkräfte vor Ort angewiesen, denn der Umgang mit (Kinder-) Armut in Kindertageseinrichtungen im Sinne der Prävention ist nicht generell geregelt und auch die meisten Bildungspläne der Länder geben bisher zu armutssensiblen Handeln keine Anregungen. (vgl. Böhme 2018, S.32) Umso wichtiger sind die aktuellen Handlungsempfehlungen dazu in der Fachliteratur (vgl. u.a. Hock et.al. 2014, Poppe 2019, Böhme 2018), die Fachkräften Wissen bereitstellen und Anregungen für die konzeptionelle Auseinandersetzung mit der Armutsproblematik geben.

Mit Blick auf die in Kapitel 3.1 dargestellten Kinderarmutsquoten in Schleswig-Holstein lässt sich vermuten, dass fast alle Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein solche Kinder betreuen, die in Armutslagen aufwachsen und deren Eltern einkommensarm sind. Bisher gibt es jedoch keine empirischen Erkenntnisse dazu, ob und in welcher Weise Kindertageseinrichtungen die Bedarfe armutsbetroffener Familien im

Zugang, in der Angebotsgestaltung und der Planung der pädagogischen Arbeit berücksichtigen und ob sich pädagogische Fachkräfte mit dem Thema familiäre Armut fachlich und konzeptionell auseinandersetzen.

Während die inklusive lebenslagenbezogene Förderung der Kinder sowohl im Kinderschutzgesetz als auch in den Bildungsleitlinien des Landes Schleswig-Holstein als gesetzliche Anforderung formuliert ist (vgl. Knauer/ Hansen 2012, S.21), ist die Berücksichtigung der materiellen Lebenslage von Eltern in der Angebotsgestaltung und der konkreten Umsetzung der pädagogischen Arbeit als Handlungsfeld nicht geregelt und kann daher nicht vorausgesetzt werden. Der zweite Teil der vorliegenden Thesis beschäftigt sich deshalb -auf Grundlage der vorliegenden Theorie- empirisch mit der Fragestellung, ob und in welcher Weise die institutionellen Rahmenbedingungen von Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein die materiellen Ressourcen von Familien in Armutslagen berücksichtigen. Dabei richtet sich der Blick speziell auf Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft: für die nachfolgend dargestellte Untersuchung wurden 114 Leitungen evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein in Trägerschaft von Kirchengemeinden und Kitawerken verschiedener Kirchenkreise befragt.

In den nachfolgenden Kapiteln im zweiten Teil der Arbeit werden die konkrete Fragestellung, das Forschungsdesign und die methodische Vorgehensweise ausführlich beschrieben; anschließend werden die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt und interpretiert, um die Fragestellung, ob und wie die befragten Kindertageseinrichtungen die materiellen Ressourcen von Familien in Armutslagen berücksichtigen, am Schluss zusammenfassend zu beantworten.

II. ARMUTSSENSIBLES HANDELN- UNTERSUCHUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN EVANGELISCHER KINDERTGAESEINRICHTUNGEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

6. Konzeptionelle Überlegungen und methodisches Vorgehen

Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit wurden die theoretischen Grundlagen zu familiärer Armut mit Blick auf den aktuellen Stand der Forschung und Armutsberichterstattung ausführlich dargestellt. Ursachen und Folgen von Armut, die konkreten Auswirkungen auf den Alltag von Familien und Kindern und die Bedeutung von frühkindlicher Bildung und Kindertagesstätten als notwendige Unterstützungsinstitutionen wurde grundlegend dargelegt. Im zweiten Teil schließt sich nun aufbauend auf die theoretischen Erkenntnisse eine empirische Forschung zu armutssensiblen Handeln in Kindertagesstätten an. Diese untersucht, inwieweit Kindertageseinrichtungen in ihren Rahmenbedingungen und der pädagogischen Angebotsgestaltung die Bedarfe von Familien in Armutslagen im Blick haben und berücksichtigen. In einer Onlinebefragung, der ein explorativer quantitativer Forschungszugang zugrunde liegt, wurden 114 Leitungen evangelischen Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein unter anderem zu ihren Aufnahmeverfahren, zu Zusatzkosten, zur Berücksichtigung familiärer Armut bei kostenpflichtigen Angeboten und Unterstützungsangeboten für armutsbetroffene Familien befragt. Zudem wurde untersucht, ob Grundsätze zu armutssensiblen Handeln bereits in den Kitas bearbeitet und beschrieben sind.

Bevor das methodische Vorgehen erläutert und begründet wird, sollen hier einige konzeptionelle Überlegungen dargestellt werden, die der empirischen Untersuchung zugrunde liegen:

Konzeptionelle Überlegungen

Das Phänomen Armut ist in seiner Betrachtung trotz Eingrenzung auf den Bezug zu Familien und Kindertagesstätten so komplex, dass es sinnvoll erscheint, zunächst die Perspektive der Untersuchung einzugrenzen und das der Arbeit zugrunde liegende Verständnis von Armut darzulegen.

Die vorliegende empirische Untersuchung bezieht sich in ihrer Perspektive auf familiäre Armut und insbesondere die Armut von Eltern mit Kindern im Vorschulalter. Das

Interesse gilt daher nicht vordergründig der kindbezogenen Armutsprävention, sondern nimmt in erster Linie die Bedarfe von Eltern in materiellen Risikolagen in den Blick. Dennoch soll diese Betrachtungsweise nicht als eindimensionaler Armutsbegriff verstanden werden, sondern es wird angenommen, dass die materiellen Ressourcen von Familien in besonderer Weise die Entwicklung und die Teilhabechancen von Kindern beeinflussen. (vgl. Holz et.al. 2012, S. 6)

Die Definition von Armut folgt in der vorliegenden Untersuchung dem Ressourcenansatz der „relativen Einkommensarmut“. Danach gilt als arm, wer weniger als 60% des mittleren Einkommens in der jeweiligen Region zu Verfügung hat. (vgl. BMAS 2017, S.10) Damit geht die Armutsdefinition über den politisch-normativen Armutsbegriff hinaus und bezieht explizit die Gruppe der erwerbstätigen Armen mit ein.

Nach eingehender Literaturrecherche sollen der Untersuchung vier grundsätzliche Perspektiven als Basis dienen:

1. Eltern in ökonomischen Risikolagen sind handlungsfähige Akteure in ihrer Lebenswelt und reagieren mit Entscheidungen auf unterschiedliche Rahmenbedingungen. (vgl. Andresen/ Galic 2015, S.18)
2. Mangelnde finanzielle Ressourcen einer Familie sind Ausgangslage und Auslöser für Armut als Lebenslage in verschiedenen Dimensionen. (vgl. Holz et.al. 2012, S.6f.)
3. Einkommensarmut hat nicht grundsätzlich die Benachteiligung oder Deprivation von Kindern zur Folge. Die Perspektive der Untersuchung bezieht immer Kinder aus Familien in finanziellen Risikolagen, die im Wohlergehen leben, mit ein. (vgl. ebd.)
4. Kindertageseinrichtungen sollen (im Rahmen ihres Betreuungsauftrages) jedem einzelnen Menschen die Teilhabe an der Gemeinschaft ermöglichen und Privilegierung und Benachteiligung entgegenwirken. (vgl. Hock et.al. 2014, S. 9) Die Notwendigkeit armutssensiblen Handelns ist demnach keine Frage des Anteils armutsbetroffener Familien in der Einrichtung.

Die Begrifflichkeiten „materielle Ressourcen“ und „ökonomische Ressourcen“ werden in der vorliegenden Arbeit synonym verwendet. Ressourcen werden verstanden als „Aspekte, Hilfsmittel oder Möglichkeiten, die einem Menschen zur Bewältigung von Lebenssituationen zur Verfügung stehen“ (Kiso et.al. 2014, S.6) Mit materiellen bzw.

ökonomischen Ressourcen sind demnach zur Verfügung stehende finanzielle Mittel (Geld) und vorhandene materielle Güter wie Kleidung, Bücher oder Wohnungsausstattung gemeint. Die Definition einer materiellen Risikolage bzw. Armutslage von Eltern orientiert sich an dem Begriff relativer Einkommensarmut und bezieht den politisch-normativen Armutsbegriff mit ein.

Ausgehend von der dargelegten Perspektive auf Armut wird im Folgenden das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit beschrieben.

6.1 Forschungsinteresse

Kindbezogene Handlungskonzepte zur Armutsprävention setzen meist bei der Vermeidung und Bekämpfung der Armutsfolgen an. In Bezug auf die Rolle der unterstützenden Institutionen liegt der Blick dabei vor allem auf der Förderung der kindlichen Entwicklung und der Unterstützung betroffener Eltern. (vgl. Holz 2015, S.32f. und Funcke/Stierle 2015, S.41ff.)

Während die Folgen von Armut und mögliche Präventionsansätze auf Ebene der Bildungsbereiche oder der Gesundheitsförderung aktuell diskutiert werden, (vgl. hierzu u.a. Zander 2005), ist die konkrete Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien in Armutslagen als Handlungsfeld in der pädagogischen Arbeit für Kindertageseinrichtungen noch wenig in den Blick genommen. Hier soll die vorliegende Untersuchung ansetzen.

Das kindbezogene Armutskonzept der AWO-ISS-Studie benennt ausdrücklich die materielle Mangellage der Eltern als Ausgangspunkt kindlicher Armut und ihrer Folgen. (vgl. Holz et.al. 2012, S.6) Die nachfolgende Untersuchung zu armutssensiblen Handeln nimmt vor allem die materiellen Lebenslagen von armutsbetroffenen Familien in den Blick, in der Annahme, dass die barrierefreie Zugänglichkeit und die Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Eltern in Kindertageseinrichtungen förderlich ist für die finanzielle Stabilität in der Familie, während eine finanzielle Belastung durch z.B. Zusatzkosten sich auch indirekt negativ auf die Lebenslagen des Kindes auswirkt. (vgl. Hock et.al. 2014. S.58)

Wie aber stellen sich derzeit die Rahmenbedingungen von Kindertagesstätten dar? Berücksichtigen sie in der Vielfalt die finanzielle Lage von Familien und deren unterschiedliche materielle Ressourcen?

Die Datenlage zu den gegebenen Rahmenbedingungen dazu in den Kitas ist noch dünn. Einen Einblick gibt die Untersuchung „ElternZOOM 2018“ der Bertelsmann Stiftung, die die Zusatzgebühren für die Kitabetreuung in Deutschland unabhängig von den zu zahlenden Betreuungskosten untersucht hat. Die Ergebnisse zeigen, dass Eltern durchschnittlich 41 Euro monatlich zusätzlich für Essen, Ausflüge, Hygieneartikel oder Bastelmaterialien zahlen. Weiterhin belegt die Studie, dass diese Zusatzkosten weitestgehend unabhängig vom Haushaltsnettoeinkommen der Familien erhoben werden und so Familien in Armutslagen fast doppelt so stark belastet werden wie Familien oberhalb der Armutsgefährdungsgrenze. (vgl. Bertelsmann Stiftung 2018, S. 6ff.)

Einige aktuelle Empfehlungen zu armutssensiblen Handeln in Kindertageseinrichtungen, die explizit auch die Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Eltern im pädagogischen Handlungsfeld thematisieren, sind in der Fachliteratur bereits formuliert. (vgl. Kapitel 5)

Inwieweit diese Handlungsempfehlungen in der Praxis und der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen von Kindertagesstätten bereits berücksichtigt und umgesetzt werden ist jedoch unklar, es liegen noch keine statistischen Daten dazu vor. Die Frage danach soll daher Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sein. Diese ist in der Folge auch explorativ angelegt und legt keine Hypothesen zugrunde.

Weiter wird nun die Fragestellung vorgestellt und präzisiert, in logische Teilfragen untergliedert und operationalisiert, um sie empirisch untersuchbar zu machen.

6.2 Fragestellung und Operationalisierung

Abgeleitet aus dem beschriebenen Erkenntnisinteresse wird folgende Fragestellung als Forschungsfrage für die nachfolgende empirische Untersuchung formuliert:

„Berücksichtigen die Rahmenbedingungen der evangelischen Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein die materiellen Ressourcen von Familien in Armutslagen?“

Die Festlegung der Forschungsfrage auf evangelische Einrichtungen in Schleswig-Holstein wird im Zusammenhang mit der Stichprobenwahl näher erläutert (siehe 6.3). Zur Konkretisierung wird die Fragestellung in zentrale Fragestellungen untergliedert, die die Untersuchung strukturieren und, abgeleitet aus den theoretischen Erkenntnissen, Teilaspekte in den Blick nehmen. Die relevanten Fragen werden dabei generiert

aus den Erkenntnissen aktueller Studien und Expertisen, die im ersten Teil der Arbeit aufgezeigt wurden.

Als gewichtige Aspekte werden sowohl die Zugänglichkeit und unterstützende Beratung in der Aufnahme, die finanzielle Belastung durch Zusatzkosten, die konkreten Maßnahmen in der pädagogischen Angebotsgestaltung und auch die konzeptionelle Verankerung armutssensiblen Handelns betrachtet.

Folgende zentrale Fragestellungen werden für den Erkenntnisgewinn formuliert:

F1: Werden Eltern in Armutslagen in den Aufnahmeverfahren gleichberechtigt berücksichtigt und bedarfsgerecht beraten?

F2: Erheben die Kindertageseinrichtungen Zusatzkosten, die Familien und Kinder in Armutslagen benachteiligen bzw. finanziell zusätzlich belasten?

F3: Setzen die Kindertageseinrichtungen konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien um?

F4: Sind Grundsätze zur Armutssensibilität in den Konzeptionen der Einrichtungen beschrieben?

Im Folgenden werden Fragen aus der Theorie hergeleitet, Begrifflichkeiten und Konstrukte definiert, die Forschungsfragen konkretisiert und anschließend in (messbare) Kriterien übersetzt, die zur Beantwortung der Forschungsfragen geeignet sind.

F1: Werden Eltern in Armutslagen in den Aufnahmeverfahren gleichberechtigt berücksichtigt und bedarfsgerecht beraten?

Zur Konkretisierung wird die Frage in zwei Unterfragen gegliedert:

F1.1 Werden Eltern in Armutslagen in den Aufnahmeverfahren gleichberechtigt berücksichtigt?

„Aufnahmeverfahren“ meint die Vergabe von Betreuungsplätzen an Kinder nach institutionell festgelegten Vergabekriterien.

„Gleichberechtigt berücksichtigt“ meint, dass mangelnde ökonomische Ressourcen einer Familie sowie Erwerbslosigkeit der Eltern für die Aufnahme eines Kindes keinen Nachteil in der Platzvergabe darstellen.

Erhard et.al. (2018) zeigen mit der Equal-Access-Studie auf, dass Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine Kindertageseinrichtung besuchen und benennen u.a. Prozesse der Platzvergabe, die Auswahlkriterien und die jeweilige Informationspolitik der Einrichtungen als „unterschwellige Risiken institutioneller Diskriminierung“. (Erhard et.al. 2018, S. 30)

Als Voraussetzung für die Gleichberechtigung in Aufnahmeverfahren wird für die hier geplante Untersuchung angenommen, dass für die Vergabe der Betreuungsplätze die Erwerbstätigkeit der Eltern und deren Einkommen keine Entscheidungsgrundlage darstellen soll und dass festgelegte Vergabekriterien eine vorurteilsfreie Platzvergabe ermöglichen. Zwar sind Familien, in denen beide Eltern berufstätig sind, auf einen Betreuungsplatz für ihr Kind angewiesen, um ihrer Berufstätigkeit nachzugehen. Zugleich betonen Hock et.al. aber auch, dass die Kita die wichtigste Entlastungsmöglichkeit für Eltern in finanziellen Risikolagen ist, um berufstätig zu werden und vor allem alleinerziehende Eltern und solche mit Niedrigeinkommen keine Chance zur Verbesserung ihrer Lebenslage haben, wenn ihnen keine passenden Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. (vgl. Hock et.al. 2001, S.12)

Die Expertise „Kinder in Armutslagen“ empfiehlt zudem als Maßnahme, welche armutsbetroffenen Familien den Zugang zu Kitas erleichtert, die konsequente Aufnahme der Kinder nach Rang auf der Warteliste, sofern ausreichend Betreuungsplätze vorhanden sind. So kann eine sozial gemischte Zusammensetzung erreicht werden, die einer Stigmatisierung von armutsbetroffenen Familien durch die gemischten Bedarfe entgegenwirkt- nicht zuletzt auch in der Berücksichtigung der ökonomischen Ressourcen im Betreuungskontext. (vgl. Hock et al. 2014, S. 55)

In der vorliegenden Untersuchung soll für das Gesamtbild mit erfragt werden, ob im Fall der vorrangiger Platzvergabe für Erwerbstätige eine Berücksichtigung von Familien in Armutslagen im Sinne der „Dringlichkeit“ (§24a Abs. 3 SGB VIII) vorgenommen werden kann, da angenommen wird, dass diese Möglichkeit im Sinne der Gleichberechtigung regulierend wirken kann.

Die Annahme, dass Eltern in ökonomischen Risikolagen aus materiellen Gründen räumlich weniger mobil sind als Mittelschicht-Eltern, soll ergänzend berücksichtigt werden (vgl. Hock et.al. 2014, S.34)

Operationalisierung:

Nach den oben dargelegten Definitionen kann angenommen werden, dass Eltern in Aufnahmeverfahren gleichberechtigt berücksichtigt werden, wenn folgende Indikatoren zutreffen:

- Die Betreuungsplätze für Kinder werden nach institutionell festgelegten Kriterien vergeben.
- Erwerbstätige Eltern werden in der Vergabe der Betreuungsplätze nicht bevorzugt berücksichtigt.
- Die Wohnortnähe zur Einrichtung wird in den Kriterien zur Aufnahme berücksichtigt.

Von einer gleichberechtigten Vergabe der Betreuungsplätze kann zudem ausgegangen werden, wenn folgendes zutrifft:

- Die Vergabe der Betreuungsplätze erfolgt ausschließlich nach Rang auf der Warteliste gemäß Anmeldedatum.

Bei vorrangiger Berücksichtigung bei Erwerbstätigkeit kann zusätzlich folgendes Kriterium ausgleichend wirken:

- Die Reihenfolge der Aufnahme nach den Kriterien kann für Familien in Armutslagen im Sinne der Dringlichkeit verändert werden.

F1.2 Werden Eltern in den Aufnahmeverfahren bedarfsgerecht beraten?

„Bedarf“ meint konkretisierte, objektivierte Bedürfnisse und wird durch die fachliche Einschätzung von Fachkräften formuliert. (vgl. Hock et.al. 2014, S.35)

„Bedarfsgerecht beraten“ meint in diesem Kontext, dass Fachkräfte den Bedarf von Familien einschätzen und ihre Beratung zum Ziel hat, mögliche Unterstützungsleistungen für die Betreuung des Kindes in der Kindertageseinrichtung aufzuzeigen.

Als Grundlage für die bedarfsgerechte Beratung von Familien im Aufnahmeverfahren wird angenommen, dass zur Einschätzung der Bedarfe die finanzielle Lage einer Familie Teil des Aufnahmegespräches sein sollte und dass Fachkräfte über Wissen zu möglichen Unterstützungsleistungen für Familien in Armutslagen verfügen. (vgl. Hock 2014, S.58 und von zur Gathen 2014, S. 5)

Operationalisierung:

Nach den oben dargelegten Definitionen kann angenommen werden, dass Eltern in Armutslagen bedarfsgerecht beraten werden, wenn folgende Merkmale zutreffen:

- Die finanzielle Lage der Familien ist Teil des Aufnahmegespräches.
- Die Leitung/ Fachkräfte verfügen über Wissen zu Möglichkeiten und Antragsverfahren der Gebührenbezuschung und Gebührenübernahme.
- Die Leitung/ Fachkräfte beraten alle Eltern zu Möglichkeiten und Antragsverfahren der Gebührenbezuschung und Gebührenübernahme.
- Die Leitung/ Fachkräfte verfügen über Wissen zu familienfördernden Leistungen des Staates.
- Die Leitung/ Fachkräfte beraten auf Anfrage Eltern zu familienfördernden Leistungen des Staates.
- Die Formulare zur Gebührenbezuschung bzw. Gebührenübernahme erhalten grundsätzlich alle Eltern bei Anmeldung in der Kita.

F2: Erheben die Kindertagesstätten Zusatzkosten, die Familien und Kinder in Armutslagen benachteiligen bzw. finanziell zusätzlich belasten?

Die Bertelsmann-Stiftung hat in der Befragung „ElternZOOM“ 2018 Eltern zu Zusatzkosten für die Kitabetreuung ihrer Kinder befragt. Zusatzkosten werden hier definiert als weitere Gebühren, die von Eltern zusätzlich zu den Beiträgen zur Betreuung der Kinder getragen werden müssen. (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2018, S.6)

Von einer Benachteiligung von Familien in Armutslagen wird generell ausgegangen, wenn Zusatzgebühren unabhängig vom Einkommen der Eltern erhoben werden, so dass Eltern in Armutslagen den gleichen Betrag für die Zusatzgebühren bezahlen wie Eltern oberhalb der Armutsgrenze. Gemessen an dem Anteil der Zusatzgebühren am Nettohaushaltseinkommen ergibt sich für Eltern in Armutslagen so eine deutlich höhere (oft sogar doppelt so hohe) Belastung. (vgl. ebd., S.9)

Eine zusätzliche finanzielle Belastung der Familien in Armutslagen ist somit implizit. Der Aspekt soll jedoch mitbenannt werden, da die Benachteiligung durch Zusatzgebühren zu einer deutlichen Verschlechterung der finanziellen Situation einer Familie führen kann. (vgl. ebd.)

Von einer Benachteiligung der Kinder in der Kindertageseinrichtung kann zudem ausgegangen werden, wenn Kinder in Armutslagen aufgrund der Zusatzkosten nicht an kostenpflichtigen Angeboten Dritter in der Einrichtung teilnehmen können. (vgl. Hock et.al. 2014, S.56)

Als Zusatzkosten sollen sowohl die erfragten Kosten der „ElternZOOM“-Umfrage definiert werden, die ergänzt werden um eine Auflistung aus langjähriger Praxiserfahrungen in evangelischen Kindertagesstätten der Autorin der vorliegenden Arbeit.

Der „ElternZOOM 2018“ erfragt als Zusatzkosten Beiträge für Frühstück, Mittagessen, Nachmittagssnack, Hygieneartikel, Ausflüge und Bastelmaterialien.

Als weitere gängige Zusatzkosten sind aus der Praxis ein Kopiergeld, Fotogeld für Portfoliomappen, Getränkegeld, Beiträge zur Verpflegung bei Festen sowie Gebühren für regelmäßige interne Zusatzangebote (Schwimmen, Reiten, etc.) und Angebote Dritter (Musikalische Früherziehung, Yoga, Sprachkurse) bekannt.

Zur Erklärung: Die Kosten für Mittagessen sollen in der Untersuchung nicht erfragt werden, da Familien im Leistungsbezug Mittagessen für das Kind vergünstigt (zukünftig auch kostenlos) über das über das Bildungs- und Teilhabepaket erhalten können.

Operationalisierung:

Von einer Benachteiligung bzw. zusätzlichen finanziellen Belastung von Familien in Armutslagen durch Zusatzkosten kann demnach ausgegangen werden, wenn folgendes zutrifft:

Die Kita erhebt regelmäßig mehrere der folgenden genannten Zusatzkosten einkommensunabhängig für alle Eltern (die in den Klammern stehenden Beispiele wurden als Ankerbeispiele bei der Befragung aufgeführt):

- Kosten für Frühstück in der Kita;
- Kosten für Hygieneartikel (Zahnpflegeartikel, Sonnencreme,...);
- Kosten für Ausflüge (für Bus/ Zug und Eintritte);
- Geld für Bastelmaterialien (für Laternen etc.);
- Kopiergeld;
- Fotogeld für Portfoliomappen;
- Getränkegeld;
- Kosten für Verpflegung bei Festen;

Zudem kann von einer Benachteiligung der Kinder ausgegangen werden, wenn freiwillige kostenpflichtige Zusatzangebote in der Kita angeboten werden, für die einkommensunabhängige Gebühren erhoben werden.

- Interne regelmäßige Zusatzangebote;
- Angebote Dritter (z.B. Sprachkurse, musikalische Früherziehung, Schwimmen);

Zusätzlich zu den regelmäßigen Zusatzkosten sollen zudem die benötigten materiellen Ressourcen bei Aufnahme in die Kita mitgedacht werden, um die finanzielle Belastung beim Zugang in die Kita zu untersuchen.

Von einer zusätzlichen finanziellen Belastung von Familien in Armutslagen bei der Aufnahme wird ausgegangen, wenn folgende zwei Aspekte gleichzeitig zutreffen:

1. Familien erhalten bei Aufnahme eine Liste notwendiger Materialien und Kleidung, die sie zu Beginn der Betreuungszeit in die Einrichtung mitbringen sollen.
2. Die Kita stellt keine kostenlosen Materialien wie benötigte Zusatzkleidung etc. bei Bedarf für Kinder in Armutslagen zur Verfügung.

F3: Setzen die Kindertageseinrichtungen konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien um?

Als konkrete Maßnahmen werden hier institutionelle Maßnahmen der Einrichtungen verstanden, die laut aktueller Fachliteratur geeignet sind, Familien in Armutslagen zu unterstützen.

Folgende Empfehlungen für konkrete Maßnahmen in der Zusammenarbeit mit armutsbetroffenen Familien in den Einrichtungen werden in Fachartikeln benannt:

- „Sammeln/ Teilen/ Sparen gehört in der Kita zur Normalität.“ (Lorenz 2011, S.5)
- Für Kosten für Ausflüge oder Eintrittsgelder werden Sponsoren gewonnen. (vgl. Urban/ Frohn 2018, S. 30)
- Es gibt in der Kita Flohmärkte oder Tauschbörsen für alle Familien. (vgl. ebd.)
- Kinder können Spiele, Bücher oder sonstige Materialien aus der Einrichtung nach Hause ausleihen. (vgl. Böhme 2018. S.33)

Hock et.al. (2014) benennen u.a. folgende Handlungsempfehlungen für armutssensible Maßnahmen:

- Kosten für Angebote in der Kita werden möglichst geringgehalten.
 - Die Kita holt keine kostenpflichtigen Angebote Dritter in die Einrichtung (Fotograf, Büchertisch).
 - Alle Angebote in der Einrichtung sind prinzipiell für alle Kinder zugänglich, unabhängig davon, ob die Eltern sich ein Angebot leisten können.
 - Die Kita stellt kostenlos benötigte Kleidung wie Gummistiefel, Regenkleidung oder Turnkleidung zur Verfügung.
 - Bei der Planung pädagogischer Vorhaben wird die wirtschaftliche Lage aller Eltern berücksichtigt werden.
 - Die Einrichtung findet Lösungen für Kleidungsprobleme, z.B. durch Einrichtung eines Kleiderfundus oder einer Mitnahmebörse.
 - Die Kita wirbt aktiv Spenden ein, um Kosten für Aktivitäten zu senken.
 - Bei kostenpflichtigen Angeboten werden für armutsbetroffene Familien individuelle Lösungen gefunden.
- (vgl. Hock et.al. 2014, S.56ff.)

Als zusätzlicher Aspekt wird als hilfreiche Maßnahme angenommen:

- Die Kita bietet ein kostenloses/ gesponsertes Frühstück für alle Kinder an.

Auf der Ebene der Fachkräfte sollen zudem folgende Aspekte als Grundlage für die Umsetzung armutssensibler Maßnahmen erfragt werden:

- Fachkräfte nehmen an Fortbildungen teil, die Grundlagenwissen zum Thema Armut vermitteln.
- In Team-Fallbesprechungen wird die Lebenslage armutsbetroffener Kinder thematisiert.
- Die Fachkräfte reflektieren im Team die eigene Haltung sowie ihre Vorstellungen und/oder Erfahrungen in Bezug auf Armut. (vgl. Böhme 2018, S.31)

F4: Sind Grundsätze zur Armutssensibilität in den Konzeptionen der Einrichtungen beschrieben?

Da es schwierig ist, den Begriffsinhalt des Konstrukts „Armutssensibilität“ vollständig wiederzugeben, wird eine Konzeptspezifikation im Sinne einer Nominaldefinition anhand von Beispielen vorgenommen. (vgl. Döring/ Bortz 2016, S.225)

Institutionelle Armutssensibilität in einer Kindertageseinrichtung äußert sich laut Hock et.al. (2014) zum Beispiel dadurch,

- dass bei den Fachkräften Grundlagenwissen über Armut vorhanden ist und ein gemeinsames Verständnis von Armut als gesellschaftlichem Phänomen.
 - dass Armut von Familien enttabuisiert und offen thematisiert wird.
 - dass die Einrichtung durch soziale Einbindung und inkludierendes Handeln die individuelle Förderung betroffener Kinder sicherstellt.
 - dass gezielt Lern- und Erfahrungsangebote für armutsbetroffene Kinder initiiert werden.
 - dass in der Einrichtung Maßnahmen umgesetzt werden, die gezielt Armutsfolgen vermindern.
 - dass Fachkräfte Eltern entlastende und wertschätzende Unterstützung anbieten.
 - dass die Einrichtung durch Vernetzung und Kooperationen im Sozialraum Möglichkeiten zur Unterstützung und Beratung ermöglicht.
- (vgl. Hock et.al. 2014, S.62)

Die Konzeption wird als von der Einrichtung entwickeltes Dokument verstanden, in dem grundsätzliche wichtige inhaltliche Schwerpunkte benannt werden und welches die Gestaltung der pädagogischen Arbeit in schriftlicher Form darstellt. (vgl. Dreyer 2017, S. 55f.)

Grundsätze sind definiert als Aussagen, welche eine handlungsleitende Basis für nachfolgende Tätigkeiten bilden. Grundsätze zur Armutssensibilität sind dementsprechend Aussagen zu den oben genannten Merkmalen von Armutssensibilität, die in der aktuellen Konzeption verschriftlicht sind und als handlungsleitend gelten.

Operationalisierung:

Die Merkmale sollen bewusst wenig konkretisiert werden, da eine Auflistung aller möglichen formulierten Grundsätze nicht möglich ist. Der Fokus liegt auf Grundsätzen zur Berücksichtigung ökonomischer Ressourcen von Familien.

Nach den oben aufgeführten Definitionen wird angenommen, dass Grundsätze zur Armutssensibilität in einer Einrichtung beschrieben sind, wenn Aussagen zu folgenden Merkmalen zutreffen:

In der Konzeption sind handlungsleitende Grundsätze beschrieben

- zu einem gemeinsamen Verständnis von Armut.
- zur Zusammenarbeit mit armutsbetroffenen Eltern.
- zur Teilhabe bzw. Inklusion armutsbetroffener Kinder zu Unterstützungsangeboten für armutsbetroffene Familien.
- zum Umgang mit zusätzlichen Beiträgen für Aktivitäten der Einrichtung.
- zur Vermeidung von Zusatzkosten.
- zur Kooperation mit Beratungsstellen im Stadtteil.

Zusammenfassende Übersicht

Die folgende Übersicht fasst die Teilfragen und die damit verbundenen Operationalisierungen zusammen.

Tabelle 2: Zusammenfassung der zentralen Fragestellungen und entsprechende Operationalisierungen

<p>F1.1</p> <p>Werden Eltern in Armutslagen in den Aufnahmeverfahren gleichberechtigt berücksichtigt?</p>
<p>Eltern in Armutslagen werden gleichberechtigt berücksichtigt, wenn Folgendes zutrifft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Betreuungsplätze für Kinder werden nach institutionell festgelegten Kriterien vergeben. • Erwerbstätige Eltern werden in der Vergabe der Betreuungsplätze nicht bevorzugt berücksichtigt. • Die Wohnortnähe zur Einrichtung wird in den Kriterien zur Aufnahme berücksichtigt. • Die Vergabe der Betreuungsplätze erfolgt ausschließlich nach Rang auf der Warteliste gemäß Anmeldedatum. <p>Bei vorrangiger Berücksichtigung von Erwerbstätigkeit kann zusätzlich folgendes Kriterium ausgleichend wirken:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Reihenfolge der Aufnahme nach den Kriterien kann für Familien in Armutslagen im Sinne der Dringlichkeit verändert werden.

F1.2: Werden Eltern in Armutslagen in den Aufnahmeverfahren bedarfsgerecht beraten?

Eltern werden in den Aufnahmeverfahren bedarfsgerecht beraten, wenn folgendes zutrifft:

- Die finanzielle Lage der Familien ist Teil des Aufnahmegespräches.
- Die Leitung/ Fachkräfte verfügen über Wissen zu Möglichkeiten und Antragsverfahren der Gebührenbezuschussung und Gebührenübernahme.
- Die Leitung/ Fachkräfte beraten alle Eltern zu Möglichkeiten und Antragsverfahren der Gebührenbezuschussung und Gebührenübernahme.
- Die Leitung/ Fachkräfte verfügen über Wissen zu familienfördernden Leistungen des Staates.
- Die Leitung/ Fachkräfte beraten auf Anfrage Eltern zu familienfördernden Leistungen des Staates.
- Die Formulare zur Gebührenbezuschussung bzw. Gebührenübernahme erhalten grundsätzlich alle Eltern bei Anmeldung in der Kita.

F2: Erheben die Kindertagesstätten Zusatzkosten, die Familien und Kinder in Armutslagen benachteiligen bzw. finanziell zusätzlich belasten?

Zusatzkosten sind:

- Kosten für Frühstück in der Kita;
- Kosten für Hygieneartikel (Zahnpflegeartikel, Sonnencreme,...);
- Kosten für Ausflüge (für Bus/ Zug und Eintritte);
- Geld für Bastelmaterialien (für Laternen etc.);
- Kopiergeld;
- Fotogeld für Portfoliomappen;
- Getränkegeld;
- Kosten für Verpflegung bei Festen;

Familien in Armutslagen werden benachteiligt bzw. zusätzlich belastet, wenn Folgendes zutrifft:

- Die Kita erhebt regelmäßig Zusatzkosten einkommensunabhängig für alle Eltern.
- In der Kita werden freiwillige kostenpflichtige Zusatzangebote oder Angebote Dritter in der Kita angeboten, für die einkommensunabhängige Gebühren erhoben werden.

Familien in Armutslagen werden finanziell zusätzlich belastet, wenn folgende zwei Aspekte gleichzeitig zutreffen:

- Familien erhalten bei Aufnahme eine Liste notwendiger Materialien und Kleidung, die sie zu Beginn der Betreuungszeit in die Einrichtung mitbringen sollen

- Die Kita stellt keine kostenlosen Materialien wie benötigte Zusatzkleidung bei Bedarf für Kinder in Armutslagen zur Verfügung.

F3 Setzen die Kindertageseinrichtungen konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien um?

Konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien sind:

- Sammeln/ Teilen/ Sparen gehört in der Kita zur Normalität.
- Für Kosten für Ausflüge oder Eintrittsgelder werden Sponsoren gewonnen.
- Es gibt in der Kita Flohmärkte oder Tauschbörsen für alle Familien.
- Kinder können Spiele, Bücher oder sonstige Materialien aus der Einrichtung nach Hause ausleihen.
- Kosten für Angebote in der Kita werden möglichst geringgehalten.
- Die Kita holt keine kostenpflichtigen Angebote Dritter in die Einrichtung (Fotograf, Büchertisch).
- Alle Angebote in der Einrichtung sind prinzipiell für alle Kinder zugänglich, unabhängig davon, ob die Eltern sich ein Angebot leisten können.
- Die Kita stellt kostenlos benötigte Kleidung wie Gummistiefel, Regenkleidung oder Turnkleidung zur Verfügung.
- Bei der Planung pädagogischer Vorhaben wird die wirtschaftliche Lage aller Eltern berücksichtigt werden.
- Die Einrichtung findet Lösungen für Kleidungsprobleme, z.B. durch Einrichtung eines Kleiderfundus oder einer Mitnahmebörse.
- Die Kita wirbt aktiv Spenden ein, um Kosten für Aktivitäten zu senken.
- Bei kostenpflichtigen Angeboten werden für armutsbetroffene Familien individuelle Lösungen gefunden.
- Die Kita bietet ein kostenloses/ gesponsertes Frühstück für alle Kinder an.

Maßnahmen auf Ebene der Fachkräfte:

- Fachkräfte nehmen an Fortbildungen teil, die Grundlagenwissen zum Thema Armut vermitteln.
- In Team-Fallbesprechungen wird die Lebenslage armutsbetroffener Kinder thematisiert.
- Die Fachkräfte reflektieren im Team die eigene Haltung sowie ihre Vorstellungen und/oder Erfahrungen in Bezug auf Armut.

F4: Sind Grundsätze zur Armutssensibilität in den Konzeptionen der Einrichtungen beschrieben?

In der Konzeption sind handlungsleitende Grundsätze beschrieben

- zu einem gemeinsamen Verständnis von Armut.
- zur Zusammenarbeit mit armutsbetroffenen Eltern.
- zur Teilhabe bzw. Inklusion armutsbetroffener Kinder zu Unterstützungsangeboten für armutsbetroffene Familien.
- zum Umgang mit zusätzlichen Beiträgen für Aktivitäten der Einrichtung.
- zur Vermeidung von Zusatzkosten.
- zur Kooperation mit Beratungsstellen im Stadtteil.

Quelle: eigene Darstellung, Herleitung der Operationalisierungen siehe 6.2

Zur Untersuchung und Beantwortung der zentralen Fragestellungen wird ein gegenstandserkundender quantitativer Forschungszugang gewählt, der die offenen Forschungsfragen mit der Zielsetzung der Gegenstandsbeschreibung anhand eines umfassenden Datensatzes beantwortet. (vgl. Döring/ Bortz 2016, S.149) Dafür wurden oben genannte Indikatoren als Items in einen Fragebogen überführt. Das gewählte Untersuchungsdesign wird im folgenden Abschnitt dargestellt.

6.3 Untersuchungsdesign und Stichprobenwahl

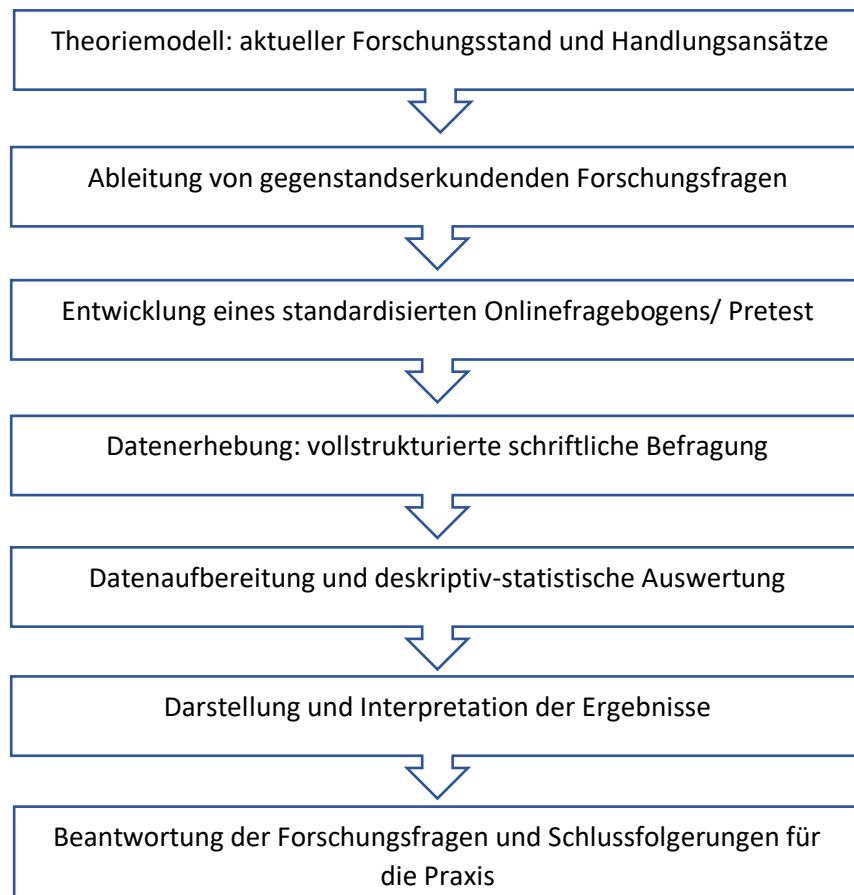
Da der Sachverhalt zu der gewählten Fragestellung bisher noch wenig bzw. nicht erforscht und beschrieben ist, wird die Untersuchung explorativ angelegt, um möglichst viele Daten dazu aus dem Praxisfeld zu sammeln. Die relevanten Fragen werden dabei generiert aus den theoretischen Erkenntnissen im ersten Teil der Arbeit. Dazu werden aus den Operationalisierungen Fragen abgeleitet, die zur Beantwortung der Forschungsfragen geeignet sind und in einen Onlinefragebogen überführt. Die Erhebung der Daten erfolgt anhand einer strukturierten schriftlichen Befragung von Leitungen evangelischer Kindertageseinrichtungen, diese wurden per Email zur Onlinebefragung eingeladen. Nach der Aufbereitung der Daten, die im Anschluss an die Befragung als Excel-Datei vorliegen, beschränkt sich die Analyse auf eine deskriptiv-statistische Auswertung und grafische Darstellung der Ergebnisse. (vgl. Döring/ Bortz 2016, S.24f.)

Auf deren Grundlage werden die Daten interpretiert und die Forschungsfragen beantwortet. Schlussfolgerungen für die Praxis bilden den Abschluss der Untersuchung und

sollen als Zusammenfassung den befragten Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Das folgende Modell stellt die einzelnen Phasen der Untersuchung dar:

Abb. 4: Untersuchungsdesign



Quelle: eigene Darstellung, vgl. Döring/ Bortz 2016, S. 24f.

Für die Gewinnung eines umfassenden Bildes ist die Befragung als zufällige Stichprobengröße angelegt, wobei aber die Grundgesamtheit zur Befragung eingeladen wurde. Kriterium für die Auswahl der Untersuchungspersonen war eine möglichst umfangreiche Population, die leicht zugänglich und erreichbar ist, um eine hohe Rückmeldequote zu erreichen.

Die Wahl fiel auf die etwa 600 Kindertagesstätten in evangelischer Trägerschaft in ganz Schleswig-Holstein. Zum einen liegt das Interesse an der Befragung von evangelischen Kindertagesstätten im beruflichen Kontext der Autorin, zum anderen bot sich ein niedrighschwelliger Zugang zu den Einrichtungen, da für die Einladung zur

Befragung ein landesweiter Email-Verteiler eines evangelischen Verbandes genutzt werden konnte. Vorteile der Stichprobenwahl sind zudem die Heterogenität der Einrichtungen in Bezug auf deren Größen und deren Lage im städtischen und ländlichen Raum in Schleswig-Holstein. Gleichzeitig verfügen die Einrichtungen über ein vergleichbares QM-System und ähnliche konzeptionelle Grundlagen aufgrund der Trägerschaften. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die befragten Personen über die gewünschten Informationen verfügen, richtete sich die Befragung zudem ausschließlich an die Leitungen der Kindertageseinrichtungen.

Nach Erstellung eines strukturierten Fragebogens und Transfer in ein Onlinetool wurden alle Leitungen evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein im Mai 2019 durch die Versendung eines Zugangs-Links per Email zu der Onlinebefragung eingeladen. 114 Leitungen haben die Befragung vollständig beantwortet- ihre Angaben liegen der Untersuchung zu Grunde. Die Verteilung relevanter Merkmale wie Größe und Lage innerhalb der Stichprobe werden in Kapitel 7 beschrieben.

Die Erstellung des Befragungsinstruments, die Erhebungsmethode sowie der Rücklauf werden im nächsten Abschnitt dargestellt.

6.4 Methode der Datenerhebung

Als Methode zur Erhebung der Daten wurde eine strukturierte schriftliche Befragung gewählt. Dafür wurde zunächst ein strukturierter Fragebogen mit geschlossenen Fragen erarbeitet.

Anhand der fünf Teilfragen zur Forschung (siehe oben) wurden analog fünf inhaltliche Fragekategorien erstellt, an denen anschließend auch die Auswertung strukturiert wird:

1. Fragen zu den Bedingungen im Aufnahmeverfahren
2. Fragen zur Beratung im Aufnahmeverfahren
3. Fragen zum Umgang mit Zusatzkosten
4. Fragen zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien
5. Fragen zu armutssensiblen Grundsätzen in der Konzeption

Aus den mit den Fragestellungen verbundenen Operationalisierungen (Tabelle 2) konnten in jeder Kategorie direkt Merkmale abgeleitet werden, die zur Beantwortung der Forschungsfragen geeignet sind. Diesen wurden für die quantitative Auswertung jeweils sinnvolle Ausprägungen zugeordnet. In der Onlinebefragung bilden sich die Merkmale in verschiedenen Frageformen ab. Der vollständige Fragebogen im Anhang zu finden.

Hinzugefügt wurde zudem eine Fragekategorie, die Fragen zur allgemeinen Statistik enthält (u.a. zur Größe und Lage der Einrichtungen, zur Armutsquote im Stadtteil und zum Anteil armutsbetroffener Kinder in der Kita), um in der deskriptiven Datenauswertung bei auffälligen Ergebnissen ggf. Beziehungen zu weiteren Faktoren herstellen zu können.

Der strukturierte Fragebogen wurde anschließend mittels des Onlineanbieters „SoSci Survey“ in gleicher Kategorisierung in einen Onlinefragebogen überführt, der durch Anklicken der jeweiligen Antwort- bzw. Auswahlmöglichkeiten die Befragten durch die Onlineumfrage leitet. Der Onlinefragebogen umfasst insgesamt 24 Fragen, einige davon erscheinen als Filterfragen nur optional nach Auswahl einer bestimmten Antwort. Drei der Fragen ermöglichen optional eine offene Texteingabe, um die Antwortmöglichkeiten bei Bedarf zu erweitern. Alle anderen Fragen sind geschlossen, um verwertbare Daten für eine statistische Auswertung zu erhalten.

Die Onlinebefragung wurde so aufgebaut, dass ein Überspringen der Fragen nicht möglich war, alle Fragen mussten beantwortet werden. Entsprechend wurden zu den meisten Fragen in den Ausprägungen Ausweichmöglichkeiten angeboten. Als Einstiegsfrage wurde die Frage gewählt, wie lange die befragte Person die Kita bereits leitet, um zu erreichen, dass nur Leitungen den Fragebogen ausfüllen, da keine personalisierten Zugänge vergeben wurden.

Der Pretest, durchgeführt Mitte Mai 2019, ergab in der Rückmeldung eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 7-9 Minuten.

Der Link zum Onlinefragebogen wurde am 23.Mai 2019 wie oben beschrieben per Email zusammen mit einem Einladungsschreiben an die Leitungen verschickt und für den Zeitraum von 16 Tagen freigeschaltet. Die Rücklaufstatistik zeigt insgesamt 130 Datensätze (eine Prozentangabe der Rückläufe in Bezug zur Grundgesamtheit ist nicht möglich, da zur genauen Anzahl der per Mail angeschriebenen Einrichtungen

keine gesicherten Angaben vorliegen). Als gültige Fälle, die in die Datenauswertung einbezogen werden, werden alle Fälle gezählt, bei denen alle Fragen bis zum Ende beantwortet wurden. Zur Datenbereinigung wurden lediglich die nicht vollständigen Datensätze aussortiert. 16 Befragungen wurden an ganz unterschiedlichen Stellen vorzeitig abgebrochen, somit sind insgesamt 114 verwertbare vollständige Datensätze vorhanden und konnten ausgewertet werden. Diese wurden wie nachfolgend beschrieben ausgewertet.

6.5 Datenauswertung

Alle Merkmale in den inhaltlichen Fragekategorien sind ausschließlich nominalskaliert, lediglich einzelne Merkmale zu den statistischen Angaben zur Armutsquote oder Anzahl der Gruppen sind ordinalskaliert. Daher wird zur Auswertung ein deskriptiv-statistisches Verfahren angewendet. (vgl. Aeppli et.al. 2014, S.266f.)

Zur computergestützten Auswertung der Daten werden die ermittelten Datensätze heruntergeladen und in einer Exceltabelle dargestellt. Den Ausprägungen werden seitens des Onlineprogramms bereits numerische Werte zugeordnet. In dieser Urliste werden die Werte zu allen Ausprägungen zunächst mittels Excel-Funktionen einzeln ausgezählt und auf ein Merkmal bezogen tabellarisch dargestellt. So ist zu allen Merkmalen zunächst die Verteilung der absoluten Häufigkeit tabellarisch in einer Häufigkeitstabelle abgebildet.

In einem zweiten Schritt werden absolute Häufigkeitsverteilungen, die besonderes Interesse wecken, in Bezug gesetzt zu weiteren Variablen, um relevante Beziehungen (Kontingenzen) zwischen zwei Variablen zu betrachten und zu beschreiben. (vgl. ebd., S. 292f.) Dabei wird überprüft, ob Ergebnisse zu begründen sind über die Beziehung zu einem zweiten Ergebnis. Als Beispiel: wenn Leitungen angegeben haben, dass sie eher weniger über Wissen zur Gebührenermäßigung verfügen, wird dieses Ergebnis in Beziehung gesetzt zur Dauer der Leitungstätigkeit. Wenn daraus eine vermutete Begründung abgeleitet werden kann, wird diese Kontingenz in die auswertende Beschreibung einbezogen, ansonsten verworfen.

Nach Beschreibung der relevanten Häufigkeitsverteilungen und der Beziehungen zwischen einigen Variablen werden die Ergebnisse in Bezug gesetzt zu den theoretischen Annahmen in Bezug auf die Teilforschungsfragen. Als Beispiel: In der Präzisierung der

Frage, ob Eltern in Armutslagen bedarfsgerecht beraten werden, wurden Annahmen formuliert, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit die Frage positiv beantwortet werden kann. Die Ergebnisse der Befragung werden nun anhand der Daten dargestellt und in Bezug gesetzt zu den Annahmen; über eine Interpretation kann in der Gesamtbetrachtung nun eine Aussage dazu getroffen werden, ob die befragten Kindertageseinrichtungen Eltern in Armutslagen bedarfsgerecht beraten.

Am Ende der Datenauswertung steht die Zusammenführung der Theorie mit den Ergebnissen der Untersuchung, aus der dann Schlussfolgerungen für die Praxis abgeleitet werden.

Repräsentativität

Zur Repräsentativität der Untersuchung kann keine Aussage gemacht werden, da noch keine landesweite Datenbank vorhanden ist, die die Gesamtheit der evangelischen Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein erfasst. Da zu statistischen Merkmalen wie Größe, Trägerschaft oder Zugehörigkeit zu den Kreisen bzw. kreisfreien Städten keine verlässlichen Daten vorliegen und somit die Merkmale der Einrichtungen, die die Onlinebefragung beantwortet haben, nicht in Relation zur Grundgesamtheit gesetzt werden können, können die Ergebnisse der Untersuchung nicht als repräsentativ gelten.

Bevor die Ergebnisse der Untersuchung bzw. Datenauswertung ausführlich dargestellt und inhaltlich interpretiert werden, stellt das nächste Kapitel zu Beginn die genannten statistischen Merkmale zu den befragten Einrichtungen ein vor.

7. Zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien in Armutslagen- Darstellung und Interpretation der Ergebnisse

Nach der Darstellung des methodischen Vorgehens im Rahmen der explorativen Untersuchung werden nun in diesem Abschnitt ausführlich die relevanten Ergebnisse der Befragung dargestellt und interpretiert.

Zunächst gibt das Kapitel einen Überblick über statistische Merkmale der befragten Einrichtungen in Bezug auf Größe und Lage und geht auf deren Angaben zur Armutsbetroffenheit im Stadtteil/ der Kommune und zum Anteil armutsbetroffener Kinder in der Kindertageseinrichtung ein. Im Weiteren stellt die Arbeit dann entlang der zentralen

Fragestellungen (dargestellt in Kapitel 6) die statistische Auswertung der Befragung der Leitungen, zum Teil anhand von Diagrammen und Abbildungen, vor und macht in jeweils einem Unterkapitel Aussagen zu den Rahmenbedingungen im Aufnahmeverfahren, zum Umgang mit Zusatzkosten in den Einrichtungen, zu armutssensiblen Handlungsansätzen und zur Berücksichtigung der Armutsthematik in den Konzeptionen der befragten Einrichtungen. Die relevanten Ergebnisse werden dargestellt und im Kontext interpretiert. Am Ende eines jeden Unterkapitels werden in einem Fazit die Ergebnisse zur Beantwortung der Fragestellungen zusammengefasst.

Zunächst soll dargestellt werden, welche grundlegenden relevanten Merkmale die Stichprobe aufweist und in welcher Verteilung diese vertreten sind. Die Einladung zur Befragung ging an fast 600 evangelische Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein. 114 von ihnen (im Weiteren benannt als befragte Leitungen) haben die Onlineumfrage im Umfragezeitraum vollständig beantwortet: diese Datensätze liegen der folgenden statistischen und inhaltlichen Auswertung zugrunde.

Rückläufe der befragten evangelischen Einrichtungen kamen aus allen elf Kreisen und vier kreisfreien Städten, die Schleswig-Holstein umfasst. In der Stichprobe sind die Einrichtungen der Städte Lübeck (3 Rückläufe) und Flensburg (2 Rückläufe) sowie des Kreises Stormarn (4 Rückläufe) unterdurchschnittlich vertreten, die Einrichtungen der Stadt Kiel und des Kreises Segeberg (jeweils 12 Rückläufe) sowie des Kreises Dithmarschen (14 Rückläufe) sind überdurchschnittlich vertreten. Insgesamt sind somit alle Kreise/ Städte repräsentiert. (Abb. 5)

Abb. 5: Lage der befragten Einrichtungen nach Zugehörigkeit zu Kreisen bzw. kreisfreien Städten

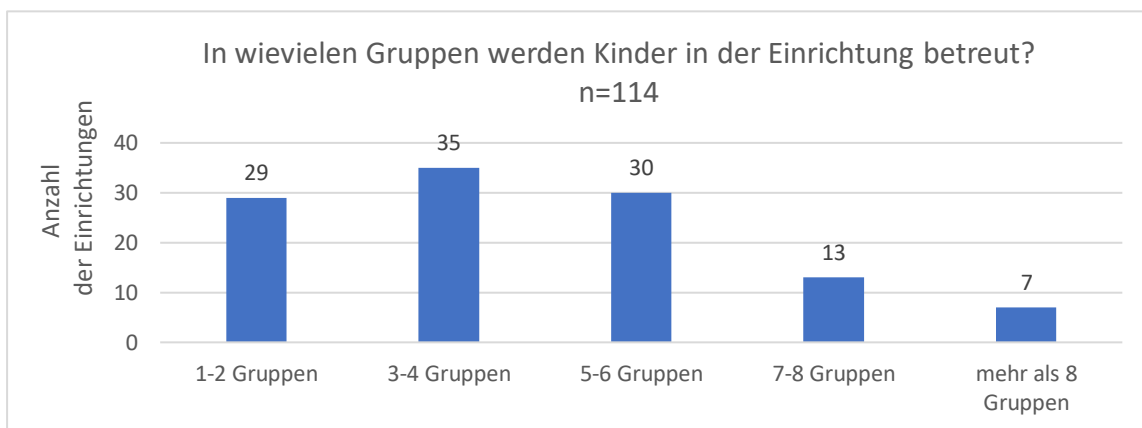


Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der befragten Einrichtungen im jeweiligen Kreis/ der Stadt, n=114

Zum prozentualen Rücklauf in den jeweiligen Kreisen kann aufgrund fehlender Datengrundlage keine gesicherte Aussage gemacht werden, da nicht bekannt ist, wie viele Einrichtungen im jeweiligen Kreis im landesweiten Email-Verteiler erfasst wurden (die Kategorisierung evangelischer Kindertageseinrichtungen landesweit erfolgt nach Zugehörigkeit zu Kirchenkreisen, die nicht deckungsgleich sind mit ländlichen Kreisen).

Weiterhin wurden die Kindertageseinrichtungen um Angaben zur Größe der Einrichtung nach Gruppenanzahl gebeten. 29 der 114 Einrichtungen haben 1-2 Gruppen unter ihrem Dach, 35 Einrichtungen haben 3-4 Gruppen, 30 der befragten Kitas sind 5-6-gruppig und 13 Einrichtungen betreiben 7-8 Gruppen. Mehr als 8 Gruppen haben 7 der befragten Einrichtungen. In Bezug zur Anzahl der Gruppen sind damit Einrichtungen aller Größen repräsentiert (Abb.6)

Abb. 6: Größe der befragten Einrichtung nach Anzahl der Gruppen



Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der befragten Einrichtungen, die jeweils die genannte Anzahl von Gruppen umfassen.

In der Annahme, dass sich der Anteil der armutsbetroffenen Kinder in Bezug auf die Lage der Einrichtung erheblich unterscheidet und in den kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein deutlich höher ist als in den ländlichen Kreisen (siehe Kapitel 3.1), wurde auch danach gefragt, wie die Leitungen die Lage ihrer Einrichtungen einschätzen. Während 67% der befragten Leitungen eine ländliche Lage angeben, liegen rund 19% der befragten Einrichtungen im Stadtgebiet und rund 10% der Leitungen geben an, dass ihre Einrichtung in einem sozialen Brennpunkt resp. Problemviertel liegt. (Tab. 3)

Tabelle 3: Angaben zur Lage der Kita

	Lage der Kita nach Einschätzung der Leitungen (n=114)	
Ländlich	76	67%
im Stadtgebiet	22	19%
in einem sozialen Brennpunkt/ Problemviertel	11	10%
andere Lage	5	4%

Quelle: eigene Darstellung. Absolute und relative Häufigkeit.

Hier sind also die Kitas in ländlicher Lage deutlich überdurchschnittlich vertreten. Wie dies in Relation zur Grundgesamtheit der evangelischen Kitas verhält, kann jedoch nicht beantwortet werden, da keine gesicherten Daten zur Grundgesamtheit vorliegen.

Umfang der Armutsbetroffenheit im Sozialraum der Einrichtungen

Zur Definition vorab: Der Begriff „Sozialraum“ wird hier verwendet als subjektive Größe, die ein regional eingegrenztes Gebiet meint, welches sich auszeichnet durch die darin lebenden Menschen in ihren sozialen Beziehungen. (vgl. Nolte 2017, S.221)

Um einen Einblick zu bekommen, in welcher Häufigkeit Fachkräfte mit dem Thema Armut im Betreuungskontext in Berührung kommen, wurden die Leitungen wurde nach den Armutsquoten in den Stadtteilen resp. Kommunen und auch den Quoten der armutsbetroffenen Kinder in der Einrichtung gefragt.

Die Ergebnisse zeigen (Tab. 4), dass 73 der 114 befragten Leitungen (fast zwei Drittel) die Armutsquote des Stadtteils/ der Kommune, in der die Einrichtung liegt, nicht bekannt ist. Dabei ist die Lage der Einrichtung scheinbar nicht ausschlaggebend für das Wissen der Leitung um die Armutsquote im Stadtteil bzw. der Kommune. Mit 19 Einrichtungen in ländlicher Lage, die diese Quote kennen, ist die Anzahl vergleichbar mit den Einrichtungen, die im Stadtgebiet und in einem sozialen Brennpunkt liegen- von Ihnen kennen 21 Leitungen die Armutsquote der Stadt/ der Kommune, in dem die Einrichtung liegt (zudem kennt eine Leitung mit Angabe „andere Lage“ die Armutsquote).

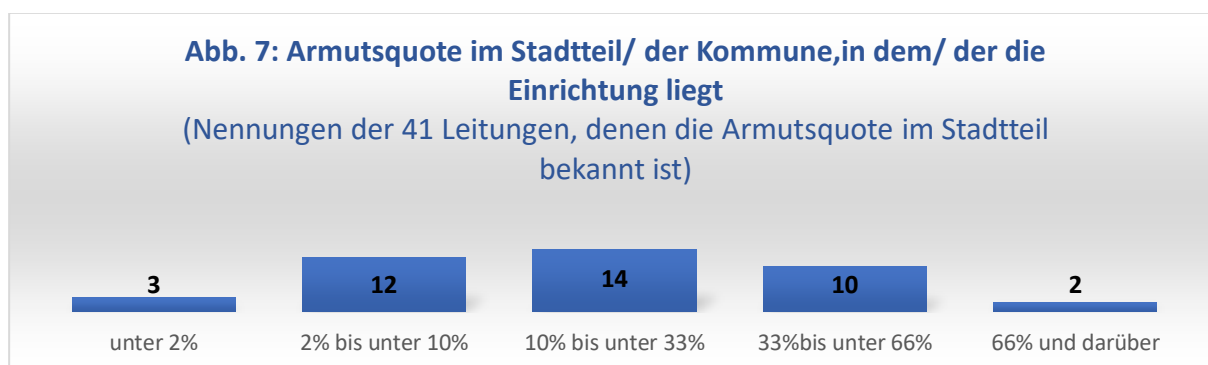
Beachtenswert in dem Zusammenhang ist auch, dass nur 11 von 114 Einrichtungen bestätigen, dass die Kita resp. der Träger eine Sozialraumanalyse durchgeführt hat für den Sozialraum, in dem die Kita liegt.

Tabelle 4: Daten zum Sozialraum

Hat die Kita bzw. der Träger eine Sozialraumana-lyse durchgeführt für den Sozialraum, in dem die Kita liegt?		Ist Ihnen die Armutsquote des Stadtteils/ der Kommune bekannt, in dem die Kita liegt?	
Ja	11	Ja	41
Nein	66	Nein	73
Das weiß ich nicht	37		

Quelle: eigene Darstellung. Angaben in absoluter Häufigkeit, n=114. Zur Frage nach der Sozialraumanalyse wurde eine Ausweichantwort (das weiß ich nicht) ermöglicht.

Die Leitungen, die angegeben haben, dass ihnen die Armutsquote des Stadtteils/ der Kommune bekannt ist, wurden um Einordnung der Zahlen in prozentuale Kategorien gebeten. Als Auswahlkategorien wurden Armutsquoten „unter 2%“, „2% bis unter 10%“, „10% bis unter 33%“, „33% bis unter 66%“ und „66% und darüber“ in der Befragung vorgegeben. (Abb.7) Die Angaben der 41 Leitungen, die die Armutsquote im Stadtteil kennen, zeigen, dass der überwiegende Teil von ihnen in Sozialräumen liegt, in denen Menschen in Armut einen nicht geringen Teil der Bevölkerung ausmachen. Es ist daher anzunehmen, dass die meisten Fachkräfte dieser Einrichtungen im Kontext ihrer Arbeit mit dem Thema Armut in Berührung kommen.

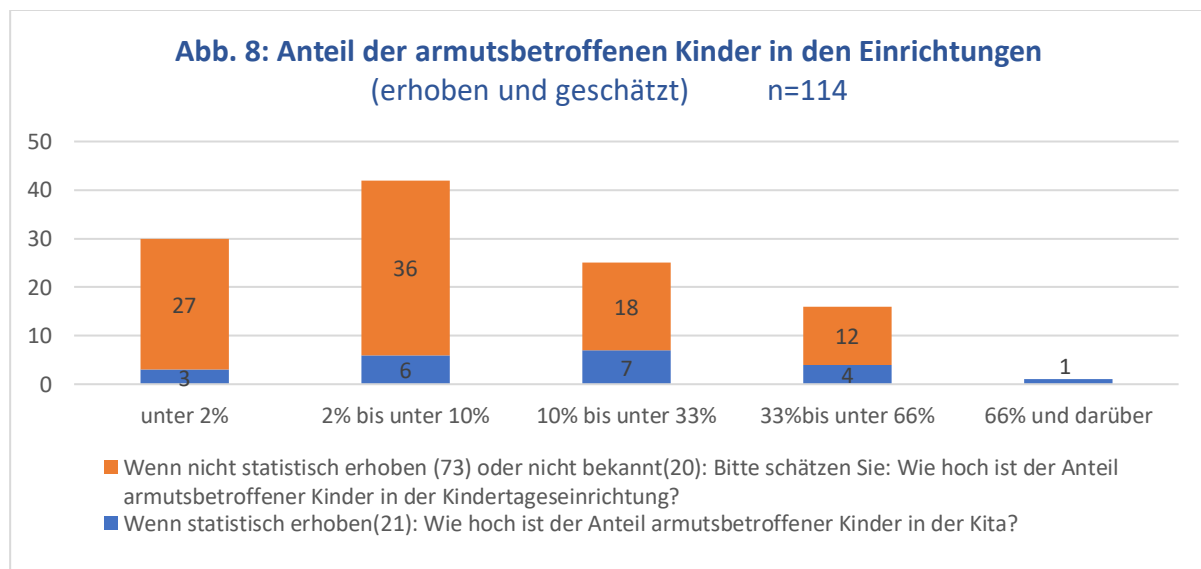


Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen in der jeweiligen prozentualen Kategorie. Um Angabe der Quote wurden ausschließlich die 41 Leitungen gebeten, die angeben, die Armutsquote im Stadtteil/ der Kommune zu kennen.

Ein noch umfassenderes Bild dazu, in welchem Umfang Fachkräften in ihrer täglichen Arbeit familiäre Armut und insbesondere Kinderarmut begegnet, geben die Ergebnisse der Frage dazu, wie hoch der Anteil der armutsbetroffenen Kinder in den Kindertageseinrichtungen ist. (Abb. 8) Zunächst wurde danach gefragt, ob der Anteil der

armutsbetroffenen Kinder in den Einrichtungen (nach eigener Armutsdefinition) statistisch erhoben ist, um sich ggf. auf konkrete Zahlen berufen zu können. Das ist jedoch nur in 21 (18%) der befragten Einrichtungen der Fall. 93 Leitungen (82%) geben an, dass der Anteil armutsbetroffener Kinder in der eigenen Einrichtung nicht statistisch erhoben ist bzw. dieses ihnen nicht bekannt ist. In Erwartung dieser Datenlage wurden diese Leitungen optional gebeten, den Anteil der armutsbetroffenen Kinder in der eigenen Einrichtung zu schätzen.

Für die Auswertung wurden sowohl geschätzt als auch statistisch erhobene Daten zusammen betrachtet, da die Variablen zahlenmäßig so unterschiedlich ist, dass sie keine schlüssigen Vergleiche zulassen.



Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen in der jeweiligen Kategorie.

Die meisten befragten Leitungen (42 Nennungen) geben an, dass der Anteil armutsbetroffener Kinder in ihren Einrichtungen zwischen 2% und 10% liegt. Armutsbetroffene Kinder sind also nach ihrer Einschätzung eine Minderheit und die Kinderarmutsquote landesweit bildet sich in diesen Kindertageseinrichtungen scheinbar nicht ab. Zum Vergleich: die Armutsquote bei Kindern zwischen 3 und 6 Jahren lag 2016 in Schleswig-Holstein bei 18,8%. (vgl. Funcke et.al. 2016, S.3)

Relevant ist auch ein Blick auf die Gesamtgruppe derer, die angegeben haben, dass der Anteil armutsbetroffener Kinder in ihrer Einrichtung unter 2% liegt, dies betrifft 30 der 114 befragten Leitungen. Über ein Viertel der Einrichtungen hat also nach eigener

Aussage eher wenig Berührungen mit armutsbetroffenen Kindern im Kontext ihres Betreuungsangebots, dies könnte sich in den Ergebnissen der Befragung widerspiegeln.

Ihnen gegenüber stehen aber auch 25 Nennungen befragter Leitungen, die die Armutsquote in ihren Einrichtungen zwischen 10% und 33% angeben, und 16 Leitungen geben sogar an, dass zwischen 33% und unter 66% der Kinder in der Einrichtung von Armut betroffen sind (geschätzt und erhoben). Es ist davon auszugehen, dass die Zusammenarbeit mit armutsbetroffenen Familien für sie zum pädagogischen Alltag gehört.

Insgesamt zeichnen also die Angaben der Leitungen zu Faktoren wie Lage, Zugehörigkeit zu Stadt bzw. Kommune, der Größe der Einrichtungen und dem Anteil armutsbetroffener Kinder in der Kita ein mehrdimensionales Bild in Bezug auf die Verteilung der Merkmale. Sie werden im weiteren Verlauf der Datenauswertung an relevanten Stellen in Beziehung zu den weiteren Ergebnissen gesetzt.

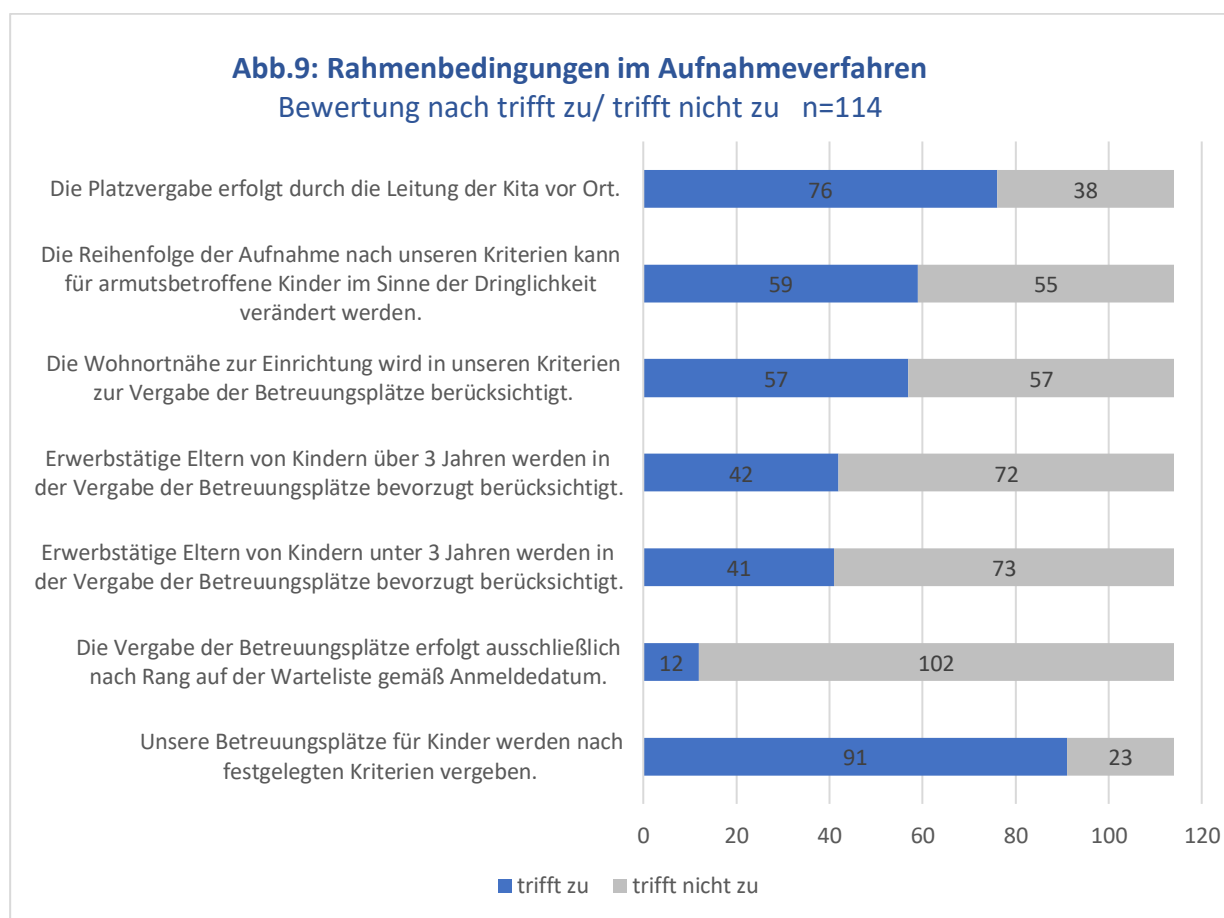
Deutlich wird hier im Zusammenhang mit der Abfrage der statistischer Merkmale aber auch, dass längst nicht alle Leitungen für die Einschätzung der Relevanz der Armuts-thematik auf gesicherte Daten zurückgreifen können, denn die Armutsquoten im Stadtteil/ der Kommune, die Armutsquoten in der eigenen Kita und auch Daten aus einer Sozialraumanalyse liegen jeweils nur einigen von ihnen vor. Es scheint, als wären diese Daten für viele Leitungen in der Ausgestaltung ihrer Rahmenbedingungen nicht relevant, geht man davon aus, dass sie mit wenig Aufwand in Erfahrung zu bringen wären.

Kenntnisse zu sozioökonomischen Sozialraumdaten, zu sozialer Infrastruktur und zu den konkreten Wohnumfeldbedingungen sind aber Grundlage für die Ausrichtung der Rahmenbedingungen und der Angebotsstruktur auf die Bedarfe der Familien im Sozialraum. (vgl. Nolte 2017, S. 226)

Im folgenden Abschnitt werden vor allem die Rahmenbedingungen in den Aufnahme-verfahren der Kindertageseinrichtungen in den Blick genommen, um herauszufinden, ob diese Familien in Armutslagen im Zugang gleichberechtigt berücksichtigen und im Aufnahmeverfahren bedarfsorientiert zu finanziellen Fragen beraten.

7.1 Rahmenbedingungen im Aufnahmeverfahren

Um am Arbeitsmarkt teilzuhaben und das Armutsrisiko durch ausreichendes Einkommen zu mildern, ist besonders für die häufiger von Armut bedrohten Gruppen wie Alleinerziehende oder Migranten die Betreuung ihrer Kinder in Kindertageseinrichtungen eine wichtige Voraussetzung. Dennoch zeigen Untersuchungen auf, dass Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine Kindertageseinrichtung besuchen und vermuten strukturelle Hürden im Aufnahmeverfahren als Ursache (vgl. Erhard et.al. 2018, S.30) Unter der Fragestellung, ob Eltern in Armutslagen in den Aufnahmeverfahren der Einrichtungen gleichberechtigt berücksichtigt werden und somit gleiche Chancen auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder haben, wurden die befragten Leitungen anhand einer Matrixfrage gebeten zu bewerten, ob verschiedene Aussagen zur Platzvergabe für ihre Einrichtung zutreffen oder nicht. Dabei wurden sie u.a. zu verschiedenen Vergabekriterien befragt. (Abb.9)



Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen.

Die Auswertung (Abb.9) zeigt zunächst, dass die Vergabe der Betreuungsplätze, unabhängig davon ob sie zentral vor Ort durch die Leitungen vergeben werden, zumeist nicht willkürlich ist: 91 der befragten 114 evangelischen Kindertageseinrichtungen (80%) vergeben Betreuungsplätze nach festgelegten Kriterien. Für die Gleichberechtigung im Aufnahmeverfahren ist hier zusätzlich relevant, wie die Kriterien gestaltet sind.

Gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten

Dass sie erwerbstätige Eltern bei der Platzvergabe bevorzugt berücksichtigen, geben 41 der befragten Leitungen für Kinder unter 3 Jahren an, fast gleich zeigt sich dies bei Kindern über 3 Jahren, hier berücksichtigen 42 der 114 befragten Leitungen erwerbstätige Eltern bevorzugt bei der Vergabe der Betreuungsplätze, die Altersgruppe spielt somit keine Rolle. In diesen Einrichtungen hätten also Eltern und Alleinerziehende, die erwerbslos sind, bei nicht ausreichenden Betreuungsplätzen geringere Chancen auf einen Betreuungsplatz für ihr Kind und somit womöglich geringere Chancen, am Arbeitsmarkt teilzuhaben.

Dass dies bei den meisten befragten Einrichtungen dennoch nicht der Fall sein muss, zeigt die zusätzliche Frage danach, ob die Reihenfolge der Kriterien für armutsbetroffene Kinder im Sinne der Dringlichkeit verändert werden kann (Tabelle 5): jeweils 71% der Einrichtungen, die Erwerbstätige in ihren Kriterien bei der Platzvergabe bevorzugt berücksichtigen, bestätigen diese Möglichkeit. Somit haben fast drei Viertel der Kitas, die in den Vergabekriterien berufstätige Eltern bevorzugt berücksichtigen, die Möglichkeit, für Kinder in Armutslagen im Sinne „sozialer Dringlichkeit“ die Reihenfolge der Platzvergabe so zu verändern, dass Kinder in Armutslagen, deren Eltern erwerbslos sind, gleichberechtigte Chancen auf einen Betreuungsplatz haben. In welcher Weise diese Möglichkeit auch angewandt wird, hängt wohl von weiteren Faktoren ab.

Wichtig an dieser Stelle ist noch einmal der Hinweis, dass Armut hier nicht grundsätzlich gleichgesetzt werden soll mit Erwerbslosigkeit, jedoch sind Erwerbslose die am häufigsten von Armut betroffene Personengruppe in Deutschland (vgl. Der Paritätische 2018, S.15), somit ist davon auszugehen, dass erwerbslose Eltern und damit auch ihre Kinder oftmals ein erhöhtes Armutsrisiko haben. Erwerbstätige Eltern in prekären Lebenslagen würden mit den vorliegenden Kriterien ohnehin gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Tabelle 5: Platzvergabe für armutsbetroffene Kinder in den Einrichtungen, die Erwerbstätige in den Kriterien bevorzugt berücksichtigen

	Reihenfolge der Aufnahme für armutsbetroffene Kinder im Sinne der Dringlichkeit veränderbar	Reihenfolge der Aufnahme für armutsbetroffene Kinder im Sinne der Dringlichkeit nicht veränderbar	gesamt
Erwerbstätige Eltern mit Kind unter 3 Jahren werden bevorzugt berücksichtigt (n=41)	29 71%	12 29%	41
Erwerbstätige Eltern mit Kind über 3 Jahren werden bevorzugt berücksichtigt (n=42)	30 71%	12 29%	42

Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen in absoluter und relativer Häufigkeit.

Immerhin 63% (72 bzw. 73 Nennungen, Abb. 9) der Leitungen geben an, dass die Aussage, Erwerbstätige würden bevorzugt berücksichtigt, auf ihre Einrichtung nicht zutrifft. Hier kann also in Bezug auf das Kriterium „Erwerbstätigkeit“ von gleichberechtigten Zugangsmöglichkeiten für alle Familien ausgegangen werden.

Mit Blick auf die gesamte Stichprobe geben zudem über die Hälfte der Leitungen an, dass die Reihenfolge der Platzvergabe für armutsbetroffene Kinder wegen Dringlichkeit verändert werden kann. Im Sinne eines Nachteilsausgleichs und besonderen Bedarfs nach möglichst früher Förderung kann dies positiv gewertet werden und zeigt, dass in vielen Fällen ein Bewusstsein für die besonderen Bedarfe von armutsbetroffenen Kindern vorhanden ist und in den Aufnahmeverfahren berücksichtigt wird.

12 (11%) der Einrichtungen vergeben ihre Plätze ausschließlich nach Anmeldedatum. (Abb.9) Bei ausreichend vorhandenen Betreuungsplätzen ist dies eine Maßnahmen, die keinen Unterschied macht zwischen benachteiligten und privilegierten Familien und zudem sichert, dass eine sozial gemischte Zusammensetzung der Kinder in der Einrichtung erreicht wird. (vgl. Hock et.al. 2014, S.55) Der geringe Anteil der Einrichtungen, die im Aufnahmeverfahren nach Rangfolge vorgehen, zeigt aber, dass die Auswahl der Kinder auf der Warteliste anhand festgelegter Kriterien notwendig ist, vermutlich in Anbetracht zu weniger Betreuungsplätze in Schleswig-Holstein.

Davon ausgehend, dass Familien in Armutslagen nicht über die materiellen Ressourcen verfügen, um Kinder mit dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln täglich in die Einrichtung zu bringen, wurden die Leitungen auch nach der Berücksichtigung der

Wohnortnähe als Kriterium bei der Platzvergabe befragt. Genau die Hälfte der Einrichtungen gibt an, dies in ihren Kriterien zu berücksichtigen, die andere Hälfte berücksichtigt dies nicht. Für Familien in prekären Lebenslagen kann es im Zugang zur Kindertagesbetreuung als strukturelle Hürde angesehen werden, wenn eine wohnortnahe Betreuungsmöglichkeit nicht realisiert werden kann. Hier gilt es, die finanzielle Lage von Eltern zusätzlich berücksichtigen und ihnen wohnortnahe Betreuungsplätze anzubieten, vor allem wenn Platzvergabeverfahren zentral z.B. in den Kommunen gesteuert werden.

Fazit: Werden Eltern in Armutslagen in den Aufnahmeverfahren gleichberechtigt berücksichtigt?

Mit Blick auf die erhobenen Daten zu den Rahmenbedingungen im Aufnahmeverfahren kann zusammenfassend festgestellt werden, dass in fast 90% der Einrichtungen Eltern in Armutslagen in Bezug auf die genannten Kriterien bei der Platzvergabe gleichberechtigt berücksichtigt werden (unabhängig davon ob sie erwerbstätig sind oder nicht), zum einen, da diese ihre Betreuungsplätze zumeist nach festgelegten Kriterien bzw. nach Rang auf der Warteliste vergeben, zum anderen, da in fast zwei Dritteln der Fälle erwerbstätige Eltern nicht bevorzugt berücksichtigt werden -und wenn doch, dann besteht häufig die Möglichkeit, die Reihenfolge der Aufnahme für armutsbetroffene Kinder zu verändern. Anhand der vorliegenden Daten ist also davon auszugehen, dass Eltern in prekären Lebenslagen in den Aufnahmeverfahren der evangelischen Kindertageseinrichtungen grundsätzlich nicht benachteiligt werden. Den besonderen Bedarfen von armutsbetroffenen Familien in Bezug auf eine wohnortnahe Betreuung können jedoch nur die Hälfte der Einrichtungen in ihren Vergabekriterien gerecht werden.

Für Familien in ökonomischen Risikolagen ist jedoch nicht nur das Platzvergabeverfahren ausschlaggebend für einen barrierefreien Zugang zur Kindertageseinrichtung, sondern auch die bedarfsgerechte Beratung zu finanziellen Unterstützungsleistungen, auch da es für sie aufgrund ihrer belasteten Situation oft schwieriger ist, Informationen aktiv einzuholen und bürokratische Anforderungen umzusetzen. (vgl. Funcke/ Stierle 2015, S.42).

Um die Rahmenbedingungen der evangelischen Einrichtungen in Bezug auf die bedarfsgerechte Beratung von Familien im Aufnahmeverfahren zu untersuchen, wurden

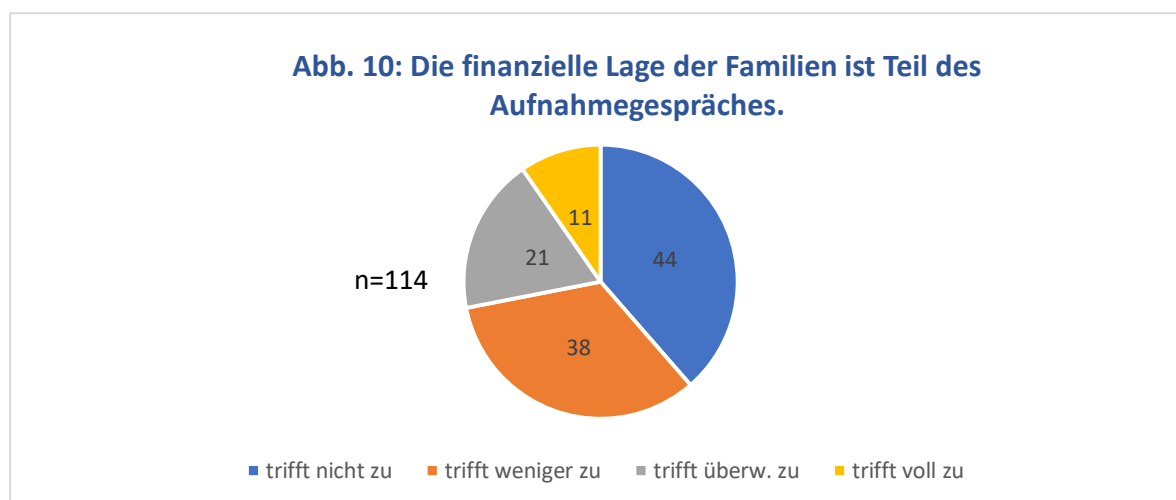
die Leitungen in einer Matrixfrage gebeten, Aussagen zu bewerten und anzugeben, ob diese Aussage voll, eher, weniger oder nicht auf ihre Einrichtung zutrifft. (siehe Abb.9)

Beratung im Aufnahmeverfahren

Für eine bedarfsgerechte Beratung von Familien in Armutslagen im Aufnahmeverfahren ist es unerlässlich, deren individuelle Bedarfe zu ermitteln, um einzuschätzen, ob und welcher Beratungs- und Unterstützungsbedarf konkret besteht. Hilfreich ist es dabei, die finanzielle Lage der Familie schon im Aufnahmegespräch sensibel zu thematisieren, denn finanzielle Risikolagen sieht man den Menschen im ersten Gespräch oft nicht an. (vgl. Hock et.al. 2014, S.62) Zum anderen sollten Fachkräfte über Wissen zu möglichen Unterstützungsmöglichkeiten verfügen und Eltern aktiv darauf aufmerksam machen.

Die Leitungen der evangelischen Kindertageseinrichtungen wurden im Rahmen der Onlinebefragung nach ihrer Einschätzung zur Beratung im Aufnahmeverfahren und zum vorhandenen Wissen bei den Fachkräften gefragt.

Dabei wurde unter anderem danach gefragt, ob die finanzielle Lage von Familien Teil des Aufnahmegesprächs ist. Die Ergebnisse lassen vermuten, dass Leitungen und Fachkräfte das Thema Geld und Finanzen im Aufnahmegespräch eher tabuisieren, denn auf 82 Einrichtungen trifft dies nicht bzw. weniger zu. Lediglich 32 der befragten 114 Leitungen geben an, dass die Aussage „Die finanzielle Lage der Familien ist Teil des Aufnahmegesprächs“ für ihre Einrichtung voll (11) oder überwiegend (21) zutrifft (Abb.10).



Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen in den jeweiligen Antwortvariablen.

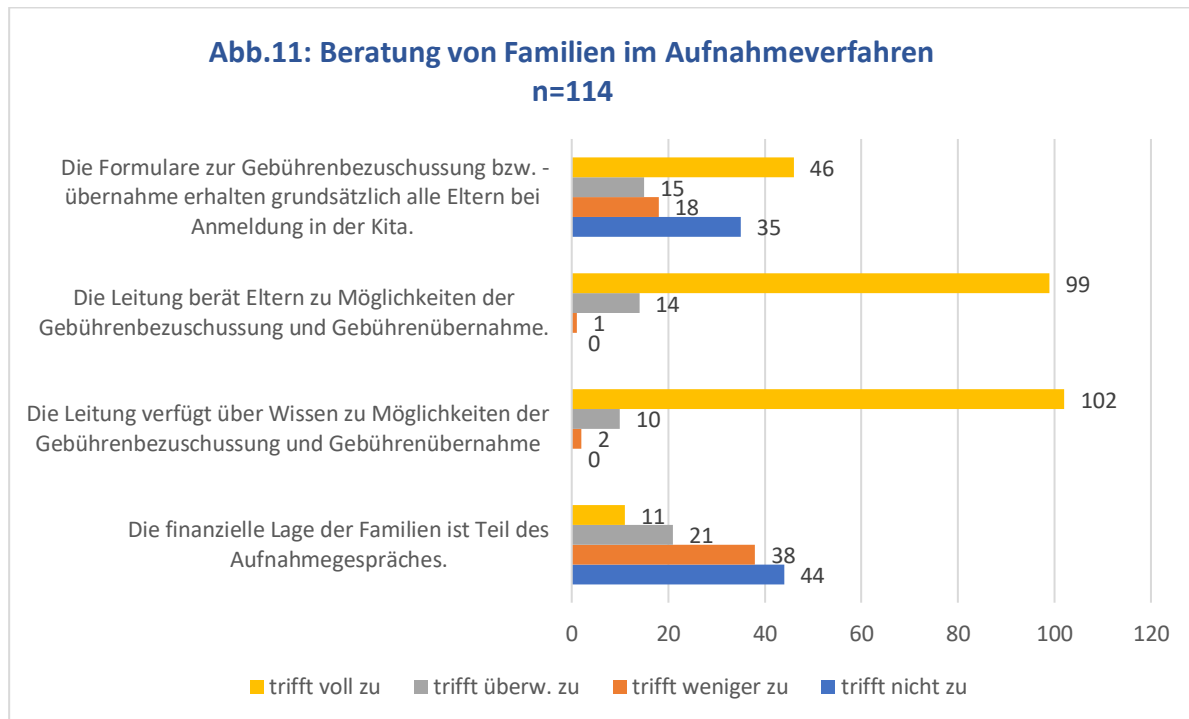
Da zu vermuten ist, dass Beratungsgespräche zur Unterstützung in finanziellen Mangellagen vor allem in Einrichtungen, die in einem „sozialen Brennpunkt“ liegen, zum Alltag gehören, wurden die Antwortergebnisse zudem in Beziehung gesetzt zur Lage der Kita: auch hier zeigt sich, dass die finanzielle Lage von Familien im Aufnahmegespräch eher nicht thematisiert wird, denn von 11 Leitungen der Einrichtungen in sozialen Brennpunkten gibt nur eine Leitung an, dass dies auf ihre Kita (eher) zutrifft.

Für Eltern in ökonomischen Risikolagen ist dies als problematisch einzuschätzen, denn es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie im Aufnahmegespräch bedarfsgerecht beraten werden, wenn ihre Bedarfe in Bezug auf finanzielle Unterstützungsleistungen oder ihre besonderen Lebenslagen in der Aufnahme nicht sensibel erfragt werden. Armut ist oft von Scham und Unsicherheit begleitet (vgl. Zander 2006, S.19), und es ist davon auszugehen, dass insbesondere betroffene Familien in Einrichtungen mit geringer Armutsquote nicht die Beratung erhalten, die sie als Unterstützung in der Aufnahme benötigen, wenn ihre finanzielle Risikolage von Fachkräften, denen Armutsproblematiken seltener begegnet, nicht erkannt und berücksichtigt wird.

Die Abläufe in der Praxis in Bezug auf die Beratung zur Gebührenbezuschussung und Gebührenübernahme aber sind verlässlich: Nahezu alle befragten Leitungen verfügen über Wissen zu Möglichkeiten der Gebührenbezuschussung und Gebührenübernahme (Abb.11). Gleichzeitig geben fast alle Leitungen an, Eltern zu diesem Thema auch zu beraten. Für Eltern ist dies im Aufnahmeverfahren eine Entlastung, da transparente Informationen zu Antragsmöglichkeiten und zu Antragsverfahren den Bedarfen der Familien entsprechen, die z.B. aufgrund geringen Einkommens die Betreuungsgebühren nicht voll zahlen können oder unsicher sind, welche finanziellen Belastungen auf sie zukommen.

Die Formulare zur Gebührenbezuschussung bzw. Gebührenübernahme erhalten Eltern in 46 der 114 Einrichtungen grundsätzlich bei Anmeldung, zusätzlich geben 15 Leitungen an, dass dies überwiegend zutrifft (Abb.11). Eltern in finanziellen Risikolagen bekommen hier eine niedrigschwellige Möglichkeit der Antragsstellung auf finanzielle Unterstützung und im besten Fall auch situationsorientierte Beratung. Zudem ist die generelle Weitergabe der Formulare im Aufnahmeverfahren an alle Eltern auch eine Möglichkeit, Stigmatisierungen zu vermeiden und die Informationen für Eltern

bereitzustellen, die nicht wissen, dass sie antragsberechtigt wären oder aufgrund von Sprachbarrieren Informationen nur schwer selbst beschaffen können.



Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen in den jeweiligen Antwortvariablen.

Das Ergebnis (Abb.11) zeigt aber auch: in 53 (46%) der befragten 114 Einrichtungen erhalten nicht alle Eltern die Formulare zur Gebührenbezuschussung bzw. -ermäßigung grundsätzlich im Aufnahmeverfahren. Dies kann mehrere Gründe haben, unter anderem kann die Beantwortung der Frage für die Kitas nachteilig gestellt worden sein, bei denen die Platzvergabe nicht vor Ort erfolgt (dies geben 38 der 114 Einrichtungen an). Der Vergleich der Daten zeigt in Bezug zur Gesamtstichprobe einen leichten prozentualen Unterschied in den Platzvergabeverfahren:

- in 45 der 76 Einrichtungen (59%), bei denen die Vergabe der Betreuungsplätze vor Ort erfolgt, erhalten alle Eltern die Formulare im Aufnahmeverfahren
- in 16 der 38 Einrichtungen (42%), bei denen die Platzvergabe nicht vor Ort erfolgt, erhalten alle Eltern die Formulare im Aufnahmeverfahren.

Ob in dem Fall, in dem die Platzvergabe nicht vor Ort erfolgt (38 Nennungen), andere systematische Prozesse Eltern im Antragverfahren unterstützen, kann hier nicht abgebildet werden. Mit Blick auf die Kitas, die die Plätze im Aufnahmeverfahren vor Ort vergeben (76 Nennungen), wird aber deutlich, dass es sich bei der Weitergabe der Formulare an die Eltern längst nicht in allen evangelischen Einrichtungen um ein standardisiertes Verfahren handelt. Dabei ist es für armutsbetroffene Familien besonders wichtig zu wissen, welche finanziellen Belastungen auf sie zukommen und Anträge zur Gebührenübernahme zeitnah auf den Weg zu bringen, damit sie in ihrer finanziellen Mangellage nicht zusätzlich belastet werden.

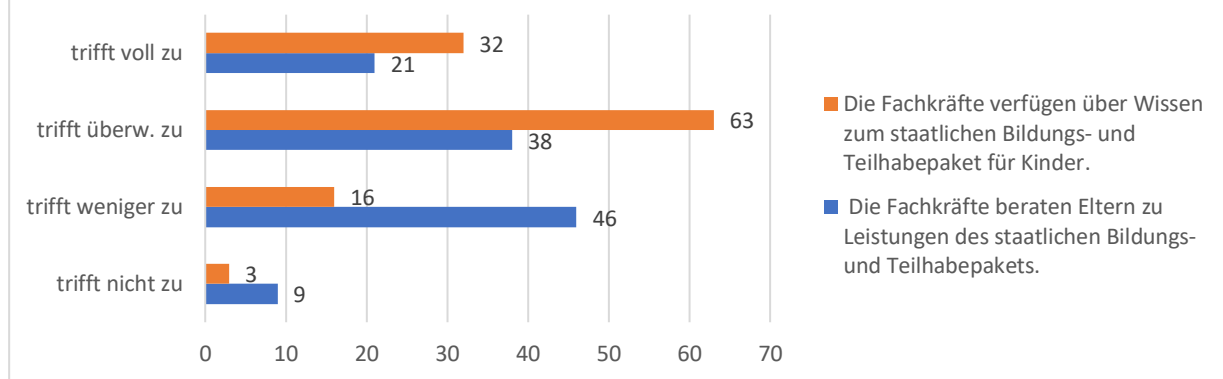
Positiv im Sinne niedrigschwelliger Informationspolitik ist dabei zu bewerten, dass, wie oben beschrieben, fast alle Leitungen angeben, Eltern zu dieser Thematik zu beraten und auch über entsprechendes Wissen verfügen. Das bietet armutsbetroffenen Eltern die Chance, auf kurzen Wegen und in persönlichem Kontakt bei Bedarf Informationen einzuholen und Unterstützung zu erhalten. Eine optimale Voraussetzung wäre dafür, wie auch bereits erwähnt, wenn die finanzielle Lage der Eltern schon im Aufnahmegespräch thematisiert wird, um die Beratung auf die Bedarfe der Eltern abzustimmen.

Neben den Möglichkeiten der Gebührenbezuschussung bzw. -übernahme stellt auch das Bildungs- und Teilhabepaket als staatliche Leistung eine finanzielle Entlastungsmöglichkeit dar, die sowohl für die Aufnahme als auch im weiteren Betreuungskontext für Eltern in Armutslagen wesentlich ist, z.B. für die Teilnahme des Kindes am täglichen Mittagessen oder für die Kostenübernahme bei künftigen Ausflügen.

In der Untersuchung zur Frage, ob Eltern im Aufnahmeverfahren bedarfsgerecht beraten werden, wurde deshalb auch gefragt, ob Fachkräfte über Wissen zum Bildungs- und Teilhabepaket verfügen und Eltern dazu beraten.

Die Frage bezieht sich hier speziell auf das Wissen der Fachkräfte, in der Annahme, dass sie die pädagogischen Aktivitäten, für die Kinder Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets in Anspruch nehmen können, initiieren, denn nicht nur im Aufnahmeverfahren, sondern auch in der folgenden Betreuungszeit sind Eltern in Armutslagen darauf angewiesen, dass Fachkräfte sie auf finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten aufmerksam machen. (vgl. von zur Gathen 2014, S.5)

**Abb. 12: Beratung zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets
(Anzahl der Nennungen, n=114)**



Quelle: eigene Darstellung

Die Ergebnisse (Abb. 12) zeigen, dass das notwendige Wissen dafür bei den Fachkräften im Großteil der evangelischen Einrichtungen vorhanden ist: in 95 Einrichtungen verfügen Fachkräfte über Wissen zum staatlichen Bildungs- und Teilhabepaket, lediglich 19 Leitungen geben an, dass dies für die Fachkräfte in ihrer Einrichtung weniger oder nicht zutrifft. Das Ergebnis ist bemerkenswert, und für Eltern in Armutslagen, die auf familienfördernde Leistungen angewiesen sind und für die die daran geknüpften Bedingungen und Antragswege oftmals Hürden darstellen, ist dies eine wichtige Ressource. (vgl. ebd.)

Die Weitergabe des Wissens stellt sich jedoch nicht so eindeutig dar, denn nur in 59 der 95 Einrichtungen, in denen Fachkräfte über Wissen zum Bildungs- und Teilhabepaket verfügen, beraten diese die Eltern auch zu diesen Leistungen. Dort, wo das Wissen also als Ressource vorhanden ist, wird es lediglich in 62% der Einrichtungen an die Eltern weitergegeben. Knapp die Hälfte der Gesamtstichprobe (55 Nennungen) gibt auf die Frage nach der Beratung zum Bildungs- und Teilhabepaket an, dass dies weniger bzw. nicht auf ihre Einrichtung zutrifft.

Dass deutlich weniger Elternberatung stattfindet als diese anhand der vorhandenen Wissensressource möglich wäre, könnte verschiedenen Faktoren geschuldet sein: zum einen sehen Fachkräfte eventuell keinen Beratungsbedarf, der es erfordert, Eltern aktiv auf mögliche Unterstützungsleistungen aufmerksam zu machen, weil die Quote der armutsbetroffenen Eltern allzu gering ist, oder die Verfahren zur Beantragung der Leistungen in den Einrichtungen sind so standardisiert, dass sie für die Eltern ausreichend transparent und barrierefrei sind. Die Untersuchung eines Zusammenhangs zwischen

der Umsetzung der Beratung zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets und der Armutsquote in der Kita erscheint hier aufgrund der unklaren Datenlage zu den Armutsquoten nicht sinnvoll- es bleibt bei Vermutungen.

Fazit: Werden Eltern in den Aufnahmeverfahren bedarfsgerecht beraten?

Für armutsbetroffene Eltern ist es in finanzieller Hinsicht besonders wichtig, dass Gebühren und Zahlungen planbar sind, da sie meist keine Rücklagen haben und darauf angewiesen sind, dass Antragsverfahren zu unterstützenden Leistungen verlässlich und unbürokratisch funktionieren, um ihre monetären Mangellagen zu kompensieren. (vgl. Der Paritätische 2018, S.15) Besonders bei Aufnahme in die Kita benötigen Eltern in Armutslagen daher eine bedarfsgerechte Beratung, die ihre Lebenslage individuell berücksichtigt. Bestenfalls erhalten sie die notwendigen Informationen und Formulare bereits bei der Anmeldung vor Ort, um den Zugang möglichst barrierefrei zu gestalten.

Die Ergebnisse der Befragung der Kita-Leitungen zeigen: Leitungen und Fachkräfte der evangelischen Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein verfügen zu einem großen Teil über das notwendige Wissen, um Eltern in finanziellen Risikolagen zu finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten zu beraten. Während die Beratung zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets aus weiter zu untersuchenden Gründen weniger erfolgt, beraten fast alle Leitungen Eltern im Aufnahmeverfahren zur Gebührenermäßigung bzw. -übernahme und stellen damit besonders Eltern in Armutslagen die Informationen zur Verfügung, die sie benötigen.

Wenn jedoch die finanzielle Lage von Familien im Anmeldegespräch nicht thematisiert wird und Antragsformulare nicht regelhaft alle Eltern erhalten, entsteht die Befürchtung, dass vor allem bei unsichtbarer oder verdeckter Armut, also bei Familien, denen man ihre finanzielle Mangellage nicht ansieht, nicht die notwendige bedarfsgerechte Beratung erfolgt. Dies ist aber im Aufnahmeverfahren umso wichtiger, als dass die Zeit der Überbrückung im Wechsel von Elternzeit und dem Wiedereinstieg in eine Erwerbstätigkeit eine besonders sensible Phase ist, die auch "Armut als einmaliges Ereignis" verursachen und Familien aus ganz unterschiedlichen Lebenszusammenhängen betreffen kann. (vgl. Kettschau 2005, S. 246)

Das notwendige Wissen und Potenzial für eine passgenaue Beratung, die Familien in Armutslagen individuell unterstützt, ist in den Einrichtungen also vorhanden. Bedarfsgerecht kann die Beratung jedoch nur sein, wenn die Bedarfe aktiv ermittelt und im Aufnahmeverfahren berücksichtigt werden.

Aber nicht nur auf eine bedarfsgerechte Beratung sind viele armutsbetroffene Familien angewiesen, sondern vor allem auch darauf, dass ihre prekären Lebenslagen nicht durch die Forderung weiterer Kosten zusätzlich belastet werden, wenn ihre Kinder in der Einrichtung betreut werden. Dies ist vor allem dann problematisch, wenn zu zahlende Beiträge z.B. für pädagogische Aktivitäten der Kinder unplanbar und kurzfristig fällig werden, da armutsbetroffene Eltern meist keine finanziellen Rücklagen haben und schon „kleine“ Beträge sie vor Herausforderungen stellen können. Im nächsten Abschnitt werden die Rahmenbedingungen zu Zusatzkosten und Beiträgen für zusätzliche Angebote in den befragten Einrichtungen dargestellt und beleuchtet.

7.2 Zum Umgang mit Zusatzkosten

Entlang der Forschungsfrage, der dieser Arbeit zugrunde liegt, wird nun weiterführend der Frage nachgegangen, ob Kindertageseinrichtungen Zusatzkosten erheben, die Familien in Armutslagen benachteiligen bzw. finanziell zusätzlich belasten.

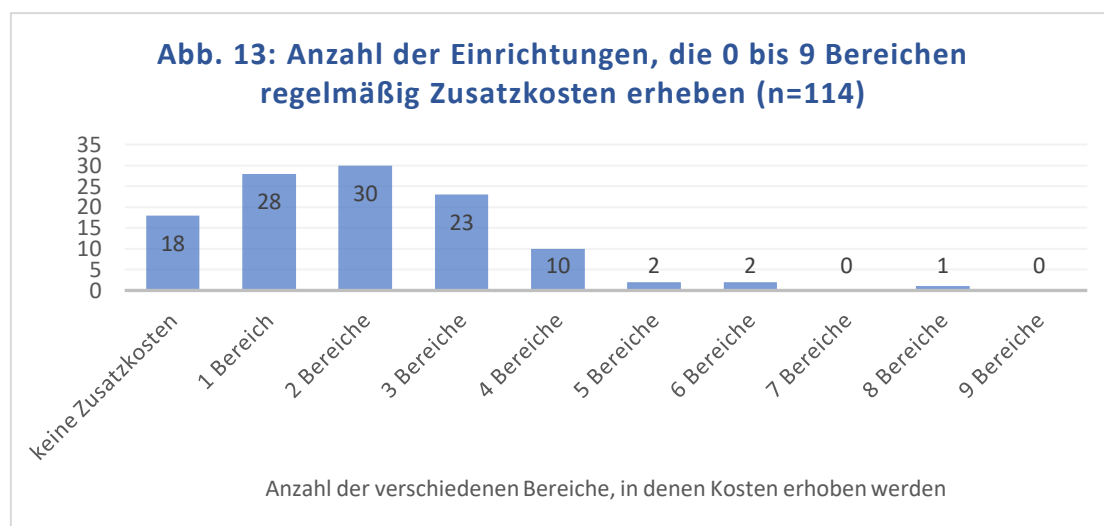
Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden die Leitungen zur Art und zur Höhe der Zusatzkosten in den Kindertageseinrichtungen befragt. Die folgende Auswertung gibt zunächst einen Einblick, für welche Bereiche Zusatzkosten in den Kitas erhoben werden und welche monatlichen Summen Eltern zusätzlich im Schnitt zahlen. In einem zweiten Schritt werden zudem kostenpflichtige Zusatzangebote, auch von Seiten Dritter in der Einrichtung, in den Blick genommen, um zu beantworten, ob diese in den Kitas angeboten werden und wenn ja, ob sie für armutsbetroffene Kinder eine Benachteiligung darstellen, z.B. wenn sie aufgrund der finanziellen Lage ihrer Eltern nicht daran teilnehmen (können). Als zusätzlicher Aspekt werden am Ende des Kapitels materielle Anforderungen der Kitas bei der Aufnahme eines Kindes untersucht.

Im Zuge des Betreuungsangebotes können in Kindertageseinrichtungen für Eltern zusätzlich Kosten in verschiedenen Bereichen entstehen, die unabhängig von den Betreuungsgebühren erhoben werden. Die Erhebung von Zusatzkosten in Kitas in

Schleswig-Holstein ist nicht einheitlich geregelt, bisher wenig transparent und erfolgt zumeist einkommensunabhängig für alle Eltern gleich, wie die bundesweite Elternbefragung „ElternZOOM“ 2018 zeigt. (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2018, S.9) Ausschlaggebend sind die individuellen Rahmenbedingungen der jeweiligen Einrichtung und ihr Umgang mit der Forderung von zusätzlichen finanziellen Beiträgen der Eltern neben den Betreuungsgebühren.

Die Leitungen wurden zu neun verschiedenen Bereichen befragt, ob sie in ihren Einrichtungen hierzu regelmäßig zusätzliche Kosten erheben (Abb. 13). Zusätzlich wurde eine offene Eingabe für nicht erfasste Bereiche angeboten.

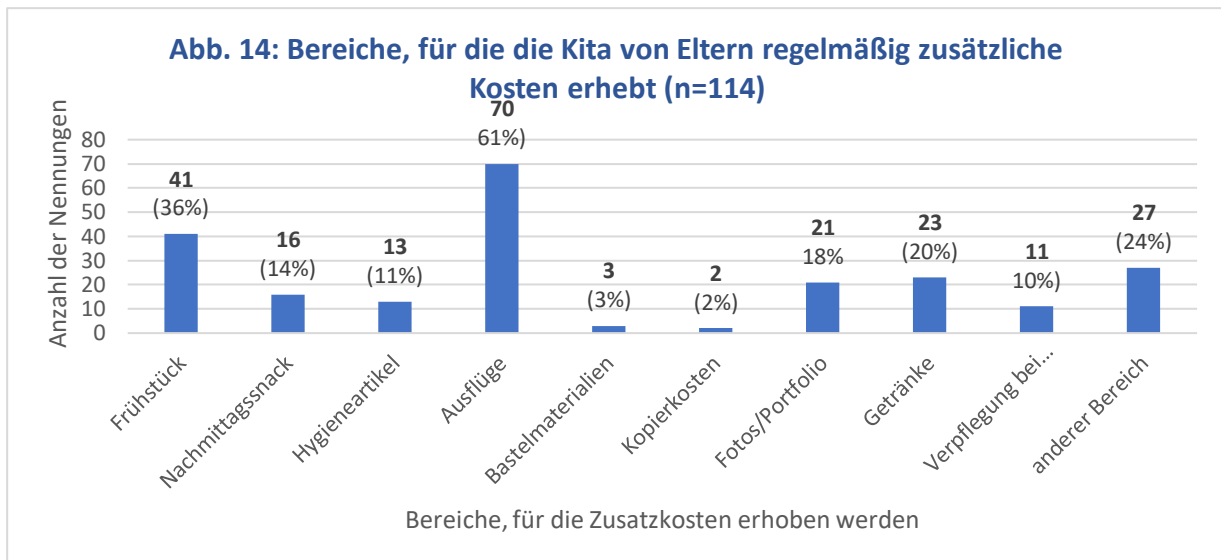
Für einen ersten Überblick wird dargestellt, in wie vielen der vorgegebenen Bereiche die Einrichtungen jeweils zusätzliche Beiträge erheben.



Quelle: eigene Darstellung.

Die Daten zeigen zunächst: von 114 evangelischen Einrichtungen erheben 18 Kindertageseinrichtungen keine Zusatzkosten (16%). 81 Einrichtungen erheben in 1-3 verschiedenen Bereichen zusätzliche Kosten, 10 Einrichtungen erheben in 4 Bereichen und 5 Einrichtungen sogar in 5 oder mehr Bereichen Zusatzkosten. (siehe Abb.11)

Der Überblick zeigt, dass die Erhebung weiterer Kosten neben den Betreuungsgebühren in den meisten befragten Kindertageseinrichtungen übliche Praxis ist und oft auch für mehrere Bereiche umgesetzt wird. Wie viele Einrichtungen für welche Leistungen Zusatzkosten erheben, zeigt Abbildung 14.



Quelle: eigene Darstellung.

Demnach erheben 70 (61%) der befragten Einrichtungen regelmäßige Zusatzkosten für Ausflüge. Dies ist damit der Bereich, in dem die meisten Einrichtungen Zusatzkosten erheben. Am zweithäufigsten leisten Eltern zusätzliche Beiträge für das Frühstück, dies ist mit 41 Nennungen (36%) in über einem Drittel der befragten Einrichtungen der Fall.

23 (20%) der Einrichtungen erheben Zusatzkosten für Getränke und 21 (18%) Einrichtungen auch für Fotos bzw. Portfolios. Die Anzahl der Nennungen in den anderen Bereichen liegt noch darunter (siehe Abb. 14). Für Bastelmaterialien und Kopierkosten erheben kaum Einrichtungen Zusatzkosten (3 bzw. 2 Nennungen).

27 der 114 Einrichtungen geben an, regelmäßige Zusatzkosten in einem weiteren, nicht vorgegebenen Bereich zu erheben. In diesen Fällen wurde um Angabe der Bereiche gebeten. Unter den offenen Antworten sind u.a. Kosten für pädagogisches Kochen, für besondere Projekte, für Buskosten, für besondere Frühstücksangebote (monatlicher Frühstückstag oder Frühstücksbuffet) und für Obst und Gemüse benannt.

14 Einrichtungen haben zudem als zusätzlichen Kostenbereich die Kosten für Mittagessen angegeben. Diese werden im Rahmen der Onlinebefragung als ungültige Angaben gewertet, denn die Kosten für Mittagsverpflegung wurden beabsichtigt nicht als Bereich für Zusatzkosten abgefragt, da sie über das Bildungs- und Teilhabepaket bis auf einen Eigenanteil erstattungsfähig und somit in gewissem Maße einkommensabhängig sind, zudem betreffen sie möglicherweise nicht alle Eltern einer Einrichtung. Die absichtliche Nicht-Berücksichtigung dieses Bereiches war für die befragten

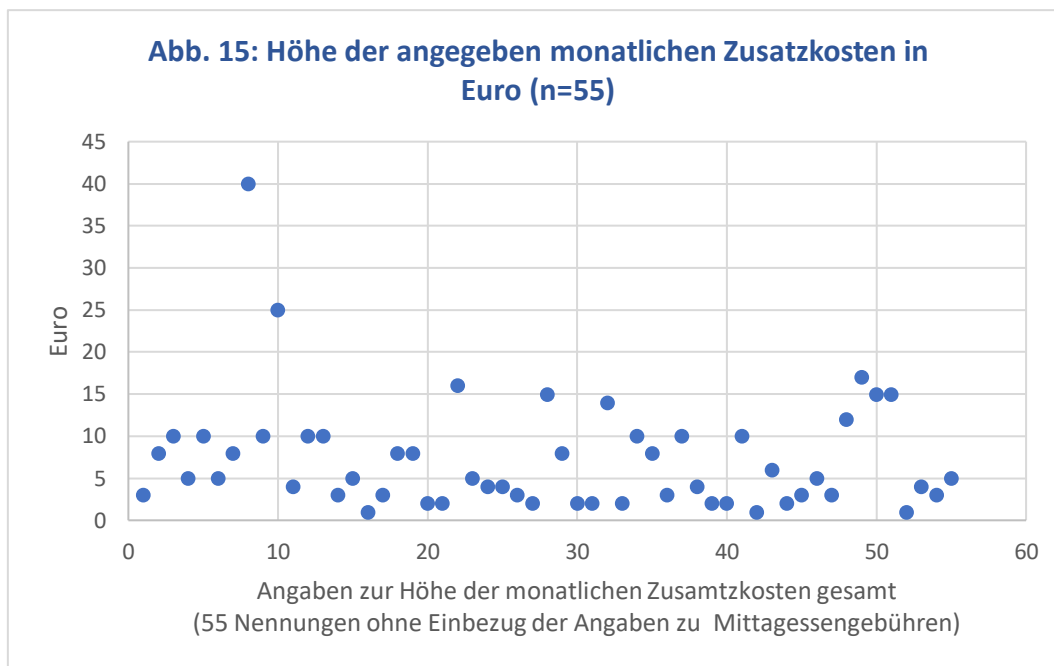
Leitungen nicht eindeutig. Die erfolgten Angaben zum Mittagessen werden daher in der weiteren Auswertung nicht berücksichtigt.

Mit Blick auf die zusätzlichen Kosten, die die Nennungen in den verschiedenen Bereichen in der befragten Kitalandschaft abbilden, zeigt sich, dass die Regelungen zu zusätzlichen Kosten individuell abhängig sind von der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen der jeweiligen Kita. Die Bereiche, für die zusätzliche Kosten erhoben werden, liegen im Ermessensspielraum der Einrichtung. Und die Auswertung zeigt eindrücklich: in 96 der 114 evangelischen Einrichtungen müssen Familien mit zusätzlichen Kosten rechnen. Ausgehend davon, dass die wirtschaftliche Lage von Eltern bei der Bemessung der Zusatzkosten unberücksichtigt bleibt und diese unabhängig vom Haushaltseinkommen für alle Eltern gleichermaßen erhoben werden (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2018, S.6) wird deutlich, dass in diesen Einrichtungen Eltern in materiellen Risikolagen durch zusätzliche Kosten finanziell belastet werden. Wie hoch die Kosten und damit die auch die zusätzlichen Belastungen tatsächlich sind, hängt von der jeweiligen Einrichtung ab.

Auf die Frage zur Höhe der benannten Zusatzkosten im Monat gaben, von den 96 Einrichtungen, die Zusatzkosten erheben, 35 Einrichtungen an, dass eine Angabe monatlich in Euro nicht möglich ist. Das ist durchaus kritisch zu betrachten, denn wenn die befragten Leitungen keine genauen Beträge angeben können, wie planbar und transparent können dann die Kosten für Eltern sein und wie verlässlich sind dann Regelungen zu Kostenbeiträgen in der Kita? Auf beides aber sind Eltern in ökonomischen Risikolagen besonders angewiesen.

61 Leitungen haben konkrete Angaben zu den monatlichen Kosten gemacht (Abb.15), die sie von Eltern erheben, davon werden 6 Einrichtungen, die das Mittagessen in die Zusatzkosten eingerechnet haben, nicht in die Auswertung einbezogen. Damit verbleiben für die Auswertung 55 Einrichtungen.

Auch hier zeigt sich, dass die Rahmenbedingungen sehr weit auseinandergehen. Während in 20 Einrichtungen für Eltern Beträge zwischen 1 und 3 Euro im Monat fällig werden, sind es in 8 anderen Einrichtungen 10 Euro monatlich, in jeweils einem Fall sogar 25 Euro und 40 Euro.



Quelle: eigene Darstellung.

Tabelle 6: Genannte Beträge monatlicher Zusatzkosten in Euro und Anzahl der Nennungen

1€	2€	3€	4€	5€	6€	8€	10€	12€	14€	15€	16€	17€	25€	40€	gesamt
3	9	8	5	6	1	6	8	1	1	3	1	1	1	1	n=55
Mittelwert M = 7,23 zentraler Wert Md = 5															

Quelle: eigene Darstellung. Angegeben wird hier sowohl, welche Beträge genannt wurden, als auch, wie oft ein Betrag genannt wurde.

Im Durchschnitt erheben damit die 55 Einrichtungen, die Angaben gemacht haben, Zusatzkosten in Höhe von 7,23 Euro monatlich. Wegen der Extremwerte im oberen Bereich eignet sich noch besser die Angabe des Medians: der zentrale Mittelwert liegt bei 5 Euro monatlich, dabei streuen die Werte zwischen 1 Euro und 40 Euro (Tab.6).

Zusammengefasst lässt sich für die 114 befragten Einrichtungen also darstellen:

- 18 Einrichtungen (16%) erheben keine Zusatzkosten.
- 55 Einrichtungen (48%) erheben mittlere mediale Zusatzkosten in Höhe von 5 Euro mit einer Variabilität von 39 Euro.
- 35 Einrichtungen (31%) geben an, dass keine Angabe monatlicher Gesamtkosten möglich ist.
- Angaben von 6 weiteren Einrichtungen bleiben unberücksichtigt.

So unterschiedlich, wie sich die Höhe der Kosten und die Bereiche, für die sie regelmäßig erhoben werden, in den befragten Einrichtungen darstellen, so unterschiedlich sind dann auch die Bedingungen, auf die Eltern in prekären Lebenslagen treffen, wenn ihr Kind in einer dieser Einrichtungen betreut wird. Bestenfalls müssen sie keine Zusatzkosten zahlen, aber weitaus häufiger zahlen sie in den befragten Einrichtungen Zusatzkosten für Frühstück, Ausflüge und weitere Bereiche. In diesem Fall werden sie in ihrer finanziellen Mangellage zusätzlich belastet, vor allem dann, wenn Kosten nicht planbar sind und ad hoc gezahlt werden müssen, z.B. für Ausflüge oder besondere Projekte. Das ist besonders für armutsbetroffene Eltern mit situativem Konsumverhalten eine Hürde. Zudem sind Familien in prekären Lebenslagen in Bezug auf den Anteil ihres Nettohaushaltseinkommen, den sie für Zusatzkosten aufbringen müssen, im Vergleich zu Familien mit mittlerem Einkommen deutlich benachteiligt, wenn die Zusatzkosten einkommensunabhängig erhoben werden.

Neben den regelmäßigen Zusatzkosten stellen auch kostenpflichtige Zusatzangebote in Kindertageseinrichtungen Familien in Armutslagen vor besondere Herausforderungen, vor allem, wenn sie aus Kostengründen ihren Kindern die Teilnahme nicht oder nur unter einigen Entbehnungen ermöglichen können. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde daher weiterführend untersucht, ob in den evangelischen Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein kostenpflichtige Zusatzangebote stattfinden, für die Eltern bei Teilnahme ihres Kindes zusätzliche Gebühren zahlen.

Gebühren für freiwillige Zusatzangebote

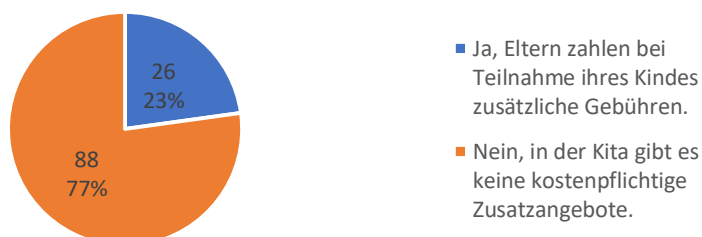
In der Onlinebefragung wurden Angaben dazu erhoben, ob in den Kindertageseinrichtungen freiwillige Zusatzangebote stattfinden und wenn ja, ob eine Gebührenermäßigung oder ein Gebührenerlass grundsätzlich möglich sind (Abb.16).

88 Leitungen (77%) geben dazu an, dass in den Einrichtungen keine freiwilligen Zusatzangebote stattfinden, die bei Teilnahme kostenpflichtig sind.

Von den 26 Einrichtungen, in denen freiwillige Zusatzangebote stattfinden, die bei Teilnahme kostenpflichtig sind, geben 14 an, dass eine Gebührenermäßigung bzw. ein Gebührenerlass grundsätzlich möglich sind (Tab.7).

Abb. 16: Finden in der Kita freiwillige Zusatzangebote für Kinder statt, die bei Teilnahme kostenpflichtig sind?

n=114



Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen.

Das Gesamtergebnis ist bemerkenswert: In 88 der 114 Einrichtungen können armutsbetroffene Kinder unabhängig von den finanziellen Ressourcen ihrer Eltern an allen Angeboten innerhalb der Einrichtungen teilnehmen, die Teilhabe aller Kinder ist im Sinne gelingender Inklusion sichergestellt. Weitere 14 Einrichtungen bieten zwar kostenpflichtige Zusatzangebote an, stellen aber mit den Möglichkeiten der Gebührenermäßigung bzw. des Gebührenerlasses sicher, dass alle Kinder teilhaben können und Familien in Armutslagen nicht zusätzlich finanziell belastet werden bzw. ihren Kindern die Teilnahme nicht ermöglichen können. Wichtig sind hier unbürokratische Antragsverfahren, die die betroffenen Kinder und ihre Eltern nicht stigmatisieren.

Tabelle 7: Gebührenermäßigung/ -erlass für kostenpflichtige Zusatzangebote

Wenn in der Kita kostenpflichtige Zusatzangebote stattfinden: Ist eine Gebührenermäßigung oder ein Gebührenerlass für kostenpflichtige Zusatzangebote grundsätzlich möglich?	
Ja	14
Nein	11
Keine Angabe	1
Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen der 26 Einrichtungen, in denen kostenpflichtige Zusatzangebote stattfinden.	
Gesamt: 26	

Für die 11 Einrichtungen, die keine Möglichkeiten zur Gebührenermäßigung für die in der Kita stattfindenden kostenpflichtigen Zusatzangebote haben, kann von einer Benachteiligung für armutsbetroffene Kinder ausgegangen werden, wenn Familien in

finanziellen Risikolagen ihrem Kind die Teilnahme aus Kostengründen nicht ermöglichen können.

Fazit: Erheben die Kindertagesstätten Zusatzkosten, die Familien und Kinder in Armutslagen benachteiligen bzw. finanziell zusätzlich belasten?

Die Annahme, dass die evangelischen Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein Zusatzkosten erheben, wird mit Blick auf die Forschungsergebnisse bestätigt, denn 96 Einrichtungen bestätigen dies. Die Rahmenbedingungen zum Umgang mit Zusatzkosten können mit Blick auf die Variabilität von 39 Euro zwischen dem niedrigsten und höchsten Wert nur schwer zusammengefasst werden. Dennoch lässt sich sagen, dass eine Ausrichtung auf die Bedürfnisse armutsbetroffener Familien in finanzieller Hinsicht in den Einrichtungen im Gesamtüberblick nicht erkennbar ist. Dieser Einschätzung liegt zugrunde, dass auch ein sehr geringer Anteil armutsbetroffener Familien in einer Einrichtung Zusatzkosten nicht legitimiert, denn Auftrag der Kindertageseinrichtungen ist es, der Benachteiligung jedes einzelnen Menschen entgegenzuwirken, das gilt noch mehr, wenn einzelne armutsbetroffene Familien zwischen vielen Privilegierten durch Zusatzkosten belastet werden und damit ihre Teilhabe eingeschränkt wird.

Anders stellen sich die Rahmenbedingungen zu kostenpflichtigen Zusatzangeboten in den befragten Einrichtungen dar: der überwiegende Teil der Einrichtungen macht alle pädagogischen Angebote für alle Kinder kostenfrei zugänglich und ermöglicht so allen Kindern gleiche Bildungschancen, unabhängig von der finanziellen Lage der Eltern. Für diese Kindertageseinrichtungen und ebenso für die, die Kosten erheben, aber Gebührenermisse ermöglichen, kann davon ausgegangen werden, dass armutsbetroffene Kinder nicht durch verpflichtende Zusatzgebühren benachteiligt werden.

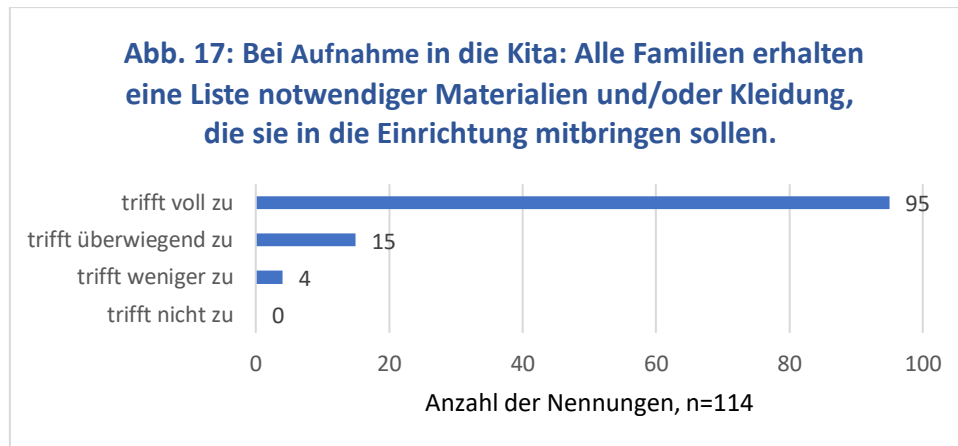
Im Kontext der Frage nach der finanziellen Belastung von Familien in Armutslagen wurde im Rahmen dieser Untersuchung ein zusätzlicher Aspekt erfragt, der hier ergänzend abgebildet werden soll: Dabei geht es nicht um monetäre, sondern um materielle Anforderungen der Kindertageseinrichtungen bei Aufnahme in die Kita.

Materielle Anforderungen der Einrichtung bei der Aufnahme eines Kindes

Die Leitungen der befragten Einrichtungen wurden gebeten anzugeben, ob alle Familien bei Aufnahme eine Liste notwendiger Materialien und/oder Kleidung erhalten, die

sie mit in die Kita bringen sollen. Annahme dabei ist, dass eine solche „Mitbringliste“ materielle Anforderungen wie Regenkleidung, Hausschuhe, Hygieneartikel, Turnsa- chen etc. für das Kind enthält.

Der Blick auf die Befragungsergebnisse zeigt deutlich, dass es sich hierbei einheitlich um eine übliche Anforderung an alle Eltern handelt, denn auf 110 Einrichtungen trifft dies voll oder überwiegend zu (siehe Abb. 17).



Quelle: eigene Darstellung

Während das neue Bundesgesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern für Familien, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, die Ausstattung für persönlichen Schulbedarf mit 150 Euro jährlich fördert (vgl. BMFSFJ 2019), müssen Eltern von Kita-Kindern für benötigte Materialien selbst aufkommen. Es ist davon auszugehen, dass die zeitpunktgebundene Anschaffung zusätzlicher Kleidung und Materialien armutsbetroffene Familien bei Aufnahme ihrer Kinder in die Kita finanziell stark belastet und vor eine besondere Herausforderung stellt, bei der sie auf Alternativen oder zusätzliche Hilfen angewiesen sind (siehe 3.4.1).

Diese finanzielle Belastung könnten Einrichtungen abmildern, indem sie bei Bedarf in der Kita kostenlos benötigte Kleidung wie Regenkleidung oder Gummistiefel zur Verfügung stellen oder Sponsoren finden z.B. für Zahnpflegeartikel. Ob solche und weitere unterstützende Maßnahmen in evangelischen Kindertageseinrichtungen umgesetzt werden, ist ebenfalls Inhalt der vorliegenden Untersuchung und wird im folgenden Abschnitt weiter ausgeführt.

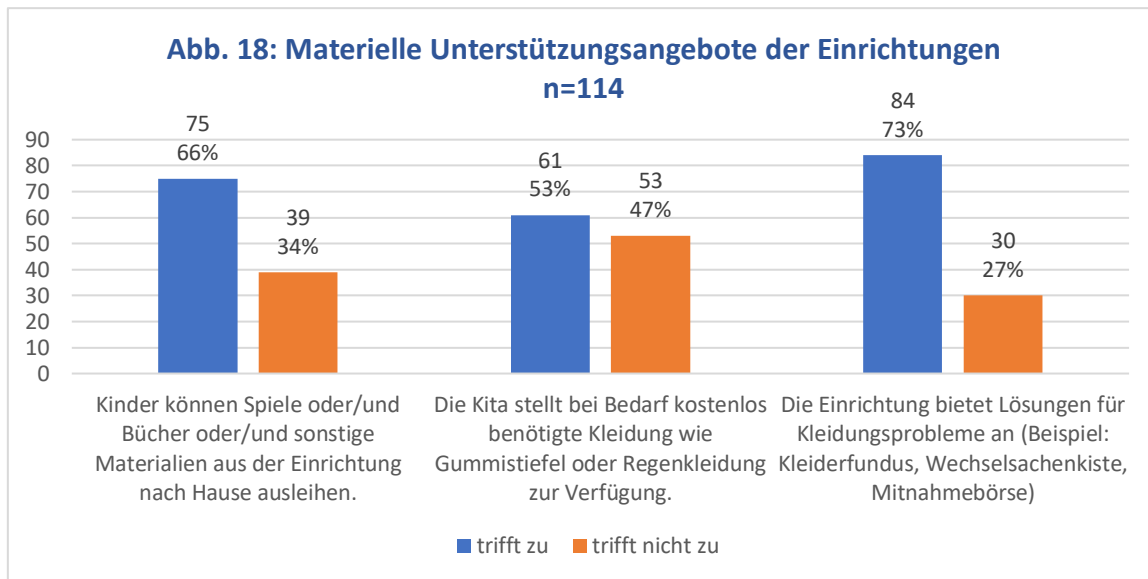
7.3 Maßnahmen zur Berücksichtigung der materiellen Lebenslagen von Familien

Die vorliegende Arbeit geht nun der Frage, ob die evangelischen Kindertageseinrichtungen konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien umsetzen, anhand von zwei Aspekten nach. Im Weiteren wird zunächst anhand der Befragungsergebnisse dargestellt, ob Einrichtungen armutssensible Maßnahmen, die laut aktueller Fachliteratur geeignet sind, Familien in Armutslagen zu unterstützen, bereits in die Praxis implementiert haben. Dies meint Maßnahmen zur konkreten materiellen Unterstützung in Form von benötigter Kleidung oder Bildungsmaterialien ebenso wie Maßnahmen zur Unterstützung im pädagogischen Alltag. Zum zweiten wird aus einem anderen Blickwinkel die fachliche Ebene näher betrachtet, um festzustellen, ob sich pädagogische Fachkräfte auch inhaltlich mit dem Thema Armut auseinandersetzen.

Den Bedarf heranwachsender Kinder an passender Kleidung zu decken, stellt Familien in ökonomischen Risikolagen vor besondere Herausforderungen. Knapp ein Drittel der Familien, die Sozialgeld beziehen, sind nicht in der Lage, sich neue Kleidung zu kaufen, und jedes zehnte Kind dieser Familien besitzt keine passende Winterkleidung. (vgl. Funcke/ Stierle 2015, S.38) Die Betreuung der Kinder in Kindertageseinrichtungen erfordert aber meist noch zusätzliche Kleidung und Materialien, die in den Einrichtungen „lagern“, um bei Bedarf zur Verfügung zu stehen, und diese sind nicht nur zu Beginn bei der Aufnahme in die Kindertageseinrichtung, sondern auch im weiteren Verlauf der Kita-Betreuung von den Familien zu erbringen.

Untersucht wurde deshalb, ob die evangelischen Kindertageseinrichtungen materiell unterstützende Angebote in den Kitas vorhalten. Dabei wurde neben Kleidungslösungen auch nach der Möglichkeit gefragt, Bildungsmaterialien nach Hause auszuleihen. Die Fragestellung bezieht sich dabei auf Maßnahmen für alle Kinder der Einrichtung und wurde nicht auf armutsbetroffene Kinder bezogen.

Die Auswertung (Abb.18) zeigt für die Gesamtstichprobe in Bezug auf die kostenlose Bereitstellung von (Regen-)Kleidung kein eindeutiges Ergebnis: Während 61 (53%) der befragten 114 Einrichtungen benötigte Kleidung wie Gummistiefel oder Regensachen für Kinder bei Bedarf bereitstellen, trifft dies auf 53 (47%) von ihnen nicht zu. Solch ein Unterstützungsangebot ist also durchaus praktikabel und möglich, wird aber längst nicht in allen Einrichtungen umgesetzt.



Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen in der jeweiligen Antwortvariable.

Gefragt wurde auch, ob die Kindertageseinrichtungen Lösungen für Kleidungsprobleme von Kindern anbieten, als Beispiele wurden Kleiderfundus, Wechselsachenkiste oder Mitnahmebörse benannt. Hier bestätigen 84 (73%) der befragten Leitungen, dass ihre Einrichtung so ein Angebot in der Kita vorhält. In Fällen, in denen Eltern keine angemessene Kleidung für ihre Kinder bereitstellen können, werden also für die Kinder in 84 der 114 Einrichtungen Lösungen gefunden.

Bücher, Spiele oder andere Materialien können Kinder in zwei Drittel der befragten Einrichtungen aus der Kita nach Hause ausleihen (75 Nennungen), auf 39 (33%) der befragten 114 Einrichtungen trifft dies nicht zu. Für Eltern, denen die finanziellen Ressourcen fehlen, um diese Materialien für ihre Kinder anzuschaffen, ist dies eine hilfreiche Unterstützung, die Benachteiligung in der Bildung entgegenwirkt und gemeinsame Aktivitäten in der Familie fördert (z.B. Vorlesen).

Im Gesamtüberblick lässt sich sagen, dass das Vorhalten materieller Unterstützungsangebote in evangelischen Einrichtungen nicht selbstverständlicher Standard ist, sondern unterschiedlich gehandhabt wird. Während ein Großteil der Kitas für grundsätzliche Kleidungsprobleme Unterstützungsangebote vorhält und Kindern im Bedarfsfall passende Kleidung anbieten kann, stellt nur etwas mehr als die Hälfte der Einrichtungen bei Bedarf kostenlos Kleidung zur Verfügung, die Kinder im Rahmen des pädagogischen Alltags in der Kita benötigen. Armutsbetroffene Eltern sind aber in besonderem Maße auf solche Unterstützungsangebote angewiesen, um ihre materielle

Mangellage ein Stück weit zu kompensieren. Wenn in den Einrichtungen bei der Aufnahme Listen mit zu erbringender Kleidung und Material ausgegeben werden (wie in 110 der befragten Einrichtungen der Fall, siehe Abb.17), ohne dass Eltern in ökonomischen Risikolagen für ihr Kind auf materielle Ressourcen in der Kita zurückgreifen können, dann ist von einer besonderen finanziellen Belastung auszugehen, die betroffene Eltern vor große Herausforderungen stellt.

Das Verleihen von Bildungsmaterialien wie Bücher oder Spiele für zuhause dagegen ermöglichen viele Einrichtungen und unterstützen damit vor allem Kinder, deren Eltern die finanziellen Mittel für die Anschaffung von lernfördernden Materialien fehlen.

Während die eben beschriebene Fragestellung das konkrete materielle Unterstützungsangebot in den Blick genommen hat, wird nun weiterführend auch auf armutsensible Grundsätze zur Berücksichtigung der finanziellen Lage von Familien geschaut. Dazu wurden die befragten Kita-Leitungen gebeten zu bewerten, inwieweit Aussagen zum Umgang mit Kosten auf ihre Kita zutreffen.

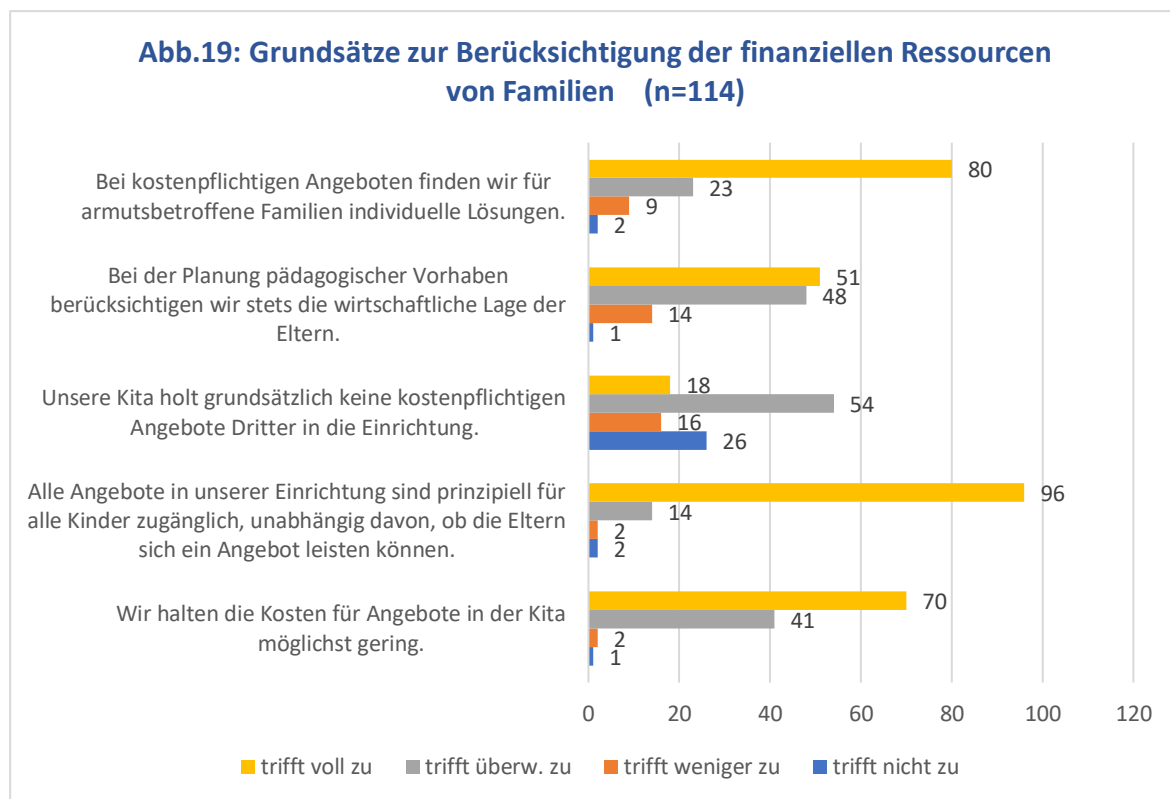
Grundsätze zur Berücksichtigung der finanziellen Ressourcen von Familien

Das Ergebnis (Abb.19) zeigt im Überblick, dass sich Leitungen und Fachkräfte ihrer Aufgabe, die Bedarfe und Lebenslagen aller Familien zu berücksichtigen, bewusst sind und ihr Handeln danach ausrichten.

111 von 114 Leitungen geben an, dass die Aussage „Wir halten die Kosten für Angebote in der Kita möglichst gering“ auf ihre Kita voll bzw. überwiegend zutrifft. Gleichzeitig geben 99 Leitungen an, die wirtschaftliche Lage der Eltern stets bei der Planung pädagogischer Vorhaben zu berücksichtigen (51 Nennungen bei „trifft voll zu“, 48 bei „trifft überwiegend zu“). Die materiellen Lebenslagen der Familien spielen also in nahezu allen evangelischen Kindertageseinrichtungen eine wichtige Rolle in der pädagogischen Planung, und es ist bei diesem Ergebnis davon auszugehen, dass Fachkräfte grundsätzlich Überlegungen zur Zumutbarkeit von Kosten in ihre pädagogische Planung einbeziehen.

Dabei sind Kosten für pädagogische Angebote auch im Kontext geringer Haushaltsmittel von Einrichtungen nicht immer vermeidbar, vor allem wenn möglicherweise auch Eltern Ansprüche stellen und z.B. Angebote zusätzlicher „Förderung“ oder regelmäßige Ausflüge einfordern. Kooperationen mit Anbietern frühkindlicher Sprachkurse oder musikalischer Früherziehung können Kindertageseinrichtungen für Zielgruppen in

gut situierten Kommunen auch attraktiv machen. Die Befragungsergebnisse (Abb.19) zeigen, dass auch von den 114 befragten evangelischen Einrichtungen 42 Kitas kostenpflichtige Angebote Dritter in der Kita nicht grundsätzlich ablehnen.



Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen.

Dies bedeutet jedoch nicht folglich die Benachteiligung armutsbetroffener Kinder und Eltern, denn von 114 Leitungen geben 103 Leitungen an, dass sie bei kostenpflichtigen Angeboten für armutsbetroffene Familien individuelle Lösungen finden (davon 80 Nennungen bei „trifft voll zu“ und 23 Nennungen bei „trifft überwiegend zu“ (Abb.19). Ein noch größerer Teil, nämlich 110 Leitungen insgesamt, geben an, dass prinzipiell alle Angebote für alle Kinder zugänglich sind, unabhängig davon, ob die Eltern sich ein Angebot leisten können.

Die Ergebnisse sind besonders eindeutig. Die Teilhabe aller Kinder ebenso wie die grundsätzliche Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien scheinen den befragten evangelischen Kindertageseinrichtungen ein grundlegendes Anliegen zu sein. Besonders die hohe Zustimmungsrates zur prinzipiellen Zugänglichkeit aller Angebote für alle Kinder bescheinigt den befragten Einrichtungen ein inklusiv

ausgerichtetes Denken und eine an den Bedarfen aller Kinder ausgerichtete Angebotsgestaltung. Zudem lässt sich aus den Ergebnissen ableiten, dass nahezu alle Einrichtungen problemlösungsorientiert und sensibel auf die individuellen Bedarfe armutsbetroffener Familien und Kinder eingehen.

Voraussetzung für so ein armutssensibles Handeln ist, dass pädagogische Fachkräfte sich mit dem Thema Armut auseinandersetzen, die Lebenslagen der Kinder, die sie betreuen, kennen und regelmäßig ihre eigene Haltung und ihr Verständnis von Armut und Inklusion reflektieren. Im Rahmen der Onlinebefragung wurden daher die Leitungen auch zur fachlichen Auseinandersetzung mit der Armutsthematik befragt.

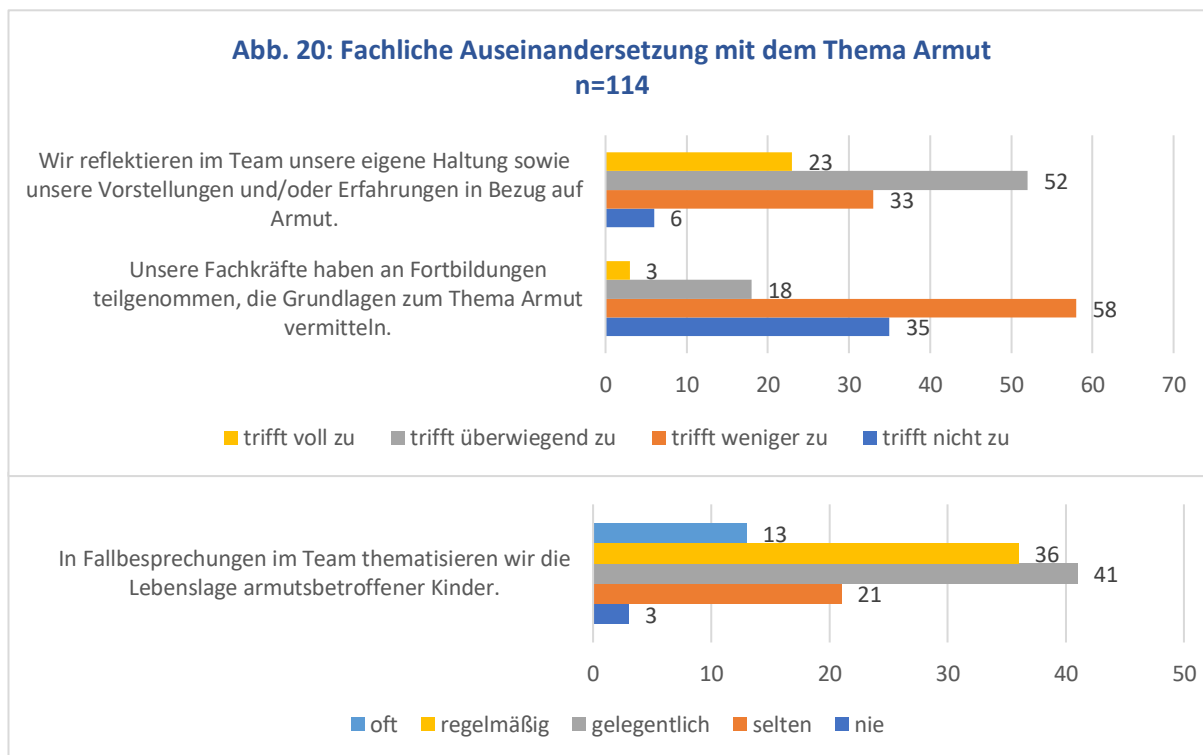
Reflexion der eigenen Haltung und Aneignung von Wissen

Offenheit gegenüber anderen Kulturen und Lebensweisen und ein reflektierter Umgang mit Vorurteilen und eigenen Erfahrungen im Zusammenhang mit Armut gehören zu den notwendigen Kompetenzen von Fachkräften gehören, um armutssensibel handeln zu können (vgl. Hock et.al. 2014, S.64). Die Leitungen wurden befragt, ob die Fachkräfte ihre Haltung, ihre Vorstellungen und ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit Armut reflektieren. Auf 75 von 114 Einrichtungen trifft dies nach Angaben der Leitungen voll oder überwiegend zu (Abb.20). Dies sind zwei Drittel der Gesamtstichprobe. In diesen Teams gelingt demnach die fachliche Auseinandersetzung mit Armut und Armutserfahrungen auf der Reflexionsebene; dies zeigt auch, dass Armut von Familien in den Einrichtungen als Thema präsent ist und Fachkräfte sich damit professionell auseinandersetzen.

In einem Drittel der Einrichtungen (39 Nennungen) reflektieren Fachkräfte demnach ihre Haltung und Vorstellungen in Bezug auf Armut weniger oder gar nicht. Es scheint, dass in diesen Einrichtungen die Bedeutung der fachlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung im Zusammenhang mit Armut eher marginal ist.

Zudem wurden die Leitungen gefragt, wie häufig Fachkräfte in Fallbesprechungen die Lebenslagen armutsbetroffener Kinder thematisieren. Hier geben insgesamt 49 der befragten Leitungen an, dass solche Fallbesprechungen oft (13 Nennungen) oder regelmäßig (36 Nennungen) stattfinden.

In 41 Einrichtungen finden den Ergebnissen nach gelegentlich Fallbesprechungen statt, in denen die Lebenslagen armutsbetroffener Kinder thematisiert werden. In 24 Einrichtungen finden selten oder nie Fallbesprechungen zu diesem Thema statt. (Abb.20)



Quelle: eigene Darstellung. Anzahl der Nennungen in den jeweiligen Antwortvariablen.

Interessant wäre an dieser Stelle zu untersuchen, ob die Häufigkeit der Fallbesprechungen in den Einrichtungen in Zusammenhang steht mit dem Anteil armutsbetroffener Kinder, denn die Vermutung liegt nahe, dass häufiger Fallbesprechungen zur Lebenslage armutsbetroffener Kinder stattfinden, je höher der Anteil armutsbetroffener Kinder ist. In der vorliegenden Untersuchung reicht die entsprechende Datenlage für die Darstellung eines Zusammenhangs nicht aus, da verlässliche Angaben zur Armutsquote in den Einrichtungen fehlen.

Deutlich wird aber, dass das Thema Armut in den Kindertageseinrichtungen präsent ist und die Fachkräfte sich damit auf verschiedenen Ebenen auch im Team auseinandersetzen. Die hohe Anzahl der Einrichtungen, die oft, regelmäßig oder zumindest gelegentlich (90 Nennungen insgesamt) in Fallbesprechungen die Lebenslagen armutsbetroffener Kinder thematisieren, lässt vermuten, dass in der Mehrheit der evangelischen Einrichtungen Kinder in Armutslagen betreut werden und dass die besonderen

Bedarfe dieser Kinder und ihrer Familien in der pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen Berücksichtigung finden.

Um den fachlichen Herausforderungen, die damit verbunden sind, adäquat begegnen zu können, benötigen Fachkräfte Grundlagenwissen zu Ursachen und Folgen von Armut sowie Wissen zur Zusammenarbeit mit betroffenen Familien (vgl. Hock et.al. 2014, S.43). Dieses Basiswissen ist die Voraussetzung dafür, im Team ein gemeinsames Verständnis von Armut und eine armutssensible Haltung entwickeln zu können.

Auf die Frage, ob Fachkräfte an Fortbildungen teilgenommen haben, die Grundlagen zum Thema Armut vermitteln, geben nur 3 Leitungen an, dass dies auf ihre Einrichtung voll zutrifft und 18 Leitungen geben an, dass dies überwiegend zutrifft. Auf 93 Einrichtungen trifft dies weniger (58) oder nicht (35) zu. Somit ist davon auszugehen, dass in nur 21 der 114 evangelischen Einrichtungen, die befragt wurden, grundlegendes Fachwissen zu Ursachen und Folgen von Armut im Team vorhanden ist (siehe Abb.20).

Für die 93 Einrichtungen, in denen Fachkräfte nicht auf Grundlagenwissen zu Armut zurückgreifen können, muss davon ausgegangen werden, dass benötigte Kompetenzen zur Berücksichtigung der Bedarfslagen von Familien und vor allem Wissen zu präventiven Maßnahmen zur Verminderung von Armutsfolgen bei betroffenen Kindern noch fehlen. Gravierend ist dies vor allem im Vergleich mit den Nennungen zu Fallbesprechungen: 90 Einrichtungen thematisieren mindestens gelegentlich in Fallbesprechungen die Lebenslagen armutsbetroffener Kinder, gleichzeitig haben aber in 93 Einrichtungen die Fachkräfte kein oder wenig Grundlagenwissen zu Ursachen und Folgen von Armut.

Fazit: Setzen die Kindertageseinrichtungen konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien um?

Grundsätzlich kann hier festgestellt werden, dass die Grundhaltung der Fachkräfte in meisten Einrichtungen darauf ausgerichtet ist, die finanziellen und materiellen Ressourcen von Familien in der Angebotsgestaltung zu berücksichtigen. Bis auf 3 geben alle Einrichtungen an, die Kosten für Angebote in der Kita möglichst gering zu halten (vgl. Abb. 19). Bei der Planung pädagogischer Vorhaben wird in den meisten Einrichtungen die wirtschaftliche Lage der Eltern berücksichtigt und kein Kind aufgrund einer materiellen Mangellage seiner Eltern in der Teilhabe an pädagogischen Angeboten

benachteiligt. Stattdessen bemühen sich die Fachkräfte um individuelle Lösungen für armutsbetroffene Familien.

Aktive Unterstützungsangebote sind in den Einrichtungen nicht übergreifend implementiert. So bieten z.B. nur etwas mehr als die Hälfte der Einrichtungen den Familien aktiv materielle Ressourcen wie benötigte Kleidung für den Kitabesuch an, gleichzeitig fordern aber im Aufnahmeverfahren fast einheitlich alle Einrichtungen Materialien von den Eltern ein. Wenn es darum geht, Familien oder Kinder in konkreten Problemlagen z.B. in Bezug auf Kleidung zu unterstützen oder auch die Ausleihe von Büchern und Spielen zu ermöglichen, sind dann aber in vielen Einrichtungen materielle Unterstützungsangebote vorhanden.

Mehrheitlich setzen sich die pädagogischen Fachkräfte auch fachlich mit den Lebenslagen armutsbetroffener Kinder auseinander. Das ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, die Bedarfe der Familien auch in materieller Hinsicht zu erkennen und zu berücksichtigen. Auf Grundlagenwissen zu Ursachen und Folgen von Armut und den betroffenen Risikogruppen können die Fachkräfte in den Einrichtungen dabei jedoch nicht zurückgreifen.

Zusammenfassend entsteht der Eindruck, dass die Einrichtungen grundsätzlich die materiellen Lebenslagen aller Familien berücksichtigen. Eine entsprechend inklusiv ausgerichtete Grundhaltung in der Ausrichtung der Angebote ist deutlich erkennbar. Dabei steht nicht der Verzicht auf kostenpflichtige Angebote und unterstützende Maßnahmen für Familien im Vordergrund, sondern die Fachkräfte finden im Bedarfsfall jeweils individuelle Lösungen. Wenn es dabei gelingt, Bedarfe verlässlich zu erkennen und gleichzeitig Stigmatisierungen zu vermeiden, ist dieser Ansatz praktikabel und nimmt in Einrichtungen, die eher einen geringen Anteil armutsbetroffener Kinder betreuen, gleichberechtigt die Bedarfe aller Familien in den Blick.

Armutssensibles Handeln zeichnet sich jedoch noch mehr dadurch aus, dass nicht nur individuelle Lösungen im Bedarfsfall gefunden werden, sondern dass zielorientierte Maßnahmen zur Teilhabe armutsbetroffener Kinder ebenso wie aktive Unterstützungsangebote für betroffene Eltern zu den Grundlagen der pädagogischen Arbeit gehören, um gezielt Familien zu entlasten und Armutsfolgen zu vermindern. Der Frage, ob in den evangelischen Einrichtungen dazu handlungsleitende Grundsätze formuliert sind,

geht das folgende Kapitel nach und zeigt dazu auf, welche Grundsätze zu armutssensiblen Handeln in den Konzeptionen der Einrichtungen beschrieben sind.

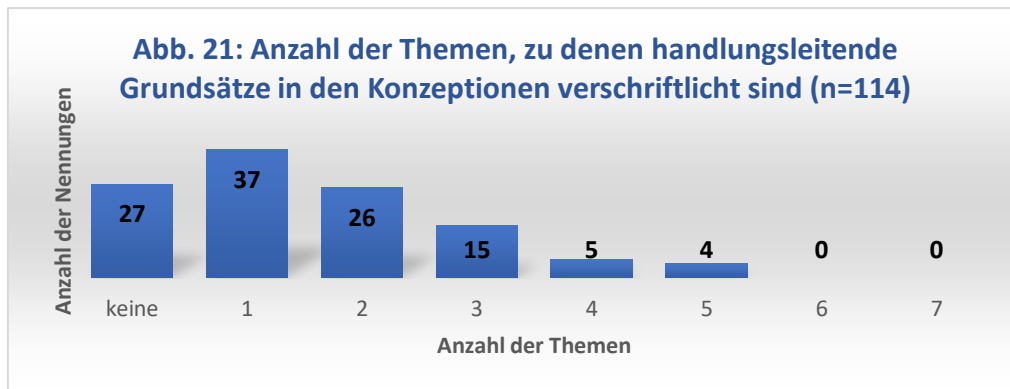
7.4 Grundsätze zu armutssensiblen Handeln in der Konzeption

Nach den ausführlichen Betrachtungen der Rahmenbedingungen und konkreten Maßnahmen von Kindertageseinrichtung zur Berücksichtigung der besonderen Bedarfe von Familien in materiellen Mangellagen soll im letzten Abschnitt der Auswertung nun abschließend beantwortet werden, ob und welche inhaltlichen Grundsätze evangelische Kindertageseinrichtungen in Schleswig- Holstein konkret in ihren Konzeptionen verankert haben.

Für die Zusammenarbeit mit Familien in Armutslagen ist ein gemeinsames Verständnis zu inklusivem und armutssensiblen Handeln aller pädagogischen Fachkräfte unerlässlich. Wenn sich dieses gemeinsame Verständnis in der Konzeption der Einrichtung wiederfindet, kann es als handlungsleitend gelten und stellt eine Verbindlichkeit für das pädagogische Handeln dar, welches die Teilhabe armutsbetroffener Kinder und die bedarfsorientierte Berücksichtigung der Lebenslagen betroffener Familien auch jenseits der Bemühungen um individuelle Problemlösungen sicherstellt.

Gefragt wurde dabei nicht, welche Grundsätze konkret in der Konzeption beschrieben sind, sondern ob generell handlungsleitende Grundsätze zu bestimmten Themenfeldern in den Konzeptionen verschriftlicht sind. Die Themenfelder wurden dabei abgeleitet aus theoretischen Definitionen zu institutioneller Armutssensibilität (siehe 5.2) und umfassen neben Grundsätzen zu einem gemeinsamen Verständnis von Armut auch solche zur Zusammenarbeit mit armutsbetroffenen Familien, zur Teilhabe und Inklusion armutsbetroffener Kinder und zum Umgang mit Zusatzkosten.

Der erste Überblick über die Ergebnisse (Abb. 21) zeigt, dass 27 Einrichtungen angeben, keine der angegebenen Grundsätze zu armutssensiblen Handeln in ihrer Konzeption verschriftlicht zu haben. 64 Einrichtungen haben zu ein oder zwei Themen handlungsleitende Grundsätze beschrieben. Die Anzahl der Nennungen sinkt deutlich mit der Zahl der beschriebenen Themen, und keine der Einrichtungen hat zu 6 oder allen 7 Themen handlungsleitende Grundsätze beschrieben.

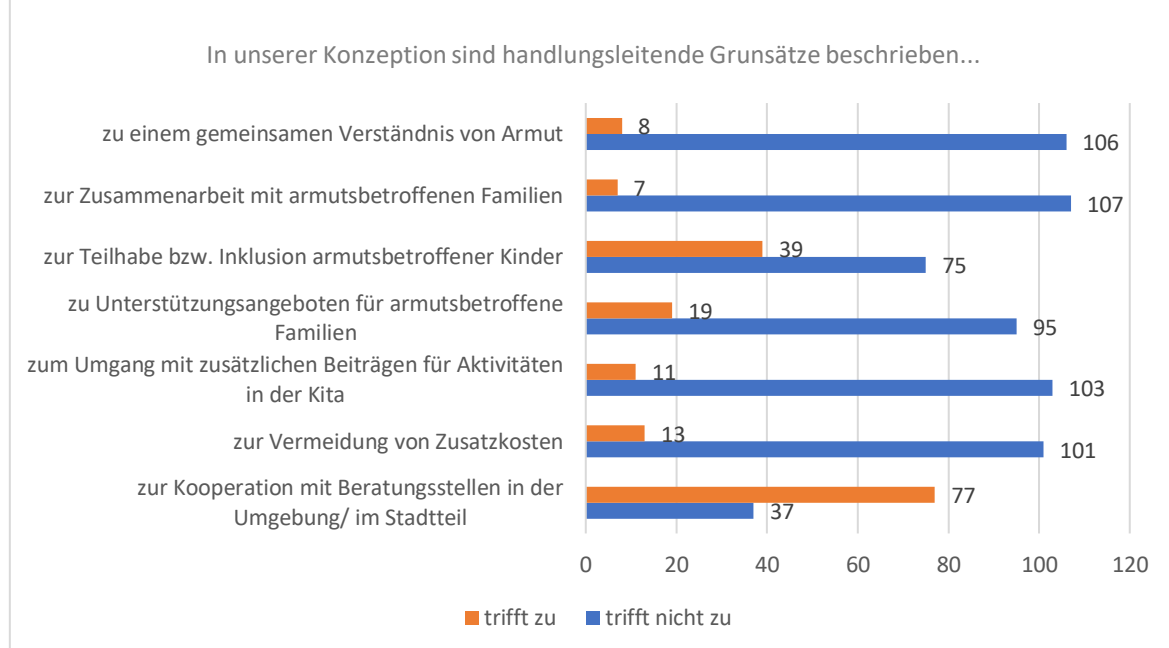


Quelle: eigene Darstellung

Betrachtet man die Befragungsergebnisse zu den einzelnen Themenbereichen (Abb. 22), wird auf den ersten Blick deutlich, dass die evangelischen Einrichtungen in Schleswig-Holstein Grundsätze zu armutssensiblen Handeln überwiegend noch nicht in ihren Konzeptionen berücksichtigen. Jeweils 106 bzw. 107 Einrichtungen geben an, Grundsätze zu einem gemeinsamen Verständnis von Armut und auch zur Zusammenarbeit mit armutsbetroffenen Familien nicht in den Konzeptionen beschrieben zu haben. Das ist nachvollziehbar, wenn man berücksichtigt, dass nur wenige Fachkräfte über Fortbildungen Grundlagenwissen zum Thema Armut erworben haben, welches aber für eine fachliche Auseinandersetzung mit dem eigenen Verständnis von Armut vorausgesetzt werden muss. Ebenso wäre Fachwissen zur Armutsproblematik Voraussetzung, um gemeinsam konzeptionelle Grundsätze zur Zusammenarbeit mit armutsbetroffenen Familien zu entwickeln.

Zum Umgang mit zusätzlichen Beiträgen und zur Vermeidung von Zusatzkosten haben jeweils 103 bzw. 101 Einrichtungen keine Grundsätze in ihren Konzeptionen verschriftlicht (Abb. 22). Dieser Umstand scheint sich in der gesamten Untersuchung widerzuspiegeln, wenn man bedenkt, dass die Einrichtungen zwar mehrheitlich angeben, dass sie die materiellen Ressourcen von Eltern berücksichtigen und Kosten für Angebote in der Kita möglichst gering halten, gleichzeitig aber häufig Zusatzkosten für verschiedene Bereiche erheben. Wäre der Umgang mit Zusatzkosten und Beiträgen für Aktivitäten konzeptionell erarbeitet und verschriftlicht, dann wären die Fachkräfte in den Einrichtungen zur Realisierung der getroffenen Vereinbarungen verpflichtet und auch Eltern in ökonomischen Risikolagen hätten eine sichere und transparente Grundlage dazu, wie die Einrichtungen mit der Erhebung von Zusatzkosten umgehen.

Abb. 22: Handlungsleitende Grundsätze zu armutssensiblen Handeln in der Konzeption (n=114)



Auch zu Unterstützungsangeboten für armutsbetroffene Familien haben 95 der 114 Einrichtungen keine konzeptionellen Grundsätze verschriftlicht. Damit gibt es für die Fachkräfte keine handlungsleitenden Grundlage zur Unterstützung von Eltern im Kontext ihrer belasteten Lebenssituationen und für betroffene Eltern ebenso wie für kooperierende Stellen im Sozialraum ermöglicht die Konzeption keine Transparenz dazu, welche Unterstützungsangebote die Einrichtung verbindlich verankert hat.

Zur Teilhabe bzw. Inklusion armutsbetroffener Kinder haben 39 von 114 Einrichtungen Grundsätze in ihrer Konzeption formuliert (Abb.22), somit sind dazu in über einem Drittel der Einrichtungen handlungsleitende Grundlagen erarbeitet und verschriftlicht worden. Die Inklusion armutsbetroffener Kinder in Kindertageseinrichtungen ist eine grundlegende Maßnahme zur Vermeidung oder Reduzierung von Armutsfolgen; sie kann Benachteiligungen ausgleichen und ermöglicht armutsbetroffenen Kindern gleichwertige Entwicklungschance. Wenn immerhin 75 der befragten Einrichtungen sich nicht auf gemeinsame konzeptionelle Grundlagen zur Teilhabe armutsbetroffener Kinder in ihrer Arbeit berufen können, stellt sich die Frage, wie in Bezug darauf die pädagogische Qualität und die notwendigen Rahmenbedingungen sichergestellt werden können.

Allein zur Kooperation mit Beratungsstellen im Stadtteil bzw. in der Umgebung gibt mit 77 Nennungen der überwiegende Teil der Leitungen an, dass handlungsleitende Grundsätze in den Konzeptionen beschrieben sind. Dabei wurde nicht konkret nach Beratungsstellen zur Unterstützung armutsbetroffener Familien gefragt, dennoch sind Kooperationen mit unterstützenden Systemen in diesen Einrichtungen konzeptionell beschrieben und somit institutionell verankert- dies ist eine wichtige Ressource in der Unterstützung von Familien mit speziellen Beratungsbedarfen.

Fazit: Sind Grundsätze zur Armutssensibilität in den Konzeptionen der Einrichtungen beschrieben?

Alle im Verlauf der Auswertung beschriebenen Maßnahmen, die die evangelischen Kindertageseinrichtungen zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen und zur Unterstützung von armutsbetroffenen Familien und Kindern umsetzen, beruhen scheinbar auf kulturell verankerten Handlungsgrundsätzen in den Institutionen, haben aber nur selten eine schriftliche konzeptionelle Grundlage.

Einerseits könnte dies daran liegen, dass Fachkräfte ihre Konzeption nicht als handlungsleitendes Dokument und Arbeitsgrundlage erkennen, welches die Gestaltung der pädagogischen Arbeit in schriftlicher Form darstellt und somit für die eigene Arbeit nicht die Notwendigkeit sehen, gemeinsame Handlungsgrundlagen dort zu verschriftlichen, solange es nicht explizit erforderlich ist. Eine andere Vermutung wäre, dass armutssensibles Handeln von Fachkräften als ein „Sonderthema“ wahrgenommen wird, das individuelles und fallbezogenes Handeln erfordert und auf das das grundsätzliche pädagogische Handeln nicht ausgerichtet ist.

Folge der nicht oder nur marginal beschriebenen Handlungsgrundsätze zu armutssensiblen Handeln in den Einrichtungen ist, dass diese als inhaltliche Grundlage ihrer Arbeit für die meisten Fachkräfte in den Einrichtungen nicht verbindlich handlungsleitend sind. Zum anderen ist für Familien in materiellen Mangellagen nicht transparent, wie die Einrichtungen konzeptionell auf ihre besonderen Bedarfe und die ihrer Kinder ausgerichtet sind und eingehen, dabei könnten transparente Aussagen dazu Unsicherheiten und Barrieren bei diesen Familien abbauen und zu einer gelingenden Erziehungspartnerschaft im Sinne der Kinder führen, die in belasteten Lebenslagen aufwachsen.

Anschließend an die Erkenntnisse, dass handlungsleitende Grundsätze zu armutssensiblen Handeln zum größten Teil noch nicht in den Konzeptionen beschrieben sind, versucht nun das letzte Kapitel, die grundlegenden Erkenntnisse der Untersuchung zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien in Armutslagen zusammenzufassen, um daraus Schlussfolgerungen für die Praxis abzuleiten.

8. Zusammenfassung und Empfehlungen für die Praxis

Die Rahmenbedingungen zur konkreten Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien in Armutslagen wurden am Beispiel von 114 evangelischen Kindertagesstätten empirisch untersucht. Zum Schluss werden nun einige Ergebnisse zusammengeführt und anschließend daraus Empfehlungen für die Praxis abgeleitet.

Für die Übersichtlichkeit werden hier zunächst noch einmal die zentralen Fragestellungen benannt, die der Ausgangspunkt der empirischen Arbeit waren.

- Werden Eltern in Armutslagen in den Aufnahmeverfahren gleichberechtigt berücksichtigt und bedarfsgerecht beraten?
- Erheben die Kindertageseinrichtungen Zusatzkosten, die Familien und Kinder in Armutslagen benachteiligen bzw. finanziell zusätzlich belasten?
- Setzen die Kindertageseinrichtungen konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien um?
- Sind Grundsätze zur Armutssensibilität in den Konzeptionen der Einrichtungen beschrieben?

Die Arbeit legt dabei theoretische Erkenntnisse zugrunde, die sich in den konzeptionellen Überlegungen vorab wiederfinden. Wichtig war hier vor allem, dass Armut als gesellschaftliches Problem insgesamt betrachtet wird und Eltern in Armutslagen als handlungsfähige Individuen betrachtet werden, die grundsätzlich das Beste für ihr Kind wollen und verantwortliche Entscheidungen treffen. Zum anderen geht die Arbeit davon aus, dass Armut nicht grundsätzlich gleichzusetzen ist mit Erwerbslosigkeit und dass finanzielle Risikolagen nicht immer sofort über äußere Indikatoren erkennbar sind. Das gilt vor allem, da armutsbetroffene Kinder nicht generell in allen Lebenslagen benachteiligt oder depriviert sind, sondern auch im Wohlergehen aufwachsen können, obgleich ihre Familien in materiellen Risikolagen leben. (vgl. Holz et.al. 2012, S.13)

Der Fokus dieser Arbeit lag dabei aber nicht auf der kindbezogenen Armutsprävention sondern untersuchte, auf welche Rahmenbedingungen armutsbetroffene Eltern treffen, deren Kinder in evangelischen Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein betreut werden -und zwar im Hinblick auf die Berücksichtigung ihrer materiellen Ressourcen und die barrierefreie Zugänglichkeit zum Betreuungsangebot.

Für die Aufnahmeverfahren in den befragten Kindertageseinrichtungen konnte festgestellt werden, dass Familien in prekären Lebenslagen bei der Platzvergabe gleichberechtigt berücksichtigt werden, dies ist gesichert durch entsprechende Vergabekriterien und Verfahren. Allein die Bedarfe bezüglich einer wohnortnahen Betreuung von Familien, denen materielle Ressourcen fehlen, um lange Wege zu bewältigen, sind noch nicht ausreichend in den Aufnahmekriterien berücksichtigt.

Für eine bedarfsgerechte Beratung im Aufnahmeverfahren stehen in den Einrichtungen Ressourcen zur Verfügung: Leitungen und Fachkräfte verfügen über das notwendige Wissen zu unterstützenden Leistungen und können Eltern in finanziellen Risikolagen zu Antragsverfahren zur Gebührenbezuschussung bzw. -übernahme und zur Beantragung familienfördernder Leistungen beraten. Zudem ist die Kooperation mit Beratungsstellen in den Einrichtungen überwiegend konzeptionell verankert.

Um die Bedarfe von Familien in Armutslagen zu berücksichtigen und das pädagogische Handeln danach auszurichten, ist es grundlegend und unerlässlich, sowohl die Bedarfe im Sozialraum der Einrichtung zu kennen als auch die individuellen Bedürfnisse der Familien in der Einrichtung wahrzunehmen. An diesem Punkt laufen viele Fäden der vorliegenden Untersuchung zusammen, denn die Ergebnisse der Befragung zeigen:

- Leitungen verfügen zumeist nicht über Wissen zu den Sozialdaten bzw. der Armutsquote im Stadtteil.
- Kaum eine Einrichtung kann auf Erkenntnisse aus einer Sozialraumanalyse zurückgreifen.
- Zum Anteil armutsbetroffener Kinder in der Einrichtung liegen selten gesicherte Daten vor.
- Die finanzielle Lage von Familien ist meist nicht Teil des Aufnahmegesprächs.
- Fachkräfte verfügen zumeist nicht über fachliches Grundlagenwissen zu Ursachen und Folgen von Armut.

Für die Ausrichtung der Rahmenbedingungen der Einrichtungen und der Angebotsstruktur auf die Bedarfe der Familien im Sozialraum sind Kenntnisse zu diesen Daten grundlegend. Wenn Bedarfe dabei verstanden werden als konkretisierte, objektivierte Bedürfnisse, die durch die fachliche Einschätzung von Fachkräften formuliert werden (vgl. Hock et.al. 2014, S.35), dann wird anhand der Ergebnisse deutlich, dass die Wissensbasis zur Einschätzung der Bedarfe der Familien bei den Fachkräften nicht ausreichend vorhanden ist.

Dennoch geht die Angebotsgestaltung der evangelischen Kindertageseinrichtungen nicht an den theoretisch zugrunde gelegten Bedarfen von Familien in Armutslagen vorbei. Die Befragung zeigt, dass das Thema Armut in den Einrichtungen präsent ist und die Fachkräfte die finanziellen und materiellen Ressourcen von Familien in der Angebotsgestaltung berücksichtigen. Sie geben an, grundsätzlich Kosten möglichst gering zu halten und stellen die Teilhabe armutsbetroffener Kinder an allen Angeboten in der Einrichtung sicher, unabhängig von der finanziellen Lage der Eltern. Wenn für kostenpflichtige Zusatzangebote Gebühren anfallen, gibt es zumeist die Möglichkeit der Gebührenermäßigung im Bedarfsfall. Aktive Unterstützungsangebote, die konkret auf die Zielgruppe armutsbetroffener Eltern ausgerichtet sind, sind weniger erkennbar, dafür bieten die Einrichtungen aber für konkrete Probleme jeweils individuelle Lösungen an.

Für Einrichtungen, in denen die Zusammenarbeit mit Familien in materiellen Mangelagen eine Ausnahme darstellt, ist das ein nachvollziehbares Vorgehen. Kitas, die ihre Armutsquote bei einem Drittel und darüber einschätzen, sollten aber ihre Angebote generell auf die materiellen Mangellagen der Familien ausrichten und z.B. kostenpflichtigen Zusatzangebote in den Kitas vermeiden.

In der Ausgestaltung des Umgangs mit Zusatzkosten zeigt sich eine breite Diversität in den Einrichtungen in Schleswig-Holstein- es gibt scheinbar keine Regelungen, wofür oder wieviel zusätzliche Kosten monatlich von Eltern erhoben werden. Feststellbar ist jedoch, dass evangelische Kindertageseinrichtungen Zusatzkosten für verschiedene Leistungen und in unterschiedlicher Höhe erheben. Der Umgang mit den Zusatzkosten und Beiträgen für Aktivitäten ist zudem in fast keiner Einrichtung konzeptionell festgelegt und beschrieben. Weiter zu untersuchen wäre, ob die monetären Ressourcen der Träger und Einrichtungen nicht so gestaltet werden können, dass auf Zusatzkosten

gänzlich verzichtet werden kann, ohne das pädagogische Angebot einzuschränken, denn es ist davon auszugehen, dass besonders Eltern in Armutslagen durch einkommensunabhängige Zusatzkosten finanziell zusätzlich belastet werden, vor allem wenn diese nicht transparent und planbar sind.

Offen bleibt die Frage, ob bei den Fachkräften ein Verständnis dafür vorhanden ist, vor welche Herausforderungen Eltern in materiellen Mangellagen gestellt werden, wenn regelmäßig Zusatzkosten gefordert werden oder auch wenn materielle Forderungen in Form einer „Mitbringliste“ an sie gestellt werden, wie es in fast allen Einrichtungen der Fall ist. Eine Hypothese dazu wäre: Je weniger armutsbetroffene Kinder in der Einrichtung betreut werden, desto weniger gelingt es Fachkräften, die Bedarfe der Familien sensibel zu berücksichtigen, die nur über geringe materielle Ressourcen verfügen. Erschwerend kommt dabei hinzu, dass in den meisten Konzeptionen kein gemeinsames Verständnis von Armut formuliert ist. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass familiäre Armut undifferenziert gleichgesetzt wird mit Erwerbslosigkeit oder dem Bezug von Sozialgeld, und so Bedarfe von Familien und Kindern, die sich trotz Erwerbstätigkeit in prekären Lebenslagen befinden, weniger wahrgenommen werden. An einigen Stellen der vorliegenden Arbeit hätte die Herstellung eines Zusammenhangs der Ergebnisse mit dem Anteil der armutsbetroffenen Kinder in der Einrichtung weitere Erkenntnisse gebracht. Aufgrund einer nicht ausreichenden Datenlage zum Anteil armutsbetroffener Kinder in den Kitas bleibt es hier jedoch bei einer Vermutung, die anschließend näher untersucht werden müsste.

Die Ergebnisse dazu, welche Grundsätze zu armutssensiblen Handeln in den Konzeptionen der Einrichtungen verschriftlicht sind, zeigen, dass die armutssensiblen Maßnahmen und positiven Handlungsansätze, die dargestellt werden konnten (siehe 7.3), nicht verbindlich festgelegt sind und eine gemeinsame Haltung dazu nicht formuliert ist, was im Sinne der Qualitätssicherung und -entwicklung der Kindertageseinrichtungen aber unbedingt erforderlich wäre. Dies lässt vermuten, dass der notwendige Handlungsbedarf und die Brisanz des Armutsthemas im gesamtgesellschaftlichen Kontext von den meisten befragten Einrichtungen noch nicht erkannt sind. Dabei gehört der Umgang mit Problemlagen durchaus zum konkreten Handlungsfeld der Fachkräfte, das zeigt die hohe Anzahl der Einrichtungen, die regelmäßig oder oft die Lebenslagen armutsbetroffener Kinder in Fallbesprechungen thematisieren.

Das konkrete Handeln der Fachkräfte in der Zusammenarbeit mit Familien in Armutslagen scheint darauf ausgerichtet zu sein, orientiert an den individuellen Problemlagen jeweils unterstützende Lösungen zu finden, sei es in Form individueller Lösungen zur Teilhabe von Kindern, wenn Eltern Zusatzgebühren nicht zahlen können oder auch in Form von Kleidungs Lösungen im Bedarfsfall. Eine grundsätzliche Ausrichtung auf die Bedürfnisse von Familien, die über wenig materielle Ressourcen verfügen, z.B. durch den Verzicht auf Zusatzkosten oder kostenpflichtige Zusatzangebote oder das aktive Angebot materieller Ressourcen wie benötigte Kleidung ist in der Angebotsstruktur oft nicht verankert. Eltern in materiellen Mangellagen sind also darauf angewiesen, dass die Fachkräfte ihnen offen und wertschätzend begegnen, ihre Bedarfe sensibel einschätzen und berücksichtigen und unterstützende Problemlösungen anbieten, die Kinder nicht stigmatisieren. An die pädagogischen Fachkräfte wird damit eine hohe fachliche Anforderung gestellt, der sie gegenüberstehen ohne konzeptionelle Grundlage und ohne spezielle Kompetenzen und Wissen zu armutssensiblen Handeln.

Aus den zusammengefassten Erkenntnissen der Forschungsergebnisse lassen sich Empfehlungen für die Praxis in den evangelischen Einrichtungen ableiten, die vier Handlungsfelder betreffen.

1. Wissen aneignen und Kompetenzen erweitern

- Leitungen und Fachkräfte benötigen konkretes Wissen zur Sozialstruktur im Umfeld und zu den konkreten Lebenslagen der Familien in den Einrichtungen. Sie sollten sich über die Sozialdaten in der Stadt/ der Kommune informieren und selbst eine Sozialraumanalyse durchführen, um daraus Erkenntnisse für die Angebotsstruktur in der Einrichtung abzuleiten.
- Die finanzielle Lage von Familien sollte schon im Anmeldegespräch enttabuisiert und offen angesprochen werden, um individuell auf deren Bedarfe eingehen zu können -dies ermöglicht auch in Fällen verdeckter Armut sensible Zugänge zu betroffenen Eltern. Die Thematisierung der unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten von Familien im Team und auch im Elternbeirat lässt die Reflexion der Rücksichtnahme darauf im pädagogischen Handeln zu.
- Die Teilnahme an Fortbildungen zum Erwerb von Grundlagenwissen und speziellen Kompetenzen ist unerlässlich, um ein gemeinsames Verständnis von

Armut zu entwickeln, Armutsfolgen qualifiziert zu begegnen und präventive Angebote umzusetzen.

2. Alternativen zu Zusatzkosten überprüfen

- Durch Zusatzkosten werden Familien in ökonomischen Risikolagen stärker als andere Familien belastet, daher sollte auf zusätzliche Beiträge grundsätzlich verzichtet werden. Alternativlösungen können das aktive Einwerben von Sponsorengeldern und Spenden sein, aber auch auf kommunaler Ebene muss die finanzielle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen auf die Bedarfe der Familien im Sozialraum abgestimmt sein.
- Die Liste benötigter Materialien, die alle Eltern bei Aufnahme erhalten, stellt Eltern in materiellen Mangellagen vor ein Problem. Fachkräfte und Leitungen sollten Eltern parallel dazu beraten, wo sie materielle Unterstützung erhalten (Kleiderkammer, Tauschbörsen) oder selbst Materialien bei Bedarf vorhalten.

3. Aktive Unterstützungsangebote implementieren und transparent machen

- Eltern in Armutslagen sind auf Unterstützungsangebote angewiesen, um ihren Kindern gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und sozialen Kontakten zu ermöglichen, wollen aber keine „Sonderbehandlung“ oder bürokratische Antragsverfahren. Fachkräfte sollten unabhängig davon, ob nur eine Familie oder die Hälfte der Familien in der Einrichtung von Armut betroffen sind, Angebote so inklusiv gestalten, dass keine individuellen Problemlösungen nötig sind. Bedarfsgerecht bedeutet hier z.B. Ausflüge über Spenden zu finanzieren, anstatt für einige Eltern Antragverfahren zur Kostenübernahme über das Bildungs- und Teilhabepaket in die Wege zu leiten.
- Materielle Unterstützungsangebote wie Büchertauschkisten oder Kleiderfundus sollten aktiv angeboten und regelhaft für alle Eltern vorgehalten werden.
- Unterstützungsangebote für armutsbetroffene Familien und Maßnahmen, die die Teilhabe aller Kinder sicherstellen, sollten nach außen transparent dargestellt werden, um armutsbetroffenen Zielgruppen den Zugang zur Kindertagesbetreuung zu erleichtern und Unsicherheiten abzubauen.

4. Armutssensibles Handeln konzeptionell verankern

- Um Familien in Armutslagen vorurteilsbewusst, offen und wertschätzend zu begegnen, muss im Team ein gemeinsames Verständnis von Armut erarbeitet und konzeptionell beschrieben werden. Nur so ist sichergestellt, dass das gemeinsame Handeln sich danach ausrichtet. Die Reflexion der eigenen Haltung und der eigenen Vorstellungen im Team in Bezug auf das entwickelte Armutverständnis sichert die Qualität der pädagogischen Arbeit zusätzlich.
- Die Berücksichtigung der materiellen Ressourcen von Familien kann sichergestellt werden, wenn Grundsätze zum Umgang mit Zusatzkosten und mit zusätzlichen Beiträgen konzeptionell beschrieben und damit handlungsleitend für alle Fachkräfte sind.
- Armutssensibles Handeln sollte sich als Teil sozialer Inklusion im Konzept abbilden. Die Teilhabe armutsbetroffener Kinder und die spezielle Förderung zur Verminderung von Armutsfolgen ist gesetzlicher Auftrag der Kindertageseinrichtungen und sollte sich in ihrer Handlungsgrundlage wiederfinden.

Ein Schlusswort

Armut ist kein neues Phänomen und armutsbetroffene Familien sind Teil der Gesellschaft, die sich im Kleinen auch in den Kindertageseinrichtungen widerspiegelt. Die Zahlen zum Umfang der Armutsbetroffenheit zeigen, dass Armut kein Randproblem ist, sondern Erwerbstätige, Familien, Alleinstehende oder Rentner gleichermaßen betrifft.

Armut ist nicht immer sichtbar und bedeutet nicht grundsätzlich den Mangel an Nahrung oder Kleidung, aber Armut bedeutet für die betroffenen Familien immer besondere Sorgen, wiederkehrende Problembewältigungen und Zukunftsängste. Armutssensibles Handeln in Kindertageseinrichtungen ist kein Sonderthema, sondern im Sinne von Inklusion eine grundlegende Haltung gegenüber den Menschen, die aufgrund ihrer prekären Lebenslagen besondere Bedarfe haben. Armutssensibel zu handeln heißt daher, die Angebote der Kindertageseinrichtungen (auch) an den Lebenswelten armutsbetroffener Eltern und Kinder orientiert zu gestalten. Dies ist nicht neu oder zusätzlich, sondern gesetzlicher Auftrag. Wichtig ist aber, sich dessen bewusst zu sein und das fachliche Handeln daran auszurichten.

Literaturverzeichnis

Aeppli, J.; Gasser, L.; Gutzwiller, E.; Tettenborn, A. (2014): Empirisches wissenschaftliches Arbeiten. Ein Studienbuch für die Bildungswissenschaften. 3.Auflage. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.

Andresen, S.; Galic, D. (2015a): Kinder. Armut. Familie. Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Andresen, S.; Galic, D. (2015b): Kinder. Armut. Familie. Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung. Zusammenfassung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Bertelsmann-Stiftung (2018): ElternZOOM 2018. Schwerpunkt: Elternbeteiligung an der Kita-Finanzierung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Böhme, R. (2018): Kinder aus Armutslebenslagen in der Kindertagesbetreuung. KiTa aktuell. Fachzeitschrift für Leitungen, Fachkräfte und Träger der Kindertagesbetreuung, 2/2018. S. 32-34.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Kurzfassung. Bonn: BMAS.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern. Zwischenbericht 2016 von Bund und Ländern und Erklärung der Bund-Länderkonferenz. Berlin: BMFSFJ.

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Starke-Familien-Gesetz. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/gesetze/starke-familien-gesetz/131178> (04.08.2019)

Butterwegge, Ch. (2019): Armut. 4. aktualisierte Auflage. Köln: PapyRossa.

Döring, N.; Bortz, J. (2016): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften. 5. vollständig überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Auflage. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag.

Dreyer, R. (2017): Konzeption und Konzeptionsentwicklung. In: Strehmel, P.; Ulber, D. (Hrsg.): Kitas leiten und entwickeln. Ein Lehrbuch zum Kitamanagement. Stuttgart: Kohlhammer. S.55-64.

Erhard, K.; Scholz, A.; Haring, D. (2018): Die Equal Access Study: Konzeptioneller Rahmen und Forschungsdesign. München: Deutsches Jugendinstitut e.V. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/icec/Expertisen/WEB_DJI_Gesamt_Deutsch.pdf (26.05.2019)

Engels, D. (2008): Lebenslagen. In Maelicke, B. (Hrsg.): Lexikon der Sozialwirtschaft. Baden-Baden: Nomos Verlag. S.643-646.

Funcke, A.; Stierle, M. (2015): Kinderarmut ist Familienarmut. Blick in den Alltag von armutsgefährdeten Familien in Deutschland. Zeitschrift frühe Kindheit, 4/2015. S. 34-43.

Funcke, A.; Kruse, Ch.; Menne, S. (2016): Factsheet Kinderarmut in Schleswig-Holstein. Kinder in SGB-II-Bezug. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Factsheet_WB_Kinderarmut_SH_09_2016.pdf (22.05.2019)

Gutwald, R. (2015): Was uns nicht umbringt, macht uns härter? Resilienzförderung bei armen Kindern aus Sicht des Capability-Ansatzes. Zeitschrift für Praktische Philosophie Band 2, Heft 1/2015, S. 129–158. <https://www.praktische-philosophie.org/gutwald-2015.html> (28.05.2019)

Häußermann, V. (2014): Armut im Grundschulalltag. Eine qualitative Studie über die lebensweltlichen Erfahrungen von Kindern und pädagogischen Fachkräften. Würzburg: Ergon Verlag.

Hock, B.; Holz, G.; Kopplow, M. (2014): Kinder in Armutslagen. Grundlagen für armutssensibles Handeln in der Kindertagesbetreuung. Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte. WiFF Expertisen, Band 38. München.

Hock, B.; Holz, G.; Wüstendörfer, W. (2001): Armut und Benachteiligung im Vorschulalter- über die frühen Folgen von Armut und Handlungsansätze in der Kitaarbeit. <https://kindergartenpaedagogik.de/fachartikel/kinder-mit-besonderen-beduerfnissen-integration-vernetzung/sozial-benachteiligte-kinder/202> (23.05.2019)

Holz, G. (2005): Frühe Armutserfahrungen und ihre Folgen. Kinderarmut im Vorschulalter. In: Zander, M. (Hrsg.): Kinderarmut. Ein einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S.88-109.

Holz, G.; Laubstein, C. (2015): Armut bei Kindern: Frühe Folgen und multiple Langzeitwirkungen. Zeitschrift frühe Kindheit, 4/2015. S.24-33.

Holz, G.; Laubstein, C.; Sthamer, E. (2012): Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen in Deutschland. 15 Jahre AWO-ISS-Studie. Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. <https://www.awo.org/sites/default/files/2017-07/AWO-ISS-Studie.pdf> (24.03.2019)

Joos, M. (2000): Wohlfahrtsentwicklung von Kindern in den neuen und alten Bundesländern. In: Butterwegge, Ch. (Hrsg.): Kinderarmut in Deutschland: Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. 2.Auflage. Frankfurt/ Main: Campus Verlag, S. 99-114.

Kettschau, I. (2005): Haushaltsführung als Beitrag zur Armutsprävention- Konzepte, Kompetenzen, Förderungsbedarf. In: Zander, M. (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S.235-242.

Kiso, C.; Lotze, M.; Behrensen, B. (2014): Ressourcenorientierung in Kita und Grundschule. Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung, Themenheft Nr. 24, Osnabrück. https://www.nifbe.de/images/nifbe/Infoservice/Downloads/Themenhefte/Ressourcen_online.pdf (26.05.2019)

Knauer, R.; Hansen, R. (2012): Erfolgreich starten. Leitlinien zum Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen. Kiel: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein.

Lorenz, W. (2011): Wie können Kindertageseinrichtungen der Armut von Kindern begegnen? <https://www.erzieherin.de/wie-koennen-kindertageseinrichtungen-der-armut-von-kindern-begegnen.html> (26.04.2019)

Meyer, A. (2015): Kinder in Armutslagen als Handlungsaufforderung für die Frühpädagogik., Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 2/2015, S. 237-242. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v10i2.19421> (19.05.2019)

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2012): Sozialbericht NRW 2012. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf: MAIS NRW

Nolte, J. (2017): Sozialraum- und lebensweltorientierte Vernetzung und Kooperation. In: Strehmel, P; Ulber, D. (Hrsg.): Kitas leiten und entwickeln. Ein Lehrbuch zum Kita-Management. Stuttgart: Kohlhammer.

Paritätischer Gesamtverband (2018): Wer die Armen sind. Der Paritätische Armutsbericht 2018. Berlin. https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/2018_armutsbericht.pdf (26.05.2019)

Poppe, S. (2019): Armut und armutssensibles Handeln in der KiTa. nifbe-Themenheft Nr. 24. Osnabrück: Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung.

Stork, R. (2018): Armut von Kindern und Jugendlichen. In: Schäfer, G.; Montag, B.; Deterding, J. (Hrsg.): Arme habt ihr immer bei euch. Armut und soziale Ausgrenzung wahrnehmen, reduzieren, überwinden. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht Verlag. S.87-97.

Tophoven, S.; Lietzmann, T.; Reiter, S.; Wenzig, C. (2017): Armutsmuster in Kindheit und Jugend. Längsschnittbetrachtungen von Kinderarmut. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie_WB_Armutsmuster_in_Kindheit_und_Jugend_2017.pdf (04.08.2019)

Urban, S.; Frohn, H. (2018): Bildungschancen verwirklichen -soziale Ungleichheit abbauen. KiTa aktuell. Fachzeitschrift für Leitungen, Fachkräfte und Träger der Kindertagesbetreuung, 2/2018. S.28-31.

Von zur Gathen, M. (2014): Staatliche Leistungen für Kinder und Familien in Armuts-lagen. Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte. WiFF Expertisen, Band 43. München.

Weigelt, C. (2011): Elternschaft und Armut- Herausforderungen für die frühpädagogische Arbeit mit Kindern in den ersten drei Lebensjahren. https://www.kita-fachtexte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen//FT_weigeltIII_Elternschaft_2011.pdf (24.03.2019)

Weiß, H. (2005): Frühe Hilfen für entwicklungsgefährdete Kinder in Armutslagen. In: Zander, M. (Hrsg.): Kinderarmut. Ein einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 182-197.

Wildt, G.; Brosda, G. (2006): Vorbemerkungen. In: Bundesvereinigung evangelischer Kindertageseinrichtungen e.V. (Hrsg.): Kinderarmut erkennen, wirksam handeln. Eine Arbeitshilfe zum Umgang mit Kinderarmut und Kindesvernachlässigung in evangelischen Tageseinrichtungen für Kinder. S.6-12. https://www.beta-diakonie.de/userfiles/beta/100419_Broschuere_Kinderarmut.pdf (24.03.2019)

Wolters-Kluwer-Deutschland GmbH (2018): DKLK Studie 2018.Befragung zur Wertschätzung und Anerkennung von Kita-Leitungen. https://www.deutscher-kitaleitungskongress.de/assets/documents/placeholder/DKLK-Studie_2018.pdf (04.08.2019)

Zander, M. (2006): Aufwachsen in Armut- in einem Wohlfahrtsstaat. In: Bundesvereinigung evangelischer Kindertageseinrichtungen e.V. (Hrsg.): Kinderarmut erkennen-wirksam handeln. Eine Arbeitshilfe zum Umgang mit Kinderarmut und Kindesvernachlässigung in evangelischen Kindertageseinrichtungen für Kinder. S.17-25. https://www.beta-diakonie.de/userfiles/beta/100419_Broschuere_Kinderarmut.pdf (24.03.2019)

Zander, M. (2005): Kindliche Bewältigungsstrategien von Armut im Grundschulalter. In: Zander, M. (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 110-141.

Abbildungsverzeichnis

Abb.1:	Einfluss elterlicher Lebenslagen auf das Kind.....	27
Abb.2:	Von familiärer Armut betroffene kindliche Lebenslagebereiche.....	29
Abb.3:	Ebenen kindbezogener Armutsprävention.....	32
Abb.4:	Untersuchungsdesign.....	69
Abb.5:	Lage der befragten Einrichtungen nach Zugehörigkeit zu Kreisen bzw. kreisfreien Städten.....	74
Abb.6:	Größe der befragten Einrichtungen nach Anzahl der Gruppen.....	75
Abb.7:	Armutsquote im Stadtteil/ der Kommune, in dem/ der die Einrichtung liegt.....	77
Abb.8:	Anteil der armutsbetroffenen Kinder in den Einrichtungen.....	78
Abb.9:	Rahmenbedingungen im Aufnahmeverfahren.....	80
Abb.10:	Die finanzielle Lage der Familie ist Teil des Aufnahmegesprächs.....	84
Abb.11:	Beratung von Familien im Aufnahmeverfahren.....	86
Abb.12:	Beratung zu Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets.....	88
Abb.13:	Anzahl der Einrichtungen, die in 0-9 Bereichen regelmäßig Zusatzkosten erheben.....	91
Abb.14:	Bereiche, für die die Kita von Eltern regelmäßig zusätzliche Kosten erhebt.....	92
Abb.15:	Höhe der angegebenen monatlichen Zusatzkosten in Euro.....	94
Abb.16:	Finden in der Kita freiwillige Zusatzangebote für Kinder statt, die bei Teilnahme kostenpflichtig sind?.....	96
Abb.17:	Bei Aufnahme in die Kita: Alle Familien erhalten eine Liste mit notwendigen Materialien und/ oder Kleidung, die sie in die Einrichtung mitbringen sollen.....	98
Abb.18:	Materielle Unterstützungsangebote der Einrichtungen.....	100
Abb.19:	Grundsätze zur Berücksichtigung der finanziellen Ressourcen von Familien.....	102
Abb.20:	Fachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Armut.....	104
Abb.21:	Anzahl der Themen, zu denen handlungsleitende Grundsätze in den Konzeptionen verschriftlicht sind.....	108
Abb.22:	Handlungsleitende Grundsätze zu armutssensiblen Handeln in der Konzeption.....	109

Tabellenverzeichnis

Tab.1: Armutsschwellen für Familien mit Kindern unter 14 Jahren.....	14
Tab.2: Zusammenfassung der zentralen Fragestellungen und entsprechende Operationalisierungen.....	65
Tab.3: Angaben zur Lage der Kita.....	76
Tab.4: Daten zum Sozialraum.....	77
Tab.5: Platzvergabe für armutsbetroffene Kinder in den Einrichtungen, die Erwerbstätige in den Kriterien bevorzugt berücksichtigen.....	82
Tab.6: Genannte Beträge monatlicher Zusatzkosten in Euro und Anzahl der Nennungen.....	94
Tab.7: Gebührenermäßigung/ -erlass für kostenpflichtige Zusatzangebote.....	96

Abkürzungsverzeichnis

ARB	Armuts- und Reichtumsbericht
BuT	Bildungs- und Teilhabepaket
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
FBBE	Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung
ISS	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
MAIS	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
SOEP	Sozio-ökonomisches Panel
WIFF	Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte